



**Was ist Rechtens,**  
wenn  
**die oberste Staatsgewalt**  
dem  
**Zwecke des Staatsverbandes**  
entgegenhandelt?

---

Nebst einer Darstellung  
der  
**Theorie des Herrn von Haller,**  
hinsichtlich dieser Frage.

Von  
**Friedrich Karl von Strombeck,**  
Fürstlich-Lippischem Geheimen Rathe, Oberappellations-Rathe,  
Mitgliede des engern Ausschusses der Braunschweigischen  
Landschaft.

Accendebat dedignantes et ipse diversus a majorum  
institutis. Tacit. Annal. II. 2.

---

**Vierte, bedeutend vermehrte Auflage.**

---

**Braunschweig,**  
**Verlag von Friedrich Vieweg.**

**1832.**



**FRIEDR. VIEWEG & SOHN**  
**BRAUNSCHWIG**

## Vorrede

zu der vierten Auflage.

---

Die Ruhe und Mäßigung, welche in allen ihren Zeilen die vorliegende Schrift darstellt, war, wie leicht von Jedem zu erkennen, wenn ihm auch die völlig glückliche und unabhängige Lage des Verfassers unbekannt wäre, nicht die angenommene Maske eines verkappten Revolutionärs, sondern sie ging aus dem Gemüthe und der innigsten Ueberzeugung hervor. Hätte aber diese Ueberzeugung in dem Monate October des verflossenen Jahres der Verfasser noch nicht gehabt: so würde es ihm an Gelegenheit nicht gefehlt haben, solche seit jener Zeit zu erwerben. — Welch einer unglücklichen Zukunft sieht Europa entgegen, kehrt man nicht zu einer Mäßigung zurück, ohne welche der Barbarei mit sicherm Schritte entgegen gegangen wird. — Nicht da, wo Verzweiflung zur Nothwehr treiben könnte, ja treiben müßte, nicht gegen die Tyrannei des Lusitanischen Wüthrichs empören sich die Völker; sondern da, wo noch keines der Mittel versucht wurde, milde Regierungen über bisherige Mißgriffe und Verirrungen

gen aufzuklären, wo noch lange der Zustand einer Nothwehr nicht vorhanden war, der allein eine Revolution in den Augen des Klugen und Guten rechtfertigen kann. — Aber (sollte man es glauben!) man hat es nicht folgerecht gefunden, wenn der Verfasser behauptete (§. 3.), daß zu dem gefährlichen Mittel der Aufkündigung des Gehorsams nur in dem äußersten Nothfalle geschritten werden dürfe! — »Politik könne nicht einschränken, was das Recht gebiete!« — Als wenn Moral und Politik nicht oft vorschrieben, von dem vollen Rechte nicht Gebrauch zu machen; oder als wenn es ein Unrecht wäre, seines Rechts sich nicht zu bedienen! — Nicht Ein Wort also nimmt der Verfasser von dem zurück, was die ihm inwohnende Mäßigung ihm dictirte. — Spräche auch die strenge und starre Theorie dagegen: nach den Gesetzen der Moral und nach denen der Politik, die mit dieser hier gänzlich übereinstimmt, ist Widerstand gegen die höchste Staatsgewalt nur dann zu billigen, wenn dieser Widerstand als unumgängliche Nothwehr erscheint. — Ist aber dieses der Fall, soll das Volk in seinen edelsten Rechten unterliegen, tritt der Zustand ein, der von dem Verfasser in dem §. 2. dieser Schrift geschildert worden; dann soll man Gott, d. i. der Stimme des Gewissens, die uns zuruft: laßt euch die Würde des Men-

schen nicht rauben, mehr gehorchen als den Geboten der Macht, und der schon einseitig gebrochene Vertrag muß nun von der andern Seite gekündigt werden. — Dieses Recht hatten nicht nur stets die Völker, sondern sie bedienten sich desselben auch stets, und es wurde beständig anerkannt. Das Haus Oranien brachte es gegen die Krone Spanien in Ausübung, und es genießt jetzt die Früchte der Tapferkeit und des Edelmuthes seiner Ahnen. Das Haus Braunschweig besitzt, weil das Volk jenes Recht in Britannien übte, ein Reich, in welchem die Sonne nicht untergeht. Es besaß es schon damahls mit dem Anerkenntnisse aller Völker der Erde, als noch der letzte der Stuarte im Exile vergeblich den Majestäts-Titel führte <sup>1)</sup>. Wer möchte von dem politischen Wahnsinne besessen seyn, der Niederlande und Großbritanniens Monarchen Usurpatoren zu nennen? — Oder wäre es möglich, daß dasjenige, welches Anfangs Unrecht war (wie durch eine civilrechtliche Verjährung), im Laufe der Jahrhunderte sich in Recht verwandeln könnte? — Dieß möchte nur behaupten, wer schlosse, die Griechen hätten die Türkische Tyrannei anerkannt, und mit ihren Unterdrückern einen Staatsvertrag abgeschlossen, weil sie nicht sammt und sonders den Tod einer drückenden Sklaverei vorzogen. — Giebt es nun aber ei-

nen Zustand, wo Widersetzung gegen die Staatsgewalt Recht wird, führt jedoch diese Widersetzung, in der Regel, die gräßlichsten Uebel herbei; dann muß es auch mit Deutschem Sinne nicht nur völlig verträglich seyn <sup>2)</sup>, sondern sogar von diesem geboten werden, warnend den Fürsten zuzurufen: »Gebt zu Revolutionen keine Veranlassung,« und den Völkern: »Nur im äußersten Nothfalle bedient euch eines Rechtes, durch dessen Anwendung grenzenloses Unglück herbeigeführt werden kann.« — Wer in diesem doppelten Zurufe nicht die Stimme des Rechts und der Wahrheit, nicht den innigen Wunsch, zu versöhnen, sondern »Mangel an Deutschem Sinne« erkennt, den hat eine stiefmütterliche Natur entweder am Kopfe oder am Herzen verwahrloset; wobei doch keinesweges zu leugnen steht, daß, in seltenen Fällen, noch ein Drittes denklich ist: daß nämlich übermäßige und falsch gerichtete Speculationen (mögen sie nun philosophischer oder theologisch-mystischer Natur seyn), oder auch ein zu nahe liegendes, den Geist gleichsam betäubendes Beispiel ein ähnliches Resultat hervorbringen können; und dieses wird dann der Verfasser gern annehmen. Wie Mancher ist nicht durch die Apokalypse zum Wahnsinn hingerrissen? Mitleidend muß man also auch auf diejenigen blicken, die, durch Natur oder durch

Schuld in einen solchen Zustand von Geistes- und Körperschwäche geriethen, daß sie den bildlichen Ausspruch: »den linken Backen darzubieten, wenn der rechte geschlagen wird,« in Beziehung auf die Schläge der Staatsgewalt wörtlich angewandt wissen wollen. Man kann ihnen diese Hingebung gönnen, durch welche sie doch gemeiniglich an pecuniären Vortheilen zu gewinnen hoffen, was sie an Ehre verlieren.

Eine Menge von Staatsverfassungen entstand, wie sich historisch darweisen läßt, durch Vertrag, sie entstanden und entstehen noch jetzt so unter unsern Augen <sup>3)</sup>. Der gleiche Ursprung der ersten Vereinigung zu einem Staate, abgesehen von der Verfassung desselben, ist schwerer nachzuweisen, und es ist hier, mit sehr seltenen Ausnahmen, eine Rechtsfiction zu Hülfe zu nehmen. Diese ist aber, wie so oft gezeigt worden, und wie auch der Verfasser dieser Blätter in der Kürze gezeigt zu haben glaubt, so natürlich, daß sie sich gleichsam von selbst darbietet. Dessen ungeachtet hat diese Theorie sowohl der äußersten Rechten als der äußersten Linken mißfallen: die Einen fürchten für die Rechte des Volkes, die Anderen für die Rechte des Fürsten. Beide vergeblich; wenn sie nur in's Auge fassen, daß hier nicht eine Menge physischer Personen auf der einen Seite stehe (das



## VIII

Volk); sondern dafs nur zwei moralische Personen gegen einander über zu denken, und dafs eine schroffe Consequenz durch die Vorschriften der Moral und Politik, wie gezeigt worden, ausgeschlossen wird. Oft ist aber auch die Absicht jener Ultra's nur, zu zeigen, dafs sie weiter sehn, als Männer, deren Namen alle Zeiten und alle Länder feiern, und die zum Theil der Verfasser angeführt hat. Friedrich der Grosse kannte die Rechte der Könige, und ein Pölitz, ein Krug sind wohl berechtigt, über sie zu philosophiren.

Grausen erregend ist es aber in der That, wenn den Völkern das Recht eingeräumt und vorgepredigt wird, eine bestehende Verfassung deshalb angreifen zu dürfen, weil sie besser seyn könnte, obwohl die oberste Staatsgewalt so regiert, dafs der Staatsbürger den Zweck erreicht sieht, wesshalb er im Staate lebt. Dieses Bestreben des Fürsten, Ruhe zu erhalten und Glück zu verbreiten, nennt man ein gefährliches Beglückungs-System! — O wäre es stets geübt, man würde das Wort Staats-Revolution nicht kennen! — Komm zurück, du Wonne des Menschengeschlechts, wir wollen, so lange du lebst, dich, gleich einen Unsterblichen, ehren und lieben, freilich in noch höherem Maafse, wenn du uns eine Verfassung schenkst, die uns auch unter

einem Domitianus sicher stellt; aber mit Feuer und Schwert werden wir nie gegen einen Titus uns auflehnen! — Dafs sich übrigens hier verstehe, die Verfassung müsse von der Beschaffenheit seyn, dafs der Zweck des Staatsverbandes durch sie erreicht werden, dafs der Mensch sich in seiner Menschennatur entwickeln könne, versteht sich von selbst. Wer würde der schwarzen Bevölkerung einer westindischen Insel das Recht abstreiten, die Freiheit zu vindiciren, die ihr gegen Gott und Natur genommen wurde, wenn gleich die Verfassungs-Gesetze der Insel entgegenständen, und sich Alle glücklich (aufser den Sklaven) bei dieser Verfassung befänden? — Diese hätten vielmehr sehr ernstlich zu überlegen, ob sie Hoffnung haben, zu siegen, oder ob es nicht gerathener sey, die Entwicklung der Zeiten zu erwarten, um mit dem Leben auch nicht die Hoffnung zu verlieren. Ein *Code noir* bindet sie nicht, eben so wenig der Ausspruch: ihr Knechte (Sklaven) seyd unterthan euerm Herren. — Welch eine politische Raserei wäre es aber: um die Hoffnung des allerdings edelen und erhebenden Vergnügens zu haben, in dem Besitze einer regelgerechten Charte zu seyn — und worin besteht eine solche? — gewisse Vortheile aufzugeben! — Das Glück der Gegenwart aufzuopfern für die Möglichkeit eines gröfsern Glückes in

der Zukunft! — Der gemeine Menschenverstand ist nicht so gemein, als es sein Name anzudeuten scheint. Er erkennt sofort: Unter einem Titus, unter einem Trajan, Nerva, Hadrian, Antonin, Marcus Aurelius zu rebelliren, bleibt ein Verbrechen, eben so sehr, als es eine Pflicht ist, sich einem Calligula, einem Nero, Domitian, Commodus, einem *Dom Miguel* entgegen zu stellen. Man nenne dieses eine inconsequente Philosophie: sie ist die eines jeden Verständigen †). Wem dieses nicht die innere untrügliche Stimme zuruft, der ist zu beklagen! — Fern sey Heuchelei, fern aber auch Alles, was das Wohl des Ganzen ohne Noth gefährdet und eine Nation, einer Theorie wegen, ins Unglück stürzt. — »Der Geist der Reformen,« sagt ein ausgezeichnete Americanischer Minister, »welcher sich in der ganzen Welt wirksam beweiset, ist das nothwendige und natürliche Ergebniss der Fortschritte der Cultur des Menschengeschlechts, also der Industrie, des Nationalwohlstandes, der Wissenschaften. — Wenn, wie das Interesse der Regierungen es erfordert, Ackerbau, Handel und Manufacturen fortschreitend der Vollkommenheit näher gebracht werden, so kann man sicher behaupten, daß auch die politische Verbesserung (oder mit andern Worten, die Verfassungs-Angelegenheit) immer mächtiger fortschreiten und im-

mer mehr Boden gewinnen; ja, daß sie sogar auch in solche Gegenden eindringen wird, wo noch das Volk zu ungebildet ist, um sich nur einen Begriff von der Existenz eines solchen Segens zu bilden.« <sup>5)</sup> — Nichts wird hier also versäumt, und die Zeit wird schon schaffen.

So möge denn dieses Büchlein zum vierten Male in die Welt gehen, unverändert in den aufgestellten Grundsätzen. Sie sind die der Wahrheit und des Rechts; befolgen sie Fürsten und Völker: dann wird das Wort Revolution nur noch in der Geschichte vorkommen, und wird nicht ferner, ein schreckender Dämon, seine blutigen Fasces und das mordende Beil über den Häuptern der Fürsten und der Völker schwingen.

Es war bei dieser Schrift die Absicht des Verfassers — entgegen dem gewöhnlichen Bestreben der Schriftsteller, sich nöthigenfalls das Gedanken-Eigenthum an ihren Werken zu vindiciren — überall darzuthun: er sage nichts Neues, sondern die größten Geister aller Zeiten (nicht also, wie Herr von Haller meint, nur die neuern Philosophen und Encyclopädisten) <sup>6)</sup> haben schon längst dasselbe gesagt, was er darlege. Unzweckmäsig würde es seyn, die Masse der Belege in dieser Hinsicht in das Unendliche zu vermehren — schon wirken zu störend die vielen

**Allegate** —: dennoch aber hat der Verfasser es sich nicht versagen können, annoch einige gewichtige Autoritäten, und unter diesen vorzüglich die des Hrn. v. Haller selbst, dieser neuen Auflage hinzuzufügen ?); und da man ihn öffentlich aufgefordert hat, gegen den Geist der Zeit (wie man glaubt) der Bibel nicht zu vergessen, so macht er die Supernaturalisten schon hier in der Vorrede darauf aufmerksam, daß das Reich Salomo's deshalb zertheilet ward, weil Rehabeam, verschmähend den Rath der Alten und Weisen, jungen Thoren folgte, und dem bittenden Volke antwortete:

»Mein Vater hat euer Joch schwer gemacht;  
 »ich will's noch schwerer über euch machen;  
 »mein Vater hat euch mit Peitschen gezüchtigt, ich aber will euch mit Skorpionen züchtigen.« — Da fiel Israël ab. — Es kam aber Gottes Wort zu Semaja, dem Mann Gottes, und sprach: »Sage Rehabeam, dem Sohne Salomo, dem Könige Juda, zum ganzen Juda und Benjamin und dem andern Volk, und sprich: Ihr solltet nicht hinaufziehen und streiten wider eure Brüder (die abgefallenen) Kinder Israël; ein Jeder gehe wieder heim: denn solches ist von mir geschehen.« <sup>8)</sup>

Hier wäre denn doch wohl eine Billigung Je-

## XIII

hova's des Abfalles von dem Hebräischen Dom Miguel zu erkennen. — Und wie könnte Jehova gemißbilligt haben, was die menschliche Natur — sein heiliges Werk — so laut ausspricht! Aber nicht minder heilig ist der Ausspruch des edelsten und erhabensten Menschenfreundes: »Gebet dem Kaiser was des Kaisers ist;« und nie wird sich der Verfasser dieser Zeilen mit der zerstörenden Idee befreunden, daß auch selbst ein ganzes Volk (wäre dieses Undenkliche denklich) einem Alexander I. oder einem Leopold von Toscana — um nur der Todten zu erwähnen und nicht der Schmeichelei verdächtig zu werden — den Gehorsam kündigen dürfe. Es wäre dieses ein Verbrechen; denn auch Völker können Verbrechen begehen.

So wahr übrigens ist, was ich in der Vorrede zur dritten Auflage von den Hallerianern sagte (wenigstens von den Staatsmännern und Staatsrechtsgelahrten, die *vulgo* so genannt werden), so wenig ist dieses von dem Herrn von Haller selbst wahr. Dieses hier öffentlich zu bekennen, halte ich für Pflicht. Ein genaues Studium seines berühmten Werkes, welches wenig gelesen in meiner Bibliothek stand, Restauration der Staatswissenschaften, hat mich gelehrt, daß er die Frage, welche der Titel mei-

ner Schrift aufstellt, genau eben so beantwortet wie diese. — Die Auszüge, welche ich in den Zugaben aus jenem Werke mittheile, beweisen dieses klärlich. Unstreitig hat man dem Herrn von Haller vielfach großes Unrecht gethan — wenn gleich nicht den Hallerianern. Hier werde jenes Unrecht, so viel von mir abhängt, gut gemacht. Es soll jedoch keinesweges in Abrede gestellt werden, daß das erwähnte Werk desselben eine Menge unhaltbarer und pietistischer Aeußerungen enthalte, deren Aufzählung und Widerlegung nicht hierher gehört.

Wolfenbüttel, im April 1831.

v. Strombeck.

---

1) Nur der Pabst zögerte in der Anerkennung, wie er gezögert hat einen König von Preussen anzuerkennen.

2) Wäre dieses dem deutschen Sinne entgegen, wie mit einer Heuchelei behauptet wurde, die nicht weniger lächerlich als nachtheilig ist, so war es auch dem deutschen Sinne entgegen, wenn der königl. Sächsische Oberhofsprediger Dr. von Ammon in überfüllter Hofkirche, in seiner Landtagsrede sich folgendermaßen ausdrückte: »Bürdet man doch der Zeit, die immer gleich »unschuldig und tadellos ist, nicht manches auf, was nur die »Schuld einzelner Menschen ist; kann man diejenigen freisprechen, »welche die öffentliche Unzufriedenheit gereizt und hervorgerufen »haben; gereizt durch ungleiche Lasten, welche sie auflegten, durch »Waffenzwang und Heeresdruck in der Stille des Friedens, durch »Hemmung des Gewerbfleißes, des Handels und Gedankenausches, »hervorgerufen durch stolze Verachtung der öffentlichen Meinung, »durch Kraftlosigkeit des gegebenen Wortes, durch bürgerliche »und kirchliche Gesetze, die alles höhern Geistes und Zweckes ermangelten, durch das Aufthürmen eines Schuldengebirges, wel-

„ches das Grundeigenthum herabdrückt, das bewegliche Eigenthum verschlingt, das öffentliche Vertrauen schwächt, ja selbst in Furcht und in Schrecken verwandelt.“ — Gewiss wird solch eine kraftvolle und zeitgemäße Sprache — zeitgemäss, weil auch die Herrschenden zu lernen haben — von jenen Undeutschen „undeutsch“ genannt.

3) Die neueste Verfassung Württembergs ist durch einen Vertrag der königlichen Commissarien mit den ständischen Abgeordneten zu Stande gekommen, auf gleiche Art die von Hessen-Cassel. Die gegenwärtige Verfassung von Großbritannien beruht auf einem Vertrage des Britischen Volkes mit dem Prinzen Wilhelm von Oranien u. s. w. Mehrere Beispiele s. in *Hermes* IV, 86, in Klüber's öffentlichem Rechte des Deutschen Bundes, §. 81., u. Aretin's Staatsrecht der constitutionellen Monarchie, Theil I, S. 11. (Altenburg, 1824.)

4) *La morale appliquée à la politique par Jouy* (Paris, 1822.) Tom. I. p. 83. — Titus hatte sich auf seinem Todtenbette nur eine einzige böse Handlung in einer Regierung von 42 Jahren vorzuwerfen. Als seine Krankheit gefährlich zu werden begann, strömten die Bürger, Weiber und Kinder zu den Altären; jeder bot sein Leben zum Sühnopfer für den geliebten Fürsten dar. — Dieses war der Natur gemässer, als gegen ihn zu rebelliren und von ihm eine Constitution mit Gewalt zu fordern.

5) Aretin's Staatsrecht, I, 119 ff.

6) Restauration der Staatswissenschaften, Th. I, Vorrede.

7) Ich möchte dieses mit folgenden Worten des Herrn von Haller rechtfertigen: „Die vielen Anmerkungen und Citate sind beigelegt worden, um theils bei angeführten Thatsachen mit deutscher Ehrlichkeit die Beweise zu liefern . . . . oder weil Uebereinstimmung der Weisen und Gelehrten verschiedener Zeitalter auch eine Leiterinn der Wahrheit ist.“ Restauration der Staatswissenschaft, 1. Band, Vorrede, S. LV.

8) I. Buch von den Königen, Cap. 12.



## Vorrede

zu der ersten Auflage.

Die Blätter, aus welchen der nachfolgende Aufsatz besteht, hingeschrieben in wenigen Tagen, enthalten nichts Neues. Sie stellen staatsrechtlich dasjenige dar, welches zu allen Zeiten von Weisen und von Königen, die Weise waren, für Recht anerkannt worden. Die Anmerkungen, welche hin und wieder den Text fast erdrücken, sollten eben darthun, daß der Verfasser nichts Neues sagte; einigemahl legen sie auch abweichende Meinungen dar, die vielleicht Manchem mehr gefallen, als die des Verfassers. Er wollte so darthun, daß er nur die Erörterung wichtiger Fragen und die Ausmittlung der Wahrheit bezwecke. Der staatsrechtlichen Ausführung sind einige Winke, hergenommen von dem, was die Staatsklugheit gebet, hinzugefügt.

Der Verfasser hatte lediglich, bei der Ausarbeitung dieser Abhandlung, die Absicht, in wenigen, aber klaren Worten zu entwickeln, was so vielfältig verkannt wird. Er hat sich bemühet, auf das Einfachste das Wesen der obersten Staatsgewalt darzustellen, ihre Heiligkeit zu zeigen, um darzulegen, unter welchen äußersten

## XVII

Umständen es allein dem Volke erlaubt seyn könne, zu dem gefährlichen Mittel zu schreiten, ihr den Gehorsam aufzukündigen. — Ein Extrem, welches so gräßlich ist, daß der Kluge davor schaudert, und es Fällen vorbehält, die (Dank der Vorsehung!) sich kaum nach Jahrhunderten wiederholen.

Unendlich glücklich würde sich der Verfasser achten, könnte er glauben, daß seine Worte dazu beitragen würden, die Fürsten Deutschlands zu überzeugen: Nichts sey nothwendiger, als ein Bundesgericht <sup>1)</sup>. Wäre ein solches vorhanden, könnte auch ein von dem Fürsten unterdrücktes Volk, durch seine Repräsentanten, ja selbst ein gemißhandelter Einzelner, Recht und Gerechtigkeit bei einem obersten Gerichte finden: dann könnte eine Nothwehr (in dem Sinne, wie sie hier genommen wird) nie rechtlich begründet erscheinen, und jeder Aufstand gegen die höchste Gewalt wäre Hochverrath. So lange aber den Völkern Deutschlands diese Garantie ihrer Sicherheit nicht geworden, so lange sie nicht ein Gericht anrufen können, wenn ihnen das Edelste von der Staatsgewalt genommen werden soll, läßt sich nicht leugnen (so ungern der Staatsrechtsgelehrte das schaudererregende Wort aussprechen wird), daß Fälle leider eintreten können, wo Nothwehr staatsrechtlich begründet ist. Dieß

\*\*

## XVIII

ist keine neue Lehre, wie nachfolgende Blätter zeigen, sondern eine sehr alte. Es thut Noth, sie frei auszusprechen, um möglicher Weise gegen den Egoismus — und doch selbst zu dem Besten dieses — das Gute herbeizuführen.

Wolfenbüttel, im October 1830.

F. K. von Strombeck.

---

1) Es zeigt nur von grofser und fast schimpflicher Unkunde in den neuesten Staatsverhandlungen, wenn man diesen hier ausgedrückten Wunsch als etwas ganz Abnormes und Unausführbares betrachtet; denn bekanntlich war es das an der Spitze der Europäischen Civilisation und Cultur stehende Preussen, das auf dem Wiener Congresse die Nothwendigkeit eines permanenten Bundesgerichts auf das lebhafteste darstellte, und zwar namentlich für den hier vor Augen liegenden Fall. — Einige Notizen hierüber habe ich in dieser 4ten Auflage anzuführen für nöthig geachtet, da die Wiener Congress-Verhandlungen bei Manchen so schnell in Vergessenheit gekommen zu seyn scheinen.

---

## Vorrede

zu der zweiten Auflage.

---

Diese zweite Auflage, erforderlich zehn Tage nach Erscheinung der ersten, zeichnet sich von dieser nur durch ein Paar Zusätze und durch Berichtigung einiger Druckfehler aus. — Unmöglich kann ich aber hier verschweigen, mit welchen Gefühlen des Danks und der Freude ich binnen jenen zehn Tagen von so manchem, mir persönlich unbekannten, würdigen Manne wohlwollende Worte der Zustimmung und Aufmunterung, schriftlich zugesandt, empfing. Auch nicht Eine Stimme der Mißbilligung meiner patriotischen Offenherzigkeit ist mir kund geworden. Glückliches Zeitalter, wo es wenigstens erlaubt ist, ohne Anfeindung zu dulden, die Wahrheit zu sagen! <sup>1)</sup>

Wolfenbüttel, am 24. Nov. 1830.

F. K. von Strombeck.

---

1) Diese Expectoration war zu voreilig. Nicht von einer Seite sind dem Verfasser jetzt Zuschriften zugekommen, wodurch ihm vertraulich eröffnet wurde: dafs Friedrichs des Großen Ansicht von der höchsten Gewalt jetzt obsolet geworden sey. — Auch öffentlich ist sein Heft nicht ohne Anfechtung geblieben. — Der Beifall der edelern, in jeder Hinsicht gemäßigten Mehrheit genügt ihm. Ein Ultra, er mag auf der rechten oder linken Seite sitzen, handelt gegen das Wohl des Ganzen.

---

## Vorrede

zum dritten Abdrucke.

---

Da der Drucksatz der zweiten Auflage dieses Werkchens in der Officin stehen gelassen war, so wurde gewünscht, daß ich genehmigen möge, daß die Zusätze, welche ich für die dritte Auflage bestimmt hatte, nicht eingeschaltet, sondern dem Texte der zweiten angehängt würden <sup>1)</sup>. Ich war hiermit um so mehr einverstanden, da diese Zusätze größtentheils aus Anmerkungen bestehen, mit welchen das anspruchlose Heft schon mehr als zu viel überhäuft ist. Diese neuen Anmerkungen bestehen vorzüglich in Aussprüchen Krugs. Ich bediente mich ihrer früher nicht, da Krug mit Recht den liberalen Schriftstellern zugezählt wird, und ich es für angemessen hielt, meine liberalen Behauptungen mit Aussprüchen solcher Schriftsteller gleichsam zu waffnen, die, wiewohl gewiß nicht servil, doch jenes Titels entbehren <sup>2)</sup>. Nichts wäre ferner leichter, als aus dem vorliegenden, schnell hingeschriebenen Hefte ein Buch zu machen. Doch, ich lasse es bei dem Hefte bewenden, und erfülle namentlich den Wunsch eines Freundes nicht,

welcher in einem an mich gerichteten Briefe sich folgendermaassen äussert:

» Unter den politischen Parteien unserer  
 » Zeit ist Eine, welcher mit philosophischen  
 » und historischen Beweisgründen schwer bei-  
 » zukommen ist, weil sie solchen, mit der  
 » Anschuldigung der Revolutionssucht, ein su-  
 » pernaturalistisch-politisches System entge-  
 » gensetzt. Ihr Hauptorgan ist Haller in  
 » seiner » Restauration der Staatswis-  
 » senschaft.« Welchen Einfluß dieses Sy-  
 » stem auf die neueste Politik hat, beweiset  
 » die Zeit. Wenn nun, nach dem Glau-  
 » bensbekenntnisse dieser Ultra's, die ganze  
 » Idee von einem dem Staatsverbande zum  
 » Grunde liegenden Vertrage bestritten wird,  
 » so schließt das vorgetragene Panier eines  
 » von der Gottheit den Regenten ertheilten  
 » unbedingten Auftrages jede Bestimmung der  
 » Volksrechte und der besten Art, sie geltend  
 » zu machen, aus. — Diesen Sündern wird  
 » der Cyklus Ihrer politischen Untersuchun-  
 » gen zum Aergernisse gereichen, ohne daß  
 » sie dadurch gebessert werden. — — — Ge-  
 » rade dieserhalb hätte ich gewünscht, daß  
 » Sie einen Paragraph den Hallerianern  
 » gewidmet hätten.«

Gern hätte ich den Wünschen meines Freun-

des genüget; aber wie läßt sich mit Jemand disputiren, dem man dasjenige nicht einräumt, welches er als Axiom hinstellt. <sup>3)</sup>. — Ueberdies habe ich in dem vorliegenden Hefte jede Polemik vermieden, und nur für den gesunden Menschenverstand, aus diesem, meine Folgerungen, wie ich es zeitgemäfs hielt, entwickelt. Die vielen Citate sollten beweisen, daß, weit entfernt ich, sage etwas Neues, es vielmehr etwas sehr Altes sey. So mag es denn auch dabei bleiben.

Uebrigens ist es sehr wohlthuend, wenn einer der edelsten und mächtigsten Könige der Erde, ein Wilhelm der Vierte, anerkennt, daß die Beschwerden eines von seinem Souveraine gedrückten und gemißhandelten Volkes nicht nur »gerechte Beschwerden« seyen, sondern einem solchen auch »Schutz und Beistand« zusagt <sup>4)</sup>. — Ein solcher König ist ein Vollstrecker des Willens der Gottheit, aber kein Hallerischer Despot <sup>5)</sup>. — Er tröstet ein unglückliches Volk, wenn man es, wie nicht undeutlich geschehen, mit den Aufwieglern von Brüssel, Aachen und Elberfeld in eine Classe stellen will <sup>6)</sup>.

Wolfenbüttel, im December 1830.

F. K. v. Strombeck.

---

1) Diese, vielleicht nur zu sehr vermehrten Anmerkungen sind jetzt an ihren gehörigen Stellen eingeschaltet.

2) Diese Betrachtung hielt mich auch ab, ältere Schriftsteller

## XXIII

anzuführen, die, zu großer Freisinnigkeit wegen, nicht wohl gelitten sind, z. B. Hubert's Languet's Werk: *Vindiciae contra tyrannos, sive de principis in populum, populi in principem legitima potestate, Stephano Junio Bruto Celta auctore. Edinburgi, anno 1579.* — Die Fragen, welche dieser Schriftsteller abhandelt, sind folgende:

- I. *An subditi teneantur aut debeant Principibus obedire, si quid contra legem Dei imperent?*
- II. *An liceat resistere Principi, legem Dei abrogare volenti, ecclesiam vastanti? Item, quibus id, quo modo, et quatenus?*
- III. *An, et quatenus Principi rem publicam aut opprimenti aut perdenti resistere liceat? Item, quibus id, quo modo et jure permissum sit?*
- IV. *An jure possint, aut debeant vicini principes auxilium ferre aliorum principum subditis, religionis purae causa afflictis, aut manifesta tyrannide afflictis? (Das Interventionsrecht.)*

3) Dem Wunsche meines Freundes ist jetzt in sofern genügt, daß die Theorie des Herrn von Haller über die in dieser Schrift abgehandelten Gegenstände ausführlich dargestellt ist, und zwar mit dessen eigenen Worten. — Hieraus wird man erkennen, daß Herr von Haller im Wesentlichen kein Hallerianer ist, sondern daß seine Grundsätze von den in dieser Schrift aufgestellten nicht sehr abweichend sind; wodurch das hier Gesagte berichtigt wird.

4) Rescript Sr. Maj. des Königs von Großbritannien an die Braunschweigische Landschaft, d. d. St. James, den 21sten November 1830.

5) Diese Worte nehme ich zurück. Herr von Haller begünstigt nicht, wie mancher der sogenannten Hallerianer, mit denen er hier verwechselt ist, den Despotismus. — Er erlaubt, ja er billigt, den Widerstand als Nothwehr, und stimmt hierin ganz mit dem Verf. dieser Abhandlung überein.

6) Hallische Allgemeine Lit.-Zeitung, Dec. 1830. Nr. 221 — 225.



## Inhalts - Verzeichnifs

---

<b>Die Hauptabhandlung.....</b>	<b>S. 1.</b>
<b>Zugaben.....</b>	<b>— 38.</b>
<b>I. Darstellung der Lehre des Herrn von Haller;</b>	
<b>A. hinsichtlich der Lehre von einem dem Staatsver-</b>	
<b>bande zum Grunde liegenden Vertrage.....</b>	<b>— 38.</b>
<b>B. hinsichtlich des Widerstandsrechtes gegen die</b>	
<b>oberste Gewalt.....</b>	<b>— 47.</b>
<b>Bemerkung. Es sind diese Mittheilungen wört-</b> <b>lich aus dem Werke des Hrn. v. Haller</b> <b>»Restauration der Staatswissen-</b> <b>schaften«, mit Beibehaltung der im Ori-</b> <b>ginal angewandten Rechtschreibung und In-</b> <b>terpunctirung abgedruckt.</b>	
<b>II. Des Schachs von Persien Ansicht über den Staats-</b>	
<b>vertrag.....</b>	<b>— 82.</b>
<b>III. Einige Worte über die Unverletzlichkeit des Staats-</b>	
<b>oberhaupts und die Verantwortlichkeit seiner Mi-</b>	
<b>nister.....</b>	<b>— 84.</b>
<b>IV. Ueber die Anforderung einer Verbesserung der Staats-</b>	
<b>verfassung von Seiten des Volks.....</b>	<b>— 96.</b>
<b>V. Schlufs-Worte.....</b>	<b>— 104.</b>

---

## §. 1.

Unter allen Fragen, welche den Staatsrechtsgelehrten beschäftigen können, möchte es wohl keine geben, die zu erörtern und zu beantworten bedenklicher wäre, als die:

*Was ist Rechtsens, wenn der rechtmäßige Regent (das Staatsoberhaupt) dem Zwecke des Staats (Herrschaft des Rechts) <sup>1)</sup> entgegenhandelt? — Wenn er namentlich sich anschicket, die Verfassung des Staates umzustürzen? — Wenn er aus einem Monarchen sich zu einem Despoten machen will? — Wenn er sich also als einen Feind des Menschenvereines darstellt, dessen Beschützer er seyn sollte?* — Man mag hier hinblicken wo man will, so schaut man Felsen, die zu übersteigen unendlich schwierig und gefährlich ist. — Nicht, daß die Frage an sich schwer zu beantworten wäre: die Theorie ist vielmehr leicht; schwierig, ja gefährlich, nur ihre Anwendung.

Gegen das Wesen des Staates würde es seyn, einen leidenden Gehorsam zu predigen: zu behaupten, das Volk habe nur zu dulden und vom Schicksal bessere Zeiten zu erwarten. Wer dieses behauptete (leider ist dieses geschehn), der würde zugleich aussprechen: nur der Monarch habe Rechte, und das Volk habe nur Pflicht-

ten <sup>2)</sup>: oder mit andern Worten: das Volk sey des Fürsten Eigenthum. Diese Lehre würde zwar den Despoten und ihren Ministern sehr gefallen; sie handeln darnach und haben zu allen Zeiten darnach gehandelt: aber unmöglich kann sie dem Menschenfreunde und Weisen zusagen. Läßt sich gleich nicht leugnen, daß auch der Sieg Staaten zu erschaffen und zu vergrößern vermöge; wenn nämlich Volk gegen Volk im Kriege stand; daß es auch stillschweigende Unterwerfungen gebe, und daß also der Staatsverband auch ohne ausdrücklichen Vertrag geknüpft werden könne <sup>3)</sup>: so ist es doch eben so gewiß, daß der einmahl bestehende Staat so betrachtet werden müsse, als sey er durch Vertrag entstanden. Der Ursprung der Staaten mag gewesen seyn, welchen man wolle, wie die Bedürfnisse und die Umstände ihn mit sich gebracht haben; so muß man, wenn in der Idee über den Ursprung und die Natur der Staaten nachgedacht wird, dieselben nach Grundsätzen erörtern, die da beweisen, daß vernünftige und freie Wesen solche Vereine nicht allein schließsen dürfen, sondern auch schließsen sollen <sup>4)</sup>. — Nur auf diese Weise kann das Institut, welches man Staat nennet <sup>5)</sup>, als ein rechtlich begründetes Institut erscheinen. Wollte man das Gegentheil annehmen, so müßte es auch auf der einen Seite der Staatsgewalt, auf der andern den Unterthanen stets erlaubt seyn, die sie trennenden Grenzen zu überschreiten; die Gewalt, auf der einen Seite, bis ins Unendliche auszudeh-

nen, oder, auf der andern, sich zu jeder Zeit dem Gehorsam zu entziehen. Herrscher und Beherrschte wären in stetem Kriege begriffen, ein Waffenstillstand könnte höchstens vorhanden seyn, und so wie sich eine Gelegenheit darböte, schritte der Eine, ohne ein Recht zu verletzen, in das Gebiet des Andern. Wenn von den Vertheidigern der absoluten Monarchie behauptet wird, der Herrscher sey nur Gott verantwortlich, so darf man billig für das Volk eine gleiche unmittelbare Verantwortlichkeit in Anspruch nehmen. Ueberdies haben jene Vertheidiger auch schon deßhalb nicht Ursache auf ihrem Argumente zu bestehen, weil eben jene nur den höhern Regionen gewidmete, und aller irdischen Controle ermangelnde Verantwortlichkeit einer von den Hauptgründen ist, wodurch die Völker bestimmt werden, eine veränderte Staatsform und eine solche Regierung zu wünschen, die auch den Menschen verantwortlich seyn will <sup>6)</sup>. — Also, zum eigenen Besten der Regenten muß man annehmen, es sey ein Staatsvertrag (wenn auch stillschweigend geschlossen), vorhanden, und der Gehorsam der Unterthanen sey an Bedingungen gebunden <sup>7)</sup>. Die Sache aus diesem Gesichtspunkte betrachtet, bekommen sowohl der Fürst <sup>8)</sup> als die Unterthanen einen angemessenen Standpunkt. Der Erste erscheint als der erste Staatsbeamte, bekleidet mit außerordentlichen (in der erblichen Monarchie) erblichen Rechten; die Andern aber als denkende Wesen, die sich zu

ihrem eigenen Besten der obersten Leitung eines Einzigen unterwarfen<sup>9)</sup>. So haben stets die edelsten Fürsten, unter welchen Friedrich der Grofse und Joseph der Zweite billig obenan stehen, und die grölsten Staatsrechtsgelehrten die Sache betrachtet. Auch Catharina der Zweiten und Gustav III. war diese Ansicht, welche bekanntlich die des Sokrates war<sup>10)</sup>, nicht fremd<sup>11)</sup>. Nur Friedrich der Grofse (ein König kann hier nicht verdächtig scheinen) möge, statt aller anderen Autoritäten, hier mit seinen eigenen Worten angeführt werden.

»*Qu'on s'imprime bien,*«<sup>12)</sup> sagt dieser königliche Weise, »*que la conservation des lois fut l'unique raison qui engageât les hommes à se donner des superieurs, puisque c'est la vraie origine de la souveraineté. Ce magistrat étoit le premier serviteur de l'état. — Il (le souverain)*<sup>13)</sup> *doit se rappeler souvent qu'il est homme ainsi que le moindre de ses sujets: s'il est le premier juge, le premier général, le premier financier, le premier ministre de la société, ce n'est pas qu'il représente, mais afin qu'il remplisse les devoirs que ces noms lui imposent. Il n'est que le premier serviteur de l'état, obligé d'agir avec probité, avec sagesse et avec un entier désintéressement, comme si à chaque moment il devoit rendre compte de son administration à ses concitoyens.*«<sup>14)</sup>

Also schrieb der grofse Friedrich in seinen reiferen Jahren; aber schon in seiner Jugend waren

diese Grundsätze ihm nicht fremd. » *C'est la justice,*« sagt er in dem Anti-Macchiavel, » *qui doit faire le principal objet d'un Souverain; c'est donc le bien des peuples qu'il gouverne, qu'il doit préférer à tout autre intérêt. Que deviennent alors ces idées d'intérêt, de grandeur, d'ambition et de despotisme? Il se trouve que le Souverain, bien loin d'être le maître absolu des peuples qui sont sous sa domination, n'en est lui-même que le premier magistrat*« <sup>15)</sup>.

Fast noch stärker ist folgende Stelle aus den *Mémoires de Brandebourg*:

» *Les préjugés du vulgaire semblent favoriser la magnificence des princes, mais autre est la libéralité d'un particulier, et autre est celle d'un souverain. Un prince est le premier serviteur et le premier magistrat de l'état; il lui doit compte de l'usage qu'il fait des impôts; il les leve, afin de pouvoir défendre l'état par le moyen des troupes qu'il entretient, afin de soutenir la dignité dont il est revêtu, de récompenser les services et le mérite, d'établir en quelque sorte un équilibre entre les riches et les obérés....*« <sup>16)</sup>.

Deutlicher läßt sich der aufgestellte Satz nicht aussprechen, und in der That kann man auch in der Behauptung des Gegentheiles nur Irrthum erkennen <sup>17)</sup>. Im Anfange der Bildung der größern Vereine der Menschen gab es keine Oberherren. Diese können nur entstanden seyn durch Gewalt oder Vertrag. Im ersten Falle dauert

die Gewalt noch fort, oder die Ueberwältigten haben eingewilligt, und ausdrücklich oder stillschweigend ist aus dem was Gewalt begründete ein Vertrag geworden. Dauert die Gewalt noch fort, hat der Unterjochte nie eingewilligt (wie dieses z. B. hinsichtlich Griechenlands gegen die Türkische Herrschaft der Fall war): dann leidet es keinen Zweifel, daß der dauernde Zwang auch durch Gewalt jederzeit wieder aufgehoben werden dürfe. Sind aber aus der Gewalt Vertragsverhältnisse stillschweigend oder durch bestimmte Einwilligung hervorgegangen, dann muß die Oberherrschaft auch nach den Regeln des Vertrages beurtheilt werden.

So scheint es mir denn unzweifelhaft zu seyn, daß der Souverain, mit Friedrich dem Großen zu reden, als der oberste Diener des Staats angesehen und beurtheilt werden müsse <sup>18)</sup>.

Da der Souverain des Volkes Unabhängigkeit und Selbständigkeit repräsentirt, und da er diese Rechte im eigenen Namen (nach Maafsgabe des stillschweigenden oder ausdrücklichen Unterwerfungs-Vertrages) im In- und Auslande ausübt, so steht ihm die Majestät zu; dieses heißt, die höchste persönliche Würde im Staate. Stets aber ist diese Würde im Staate, nicht außerhalb des Staates oder über demselben erhaben. Richtig ist es, der Wille des Souverains ist keinem andern Willen unterworfen, woraus folgt, daß er unverantwortlich und unverletzlich sey: aber eben diese höchste Stellung eines Menschen auf

der Erde ist das Ergebnifs der ihm vom Volke stillschweigend oder ausdrücklich übertragenen Gewalt. Mit heiligen Pflichten ist er dem Ganzen verbunden. Stündlich möge er bedenken: er herrsche über Menschen, er herrsche nach den Gesetzen, er herrsche nicht immer <sup>19)</sup>; vorzüglich aber, seine Macht sey ein Ausflufs des ihm anvertrauten höchsten Amtes. So redeten die Römischen Kaiser Deutscher Nation völlig sachgemäß, wenn sie sich der Worte: »von kaiserlichen Amts wegen« bedienten <sup>20)</sup>. — *Populus principi et in principem omne imperium et potestatem concedit* <sup>21)</sup>. Aus dieser Uebertragung und also diesem Vertrage aber folgern zu wollen, der Souverain sey als solcher kein Staatsbeamter, muß offenbar als irrig betrachtet werden; denn es würde eine solche Folgerung einen Widerspruch darstellen. Der Souverain bekam seine Rechte vom Volke, um sie für das Volk, d. i. zu dessen Besten, auszuüben. Was ist er denn, wenn er, nach diesem Verhältniß, kein Beamter des Volkes ist? <sup>22)</sup> — Auch glaube man nicht, daß diejenigen, welche das Gegentheil behaupten, von diesem überzeugt sind. Sie suchen sich selbst zu täuschen, weil sie entweder zu furchtsam sind, die Wahrheit auszusprechen, oder weil sie nachtheilige Folgen von einem Ausspruche befürchten, der, die Sache fest angeschaut, eben der Souveraine Hoheit und Sicherheit begründet <sup>23)</sup>. Die Hauptgegner dieser Theorie sind nicht die Könige, sondern deren Minister. »Es kommt



in manchen Ländern noch so weit (sagt der verewigte Aretin), daß man sich vertheidigen muß, wenn man der beschworenen, vom Monarchen selbst eingeführten Verfassung anhängt — dergleichen Aeußerungen sind ihnen ein Angriff auf ihre Gewalt.« <sup>24)</sup>

1) *Lex vera atque princeps, apta ad iubendum et ad vetandum, ratio est recta summi Jovis.* (Cicero de leg. II. 5.) Diese *ratio summi Jovis* soll herrschen: dieß der Zweck des Staats. Vergl. Ancillon über die Staatswissenschaft (Berlin 1820), S. 38. — Hier eine geistreiche Kritik der Theorie des Herrn von Haller, welcher gar keinen Staatszweck annimmt.

2) Diesen auffallenden Satz hat der große Denker Kant behauptet: »Der Herrscher im Staat hat gegen den Unterthan lauter Rechte und keine (Zwangs-)Pflichten. — Ferner, wenn das Organ des Herrschers, der Regent, auch den Gesetzen zuwiderverführe, z. B. mit Auflagen, Recrutirungen u. dergl., wider das Gesetz der Gleichheit in Vertheilung der Staatslasten, so darf der Unterthan dieser Ungerechtigkeit zwar Beschwerden (*gravamina*), aber keinen Widerstand entgegensetzen.« Metaphysische Anfangsgründe der Rechtslehre, S. 174.

Zu solchen Inconsequenzen kann selbst ein großer Denker gelangen, indem er sich bestrebt, auf das äußerste consequent zu seyn. — Dagegen verpflichtet aber auch Kant die Staatsbürger, nach einer gelungenen Revolution, dem Ergebnisse derselben zu gehorchen. a. a. O. S. 181. Vergl. Bergk's Briefe über Imman. Kant's metaphys. Anfangsgr. der Rechtslehre. (Gera, 1797), S. 208, woselbst die dunkel ausgedruckte eigentliche Meinung Kant's beleuchtet ist.

»Davon abgesehen, daß ein solches Verhältniß, welches gar kein Rechtsverhältniß, und also auch gar nicht nach Rechtsprincipien beurtheilbar wäre, unter Menschen in gar keiner geselligen Verbindung stattfinden kann: so würde daraus folgen, daß die Unterthanen bloß Sachen wären, mit denen der Regent nach Belieben schalten und walten könnte; welches doch Kant selbst nicht will. Auch giebt er dem Volke das Recht Beschwerden zu führen. Also muß doch wenigstens diesem einen Rechte eine Zwangspflicht entsprechen. Oder sollte, wenn es einmal einem

Fürsten einfele, seinem Volke einen neuen Glauben aufzudringen und, aller Gegenvorstellungen ungeachtet, Jeden, der ihn nicht annehmen wollte, mit dem Tode zu bedrohen, das Volk auch dann noch verpflichtet seyn, nicht zu widerstehen, sondern entweder den Glauben anzunehmen, oder sich geduldig abschlachten zu lassen? Dies hiesse ja wahrlich: *Pereat mundus et fiat injustitia?* « Krug's Dikäologie, oder philosophische Rechtslehre (Königsberg, 1817), Seite 364.

Als Weinhold, verrückten Andenkens, seine Infibulation einführen, und Jedem, der den ominösen Ring lösen würde, zur Treitmühle verdammen wollte, wurde ihm, mit Recht, vielfach entgegengesetzt: dafs, angenommen, es sey möglich, ein Rath dieser Art könne von einem Monarchen befolgt werden, dann die Empörung nicht ausbleiben würde.

3) Kant's Rechtslehre, S. 173.

»Sobald mehrere Personen auf beharrliche Weise solche Handlungen vornehmen, welche sich auf einen gemeinsamen Zweck beziehen, und welche sie nicht vorgenommen haben würden, wenn nicht Einer den Andern zu dieser Absicht mit sich hätte verbinden wollen: so haben sie eine Gesellschaft vertragsmäfsig gestiftet, wenn sie auch weder von dem Gehalte, noch von der Gestalt dieses Vertrags ein klares und deutliches Bewuststseyn hatten.« Krug's Dikäologie, S. 258. — Klüber's öffentliches Recht des deutschen Bundes (3te Aufl.) §. 2. und die daselbst angeführte Literatur.

4) Fr. Ancillon über Staatswissenschaft, Seite 30. Krug's Dikäopolitik, S. 109. Hüttmann's Urgeschichte des Staats (Königsberg, 1817). Desselben Staatsrecht des Alterthums. (Köln, 1820).

5) *Est res publica res populi: populus autem non omnis hominum coetus, quoquo modo congregatus, sed coetus multitudinis, juris consensu et utilitatis communione sociatus.* Cicero de republ. L. I. cap. 25. — Man vergleiche hiermit Augustini epist. CXXXVIII. 10.

»Der Staat ist eine Gesellschaft, durch deren Stiftung sämtliche Glieder (als ursprüngliche Constituenten gedacht) aus dem Zustande der beständigen Rechtsgefährdung (dem Naturstande) in den Zustand der beständigen Rechtssicherung (den Bürgerstand) übergehen.« Krug's Dikäologie, S. 263.

6) Worte des Freiherrn von Aretin: Staatsrecht der constitutionellen Monarchie (Altenburg, 1824.) Band 1, S. 6.

7) »Ungeachtet der dem Staatsoberhaupte zuerkannten Rechte und Eigenschaften, kann dasselbe doch nicht als erhaben über alle

Gesetze, oder als ein Wesen angesehen werden, dessen Wirksamkeit keinen gesetzlichen Schranken unterworfen seyn dürfte. Vielmehr ist, nach natürlichen Rechtsprincipien, jene Wirksamkeit auf die Realisirung des Staatszweckes beschränkt, und daher das Staatsoberhaupt nicht befugt, irgend etwas zu thun oder zu gebieten, was diesem Zweck entgegen wäre.« — Krug's Dikäologie, S. 358.

8) Fürst, Souverain, Staatsoberhaupt, Regent sind in dieser Abhandlung als gleichgeltende Worte gebraucht. Sie konnten es hier, obwohl in mancher Hinsicht zwischen diesen Begriffen Unterschiede Statt finden. S. Kant a. a. O. S. 170.

Ueber den ungeheuern Mißbrauch, welchen man in Deutschland mit dem Ausdrucke Souverain, seit der Auflösung des Reichsverbandes, getrieben hat, indem man annahm, ein Souverain sey ein unbeschränkter Herrscher, vergleiche man Krug's Dikäologie, S. 292. — Deshalb eilte man denn auch, das Wort »souverainer« dem Fürst, Herzog, Landgraf u. s. w. hinzuzufügen.

9) »Damit der gemeinsame Wille, oder das Gesetz, auch äußerlich wirksam werde, oder in That übergehe, ist eine Kraft erforderlich, welche alle im Staate wirksame Kräfte in sich, wie in einem Mittelpuncte, vereinigt, und dadurch jeder einzelnen überlegen ist. Diese Kraft, das Resultat der gemeinsamen Kraft oder des Inbegriffs aller einzelnen Staatskräfte, heist die höchste Gewalt oder die Staatsgewalt, und die physische oder moralische Person (vergl. Note 23) im Staate, an welcher sie (an sich ein bloßes *abstractum*) in *concreto* wahrgenommen wird, heist das Staatsoberhaupt, der Fürst oder der Regent. Das Staatsoberhaupt ist daher der sichtbare Repräsentant der höchsten Gewalt und somit der Rechtsidee selbst, weil jene Gewalt nur zur Realisirung dieser Idee dienen soll. Darum kömmt ihr auch eine eigenthümliche Würde zu, welche die Majestät und Souveraineté heist, weil er dadurch als größer (*major*) und höher (*superior*) als alle übrigen im Staat erscheint; alle übrigen aber erscheinen im Verhältniß zu ihm als Unterthanen (*subditi*, *subjecti*), weil sie der höchsten Gewalt unterworfen sind, ob sie gleich an sich eben sowohl Bürger (*cives*) sind, als das Staatsoberhaupt selbst, und dieses ohne jene gar keine obhauptliche Macht und Würde haben könnte.« Krug's Dikäologie, S. 288.

Sowohl das Wort Bürger, als das Wort Unterthan drückt ein Subject aus, welches Rechte und Pflichten zugleich hat. Bei dem ersten denkt man jedoch mehr an dessen Rechte, bei dem an-

dem mehr an dessen Pflichten: und so scheint es allerdings humaner, sich öfter des Worts Staatsbürger, als des Worts Unterthanen zu bedienen.

10) Plato im Krito.

11) Vergl. von Aretin's Staatsrecht u. s. w., Band I. S. 54. In Frankreich wurden die Instructionen der Kaiserinn Catharina an ihre Gesetzgebungs-Commission in die Reihe der verbotenen Bücher gesetzt. S. Bentham's *Traité de législation*, Tom. II. S. 300.

12) *Oeuvres posthumes*, T. VI. p. 60. — *Essai sur les formes du gouvernement*.

13) a. a. O. S. 83.

14) Es ist dieses nicht das einzige Mahl, dafs dieser große König seine Unterthanen seine Mitbürger nannte. »*Les princes, les souverains, les rois ne sont pas revêtus de l'autorité suprême, pour se plonger impunément dans la débauche et dans le luxe; ils ne sont pas élevés sur leurs concitoyens, pour que leur orgueil, se pavanant dans la représentation, insulte avec mépris à la simplicité des mœurs, à la pauvreté, à la misère; ils ne sont point à la tête de l'état pour entretenir auprès de leur personnes un tas de fainéans, dont l'oisiveté et l'inutilité engendrent tous les vices.*« *Oeuvres posthumes*, T. VI. p. 64. — Ja, Friedrich ging in seiner edeln Aufrichtigkeit so weit, dafs er, ein König, selbst den republikanischen Regierungsformen Gerechtigkeit widerfahren liefs. »*S'il est vrai*,« sagt er in den *Mémoires pour servir à l'histoire de la maison de Brandebourg* (*Oeuvres*, S. I. p. 425), »*de dire que la forme de gouvernement la plus parfaite est celle d'un royaume bien administré, il n'est pas moins certain que les républiques ont rempli le plus promptement le but de leur institution, et se sont le mieux conservées; parce que les bons rois meurent et que les sages lois sont immortelles.*«

Doch auch die Gesetze der Republiken veralten und ihr ursprünglicher Geist erlöscht. Ist die Schweiz jetzt ruhiger und glücklicher als manche Monarchie? — Als Preussen, als Baiern? — Aber freilich, die Friedrich Wilhelme, die Ludwige sind sterblich!

15) In der Ausgabe des *Examen du Prince de Macchiavel*, à Londres, chez Guillaume Meyer, 1741, S. 4, steht der unedele und unpassende Ausdruck »*le premier domestique.*« Dieser ist wiederholt in den *Oeuvres de Frédéric II.* (à Berlin, 1789) T. II, S. 2. Die Worte des Textes: »*le premier magistrat*« hat

(wie mir ein literarischer Freund mittheilt) die *editio princeps* von 1740. — Dieß ist der allein passende Ausdruck. — Uebrigens durfte dieses zu unsern Zeiten, und zwar im Königreiche Sachsen, einer unserer ersten practischen Philosophen unbedenklich sagen: »So hoch aber auch ein Mensch durch jene Macht und Würde in der bürgerlichen Gesellschaft gestellt ist, so darf er doch nicht mit Ludwig XIV. sprechen: *L'état c'est moi*. Er repräsentirt nur den Staat, und kann daher auch unbedenklich der oberste Staatsdiener heißen.« Krug's Handwörterbuch der philosophischen Wissenschaften, Art. Staatsoberhaupt. — Selbst Napoleon hat vielfach gesagt, daß er der erste Repräsentant des Staates sey; namentlich gegen die gewählte Kammer, als diese angeblich von der Kaiserinn Josephine »die Repräsentanten des Volks« genannt worden.

16) Ein Staatsmann, der den Lauf der Welt kennt, macht zu dieser Stelle in einem Briefe an den Verf. die Bemerkung: »Die Fürsten verstehen dieses zum Theil wie Heinrich IV. Als dieser in der berühmten Versammlung der Notabeln zu Rouen 1596 in einer rührenden Rede gesagt hatte: »*de se mettre en tutelle entre leurs mains*, und Gabrielle ihm nachher die Bemerkung machte, daß dieses doch etwas zu viel gesagt sey, so antwortete er: *il est vrai, mais je l'entens avec mon épée au côté*.« — — Doch es giebt auch Fürsten, die es nicht so verstehen, und König Ludwig von Baiern sagte neulich öffentlich: »Ich möchte kein absoluter König seyn.« — Alexander I. sprach auf gleiche Art. Aretin's Staatsrecht. Bd. I. S. 193.

17) Selbst Kant nennt den Regenten den Agenten des Staats.

18) Vergl. von Haller's Restauration der St.-W., Band I, Seite 175.

Hinsichtlich des so viel besprochenen göttlichen Rechts äußert sich Hr. v. Haller folgendermaassen (Restauration d. St.-W., Th. I, S. 352): »Keiner von jenen Herrschenden hat seine Existenz und seine Macht durch seine Untergebenen erhalten,« — also auch nicht Carl Johann, Ludwig Philipp? — »sondern er besitzt sie durch sich selbst von der Natur, d. h. durch die Gnade Gottes. Sie ist ihm entweder angeboren oder von ihm erworben, mithin eine Frucht des Angebornen. (?) Hinwieder hat keiner der Untergebenen seine Freiheit oder irgend ein früheres Recht aufgeopfert. Sie sind entweder von Natur von ihm abhängig, oder sie dienen durch eigenen Willen, nicht um freier zu werden (welches ungereimt wäre), sondern um Bedürfnissen abzu-

helfen, und genährt, geschützt, unterrichtet zu werden, um das Leben leichter und angenehmer durchzubringen.«

- 19) *Πρωτον μὲν, ὅτι ἀνθρώπων ἀρχεῖ,  
Δευτερον, ὅτι κατὰ νόμους ἀρχεῖ,  
Τριτον δὲ οὐκ αὖ ἀρχεῖ.*

Wie scheußlich aber ist es, wenn die höchste Gewalt dazu gemißbraucht wird, in Sicherheit ein lasterhaftes Leben führen zu können. — »Die Geburts-Stätte des Despotismus ist: Wenn die Regenten durch eigenen Betrug oder durch Verführung geistlicher und weltlicher Henchler beginnen ihren ursprünglichen hohen Beruf und ihre Bestimmung zu mißkennen; wenn sie vergessen, daß ihre Dignität ein ihnen übertragenes oder auf sie vererbtes Amt sey, von dem sie Gott und ihrem Volk Verantwortung schuldig sind: wenn sie anfangen das Land für ihr Eigenthum und ihre Unterthanen als Geschöpfe anzusehen, mit denen sie nach eigenem Belieben schalten und walten können.« Friedr. Karls Freih. von Moser politische Wahrheiten, Band 1. S. 189.

- 20) Wahlcapitulation Kaisers Franz II., Art. 1, §. 1.

- 21) *Institut. Justin. Lib. I, tit. 2, §. 6.*

22) Die Lehre von der Legitimität, wenn diese so viel heißen soll, als Göttlichkeit der Regierung, mit Ausschluss der Lehre vom Staatsvertrage, kommt erst seit 1814 wieder in der diplomatischen Sprache vor. Aretin's Staatsrecht, Bd. I. S. 184, und die daselbst angeführten Schriftsteller.

23) Am deutlichsten wird dieses, wenn man in Betrachtung zieht, daß es keineswegs erforderlich war, die oberste Staatsgewalt Einem, und diesem für beständig oder gar erblich, zu übertragen. Stände ein erblicher Fürst über dem Staate, so müßte dieses auch ein gewählter Fürst, ein Präsident, der auf gewisse Jahre nur gewählt worden, desgleichen eine regierende aristokratische oder demokratische Versammlung. — Alle diese haben, sobald sie mit der Ausübung der Souverainetät beauftragt sind, denselben Zweck. »*Omnis res publica, quae populi res est, consilio quodam regenda est, ut diuturna sit. Id autem consilium primum semper ad eam causam referendum est, quae causa genuit civitatem. Deinde aut uni tribuendum est, aut delectis quibusdam, aut suscipiendum est multitudine atque omnibus. Quare cum penes unum est omnium summa rerum, Regem illum unum vocamus, et Regnum illum reipublicae statum. Cum autem est penes delectos, tum illa civitas Optimatum arbitrio regi dicitur. Illa autem est civitas popularis (sic enim appel-*

lant), in qua in populo sunt omnia.« Cicero de republica, Lib. I. cap. XXVI.

Die oberste Staatsgewalt hat unter allen diesen Formen stets nicht nur denselben Ursprung, sondern auch denselben Zweck: das Wohl des Ganzen. Wie liefse es sich aber denken, daß das Ganze, ausdrücklich oder stillschweigend, je darein gewilligt habe, einen Einzelnen (gleichsam wie die Gottheit über der Welt steht) über das Ganze hinaus zu stellen? — Nein, der Monarch ist für das Ganze, d. i. zum Besten des Ganzen, vorhanden. Dieses unterwarf sich seiner obersten Lenkung, als einem obersten Verwalter (*populus Romanus deligit magistratus quasi reipublicae villicos*;« Cicero orat. pro Plancio, 25. 62.), und es ist ihm so lange Gehorsam schuldig, als er seine Pflichten erfüllet.

Pölitz äußert sich zwar dahin: »Obgleich diese Ansicht (Friedrichs II.) nicht die richtige zu seyn scheint« (keinesweges behauptet also dieser berühmte Schriftsteller bestimmt das Gegen- theil), »weil sie die Regentenwürde allen übrigen Staatsämtern gleichstellt« (nach vorliegender Ausführung ist dieses nicht geschehen), »deren Ernennung, Wirkungskreis und äußere Macht doch einzig von dem Regenten ausgeht und abhängt« (doch nur vermöge Auftrags des Volkes), »so kann doch nicht geleugnet werden, daß sie auf einer sittlichen Unterlage beruht, und in den Schriften eines europäischen Souverains des achtzehnten Jahrhunderts nicht ohne Wirkung bleiben konnte.« Die Staatswissenschaften, im Lichte unserer Zeit, dargestellt von K. H. L. Pölitz, 2te Aufl. 1. Theil, S. 226.

24) Staatsrecht, Bd. I, S. 128. — Ueber den Staatsvertrag mit dem Fürsten, daselbst, S. 154. — Vorzüglich aber die Anmerkung 1, S. 155., und Pölitz a. a. O. Band I, S. 170.

## §. 2.

Wenn nun aber das Oberhaupt des Staates seine Pflichten nicht erfüllt, wenn es, statt den Staatszweck zu befördern, diesem grade entgegenhandelt, wenn es, statt Gerechtigkeit zu verwalten, Ungerechtigkeiten ausübt, wenn es die Bösen beschützt und zu seinen Zwecken gebraucht, die Guten verfolgt, wenn es die Güter des Staates sich zueignet, wenn es lasterhaft lebt und dem Laster die Herrschaft verschafft, wenn es die Ver-

fassungs-Gesetze umstößt, wenn die höchste Gewalt sogar zu dem (Gott sey Dank seltenen) Aeufersten gelangt, daß von ihr der größte Staatsmann und Redner des Römischen Alterthums sagen konnte: *„quae sanguine alitur, quae in omni crudelitate sic exultat, ut vix hominum acerbis funeribus satietur?“* <sup>25)</sup> — Was ist alsdann zu thun? — Hier fast unübersteigliche Klippen in der Ausführung, so leicht auch die Beantwortung nach der Theorie erscheinen mag. Bricht der Monarch die Treue, die er seinem Volke schuldig ist, so ist auch dieses (da kein Gericht vorhanden, bei welchem es auf Erfüllung des Vertrages klagen könne), von der beschworenen Treue entbunden. Verkennt der Monarch »die große Wahrheit« — mit Friedrich Ancillon <sup>26)</sup> zu reden — »die man mit Recht als die Grundlage der Moral der Könige betrachten kann, nämlich daß die Rechte des Thrones auf dessen Pflichten gegründet sind,« so ist die Anwendung, in der Theorie, nicht schwer. Dieses ist völlig klar, und es würde unvernünftig seyn, es zu leugnen; auch stimmen in dieser Beziehung die bewährtesten Staatsrechtslehrer, und selbst die, welche leugnen, daß der Souverain ein Beamter des Staates sey, mit einander überein <sup>27)</sup>. Wenn Trajan, unter den Imperatoren Roms der edelste <sup>28)</sup>, als er dem Saburanus, als Prätorischen Präfecten, das Amtschwert überreichte, die Worte sagte <sup>29)</sup>: »Dieses Schwert gebe ich dir, damit du es zu meiner Vertheidigung führest, wenn ich



gut regiere, aber gegen mich, wenn ich übel regiere,“ so wollte er nur diesen Grundsatz ausdrücken. Er ist in den früheren, wie in den neuesten Zeiten unzählige Male ausgesprochen <sup>30)</sup>. Nur der berühmte Pölitz möge hier, statt Aller, reden; ich führe ihn ausführlich in der Anmerkung <sup>31)</sup> an, da es jetzt fast gefährlich ist, manche Wahrheit, so sehr sie in die Augen springen mag, ohne eine Autorität aufzustellen. Nicht möchte ich für einen Revolutionär gehalten werden. Das Königreich Sachsen ist einer übermäßigen Pressfreiheit wegen nicht bekannt: so möge denn der Ausspruch eines von seinem Könige vielfach geehrten Staatsrechtslehrers der Universität Leipzig der beschützende Schild für eine Meinung seyn, die manchem Minister höchst gefährlich erscheinen könnte. Durfte doch Heinrich von Cocceji, in seinem Commentare über Hugo Grotius Werk *»de jure belli et pacis,«* schon im Wesentlichen dasselbe sagen <sup>32)</sup>. Ja, noch bei weitem mehr: es sind diese Grundsätze von dem Herrn von Haller in der Restauration der Staatswissenschaften aufgestellt<sup>33)</sup>. In der That, was bliebe auch den Unterthanen über, wenn sie den Gehorsam einem Monarchen nicht aufkündigen dürften, der aufhörte, ein Monarch zu seyn, der in die Kategorie der Tyrannen, und also schon in dieser Beziehung der Verbrecher, träte? — Oder ist vielleicht der Despotismus deshalb kein Verbrechen, weil er (der Unverletzlichkeit des Souverains wegen) nicht mit

Strafen belegt werden kann? <sup>34)</sup> — Sollten die Staatsbürger sich von ihrem Despoten so lange unter die Füße treten lassen, bis er sie völlig unglücklich gemacht und gänzlich zu Sklaven herabgewürdigt hätte? — Wer könnte so unvernünftig seyn, dieses zu behaupten? »Der Umstand, sagt mit Recht Herr von Haller, zu der Erfüllung der Pflichten nicht so leicht gezwungen werden zu können, ändert an ihrer Verbindlichkeit gar nichts« <sup>35)</sup>. Auch haben von jenem Rechte zu allen Zeiten die Völker Gebrauch gemacht, und sie werden davon Gebrauch machen, so lange die Erde steht. Ein Nero, ein Caligula ist ein Feind der Menschheit. Diese kömmt gegen ihn in den Zustand der Nothwehr <sup>36)</sup>. Kann er nicht unschädlich gemacht werden, so tritt das äußerste Hülfsmittel ein.

---

25) *Cicero de republ. II. cap. 41. Nonius voc. exultare.* Vergl. die Anmerkung *Creuzer's* zu dieser Stelle in *Moser's* Ausgabe des Werks *de republ.* (Frankf. a. M., 1826), S. 327. — *Ph. Melancthon, loci theologici. De magistr.*

26) Zur Vermittelung der Extreme in den Meinungen. (Berlin, 1828), S. 322.

27) Kant's Theorie ist schon früher angeführt.

28) »*Per orbem terrarum Deo proximus, nihil non venerationis meruit et vivus et mortuus.*« *Eutropius, Lib. VIII. cap. 4.*

29) *Dio Cassius, Lib. LXVIII.*

30) Man hat mich öffentlich aufgefordert, auch Martin Luther anzuführen. Die allgemeine Rechts-Zeitung für das deutsche Volk (1831, 2. Mai, Nr. 5.) hat diesen Wunsch statt meiner erfüllt.

31) »Die Staatswissenschaften im Lichte unserer Zeit«, 2te Aufl. 1. Th. S. 228 ff. »So gewiß also auch die Staatsbürger, als Unter-

thanen, zum unbedingten Gehorsam verpflichtet sind; so wenig sind sie es, nach der Rechts- und Pflichtenlehre und nach den Grundsätzen der Religion, zum leidenden Gehorsam. Zu dem letztern würden sie aber nur auf zweifache Weise genöthigt werden können: 1) entweder nach der Eroberung des Staates durch einen Fremden, welcher, ohne einen rechtlichen Unterwerfungsvertrag mit den Besiegten, und ohne einen rechtlichen Abtretungsvertrag mit dem bisherigen Oberhaupte derselben abzuschließen, die Besiegten dem bloßen Zwange der Willkühr unterwerfen wollte; 2) oder wenn der vertragsmäßig an der Spitze stehende Regent geradehin und eigenmächtig die Verfassung des Staates, deren Aufrechterhaltung er beschworen hat, selbst umstürzen, und durch Gesetze und Befehle, welche den Grundbestimmungen der Verfassung völlig zuwider wären (z. B. durch das willkürliche Ausschreiben unerschwinglicher Abgaben, oder durch den Befehl an protestantische Christen, Katholiken zu werden u. a.), die Würde sittlicher Wesen in seinen Unterthanen zerstören, und ihnen den Genuß aller Rechte und aller Bedingungen irdischer Wohlfahrt entziehen wollte.

In dem ersten Falle, wo ein fremder Eroberer, ohne durch einen Abtretungs- und Unterwerfungsvertrag zum Regieren berechtigt zu seyn, bloß das Joch des Treibers und den Zwang der Willkühr gegen das besiegte Volk anwendete, würde dasselbe zum Zwange gegen den Eroberer, so lange dieser Zustand dauerte, berechtigt bleiben, d. h. es würde das Recht haben, in jedem günstigen Augenblicke das Joch der Willkühr abzuwerfen, und wieder in die ehemaligen rechtlichen Verhältnisse, wie vor der Eroberung, zurückkehren (wie z. B. die Russen 1477, nach Abschüttelung des mongolischen Joches, und die Schweden im J. 1523, als sie sich unter Gustav Vasa von Dänemark trennten); oder wenn dieses nicht möglich wäre (wie z. B. bei den aus dem Exil zurückkehrenden Juden), eine neue rechtliche Verfassung und Gestaltung vertragsmäßig sich zu geben.

In dem zweiten Falle aber, wenn der rechtmäßige Regent selbst die Verfassung des Staates eigenmächtig und völlig (??) umstürzen wollte, kann nicht der Gesamtheit des Volkes, sondern nur dessen rechtmäßigen Stellvertretern, wegen ihrer gleichmäßigen Theilnahme an der gesetzgebenden Gewalt, das Recht zustehen, den Regenten an die thatsächliche (nicht etwa bloß befürchtete) Verletzung der Verfassung und an die Folgen derselben zu erinnern, so wie im äußersten Falle, — dafern, aller Vorstellungen und Beschwerden ungeachtet, die Verletzung der Verfassung fort-dauerte, und wenn die Verfassung auf keine andere rechtli-

che Weise gerettet werden könnte, — demselben den Gehorsam aufzukündigen, und den zwischen dem Regenten und dem Volke bestehenden Vertrag als aufgelöst zu betrachten. Dieses Aeußerste könnte aber nur dann unternommen werden, wenn theils die Würde der sittlichen Natur in den Regierten, so wie ihr Recht auf Wohlfahrt und Glückseligkeit, theils die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit des Staates im innern und äußern Staatsleben nicht anders gerettet werden könnte. Doch folgt selbst aus dieser Aufkündigung des Gehorsams nichts weiter, als daß der bisherige Regent aufhörte, Regent zu seyn, und, nach der Auflösung des Vertrages, ins Privatleben eintrete, in keinem Falle aber das Recht, den Regenten wegen seiner Regentenhandlungen zur Verantwortung zu ziehen oder gar zu bestrafen, weil er während der Zeit seiner Regierung persönlich unverletzlich und heilig, und für alle seine Regentenhandlungen unverantwortlich ist.

So selten auch, namentlich unter christlichen Völkern, die geschichtliche Erscheinung gewesen ist, daß Regenten entsetzt, oder gar, wie in England Karl I., und in Frankreich Ludwig XVI., hingerichtet worden sind, so darf doch im philosophischen Staatsrechte die Prüfung dieses Gegenstandes nicht übergangen werden. Denn aus dem Obengesagten erhellet an sich die Unrechtllichkeit und Schändlichkeit des Betragens gegen den unglücklichen Karl I. und Ludwig XVI., ein Betragen, vor welchem nicht bloß gewarnt, sondern das auch durch Vernunftgründe nach seiner Abscheulichkeit entwickelt werden muß, weil einmal Thatsachen dieser Art nicht aus der Geschichte vertilgt werden können. — In Hinsicht der Entsetzung eines Regenten ist, in der neuesten Geschichte christlicher Völker, die Thronentsetzung Gustavs IV. von Schweden, im Jahre 1809, das wichtigste Beispiel, indem dieser Schritt, durch die Anerkennung seines Nachfolgers von allen europäischen Mächten, selbst von diesen gut geheissen ward; denn die Entsetzungen Selim's III. und Mustapha's IV. sind außerchristliche Ereignisse. — In der Theorie des Staatsrechts war das sogenannte *jus resistendi* von jeher einer der schwierigsten Punkte, besonders weil die Geschichte alter, mittlerer und neuester Zeit diese Aufgabe oft sehr gewaltsam gelöst hat. Man denke an die Geschichte der israelitischen Könige, der persischen Kaiser, der Imperatoren in Rom und Byzanz, an die Thronentsetzung des letzten Merowingers im J. 752, an die Thronentsetzung des letzten Karolingers im J. 987, Christians II. von Dänemark u. s. f. — Es ist wahr, Hobbes, Graswinkel und mehrere, namentlich Fr. Gentz (in der Berl. Monatsschrift, 1793. Dec. S. 542 ff.), selbst Kant in gewisser Hinsicht (metaph. Anfangsgründe der Rechtslehre,

S.174), lehren nicht blofs den unbedingten, sondern selbst den leidenden Gehorsam; allein von der andern Seite müssen auch Männer wie Friedrich II. in der angezogenen Stelle (Note zu §. 32.), von Feuerbach (Anti-Hobbes, S. 92 ff.), von Jacobi (in dem Anti-Macchiavel), von Schlözer (im allgemeinen Staatsrechte \*)), Hagemeister (in s. Zusätzen zur Uebersetzung von Schnaubert: Auch der Regent u. s. w.), Heydenreich (in s. Staatsrechte \*\*), Theil 2, S. 20.), Rüdiger (in s. Lehrbegriffe des Vernunftrechts und der Gesetzgebung, S. 252 ff.), Vofs (Handbuch der allgemeinen Staatswissenschaft, Th. I, S. 513 ff.), v. Eggers (Versuch eines systemat. Lehrbuchs des nat. Staatsrechts, S. 219 ff. \*\*\*), Krug (Rechtslehre, oder Syst. der pract. Phil., Th. I. 361—365, und dessen Handb. der Phil. N. A., Theil II. S. 201 f.) †), und viele Andere über diesen Gegenstand verglichen werden. (J. Benj. Erhard, über das Recht eines Volkes zu einer Revolution. Jena, 1795. 8.)

\*) Schlözer sagt daselbst: »Es giebt kein *crimen laesae majestatis* in der Bedeutung der Nerone. Es giebt keine *obedientia passiva* im Stuartschen Verstande. Diese Lehre hat die Stuartheiten der schönsten Throne der Welt gekostet. Dem zufolge giebt es ein *jus resistentiae* gegen Usurpatoren und Tyrannen, wiewohl nur im Falle hoher Evidenz.«

\*\*) Heydenreich a. a. O. »Wenn der Oberherr sich durch den Bruch des Vertrages, durch Angriffe auf die Gesellschaft und ihre Verfassung, als Feind zeigt, so hat die Gesellschaft gegen ihn das Recht des Beleidigten in seiner Unendlichkeit.«

\*\*\*) Eggers sagt S. 221: »Das äußerste Mittel, welches die Unterthanen wider den Regenten haben, ist die Absetzung desselben. Denn wenn gleich der Regent die Majestät eigenthümlich besitzt, so sind die Bürger dennoch befugt, ihm diese, sobald es zuverlässig ist, dafs er seine Pflichten nicht erfüllt, zu nehmen, wenn kein anderes Mittel zur Erhaltung des Staates vorhanden ist.«

†) Krug a. a. O. »Der Widerstand kann zuerst negativ seyn, und besteht dann blofs in der Verweigerung des Gehorsams. Er kann aber auch positiv, oder ein wirklicher Aufstand werden. Wie weit jedesmahl ein solcher Widerstand gehen dürfe, läfst sich im Allgemeinen nicht bestimmen, sondern kommt auf die Dringlichkeit der Umstände an, und mufs dem Gewissen überlassen werden.«

32) »*Videndum quibus excessibus summum imperium commissum, magistratusque amissus jure naturali intelligatur? Et dubitari plane nequit, si summus magistratus tendat ad everterendum rempublicam ejusque statum; aut grassetur in perniciem populi, idque manifestum sit, quin ipse hostem induat, eo-que desinat ipso jure esse magistratus. Haec enim per naturam simul stare non possunt, esse summum magistratum, qui*

*tuendae reipublicae ac servando populo constitutus est, et tendere ad evertendum reipublicae statum, vel populum: quod hostium et hostile est. Fit ille ex magistratu hostis et perduellis; ex cive et civitatis capite, peregrinus. Et cum civilis seu populus in corpus coierit, status sui tuendi causa, non potest amplius videri corporis illius membrum, qui adeo ab illo se separat, ut ejus incolumitati insidietur: quae pugnant cum affectu civis, et animi odiique hostilis sunt: ut fuere Athenis XXX tyranni, Romae decemviri, et tales Caeus (Caligula) et Nero visi, hostesque judicati sunt.*

*Everti autem Reipublicae status intelligitur, etiam cum pars status praesentis, secularis vel ecclesiastici, evertitur: cum per partes totus ita perverti posset.*« Cocceji Grotius illustratus, T. I, pag. 332. Grotius selbst hatte mehr den leidenden Gehorsam ausgedrückt, und zu diesem kehrte auch Heinrich von Cocceji, Sohn Samuels v. C., in der dem Commentare seines Vaters beigegeführten Note zurück.

Auch in der jetzigen Zeit scheint dieser bis in das Unendliche leidende Gehorsam vielen, ja vielleicht den meisten in Wirksamkeit lebenden Staatsmännern sehr zu gefallen. Es ist nicht zu leugnen, er bietet ihnen eine große Bequemlichkeit dar. Eine Verwaltung zu führen, die keinen Vorwurf zu fürchten hat, die jede Verantwortlichkeit ausschließt: — wie behaglich! — Aber nicht zu gedenken, daß (wie wir glauben dargethan zu haben) ein solcher Zustand ganz dem Wesen des Staatsverbandes widerspricht, was kann eine Theorie der Art ihren Vertheidigern helfen? So lange die Erde steht, haben die Völker sich solche nicht gefallen lassen, und dieses wird nie der Fall seyn. Das Unnatürliche rächt sich früh oder spät. Carl X. hat in unsern Tagen erfahren, was es sagen will, die Grundgesetze eines Volkes anzugreifen; und was war das, was er that (oder vielmehr seine Minister sich zu Schulden kommen ließen), gegen dasjenige, was andere Länder Europas ertragen müssen? Möchten doch die Inhaber der obersten Staatsgewalt lernen, so lange das Lernen noch helfen kann! Leicht sind, in der Regel, die Völker zu gewinnen; es ist so natürlich, den zu lieben, von dem man überzeugt ist, daß er unser Bestes ernstlich will. »*La politesse, la circonspection, l'indulgence affermissent l'union entre les amis et dans les familles; elles feront le même effet dans un petit état, qui est une grande famille.*« (Voltaire.) Gewiß aber nicht allein in einem kleinen Staate, sondern auch in einem großen. Wie lieben und achten die Preußen ihren König, der jene Eigenschaften, die echte Hu-

manität, in so hohem Grade besitzt! — Das Volk merkt bald, wer ihm wohl will.

33) Restauration u. s. w. Th. I, S. 488; Th. II, S. 450. S. die in dieser 4ten Ausg. der gegenwärtigen Schrift hinzugefügte Darstellung der Theorie des Herrn von Haller.

34) »*Simulatque se inflexit rex in dominatum injustiorem, fit continuo tyrannus, quo neque tætrius, neque foedius, nec diis hominibusque invisius animal ullum cogitari potest: qui quamquam figura est hominis, morum tamen immanitate vastissimas vincit belluas. Quis enim hunc hominem rite dixerit, qui sibi cum suis civibus, qui denique cum omni hominum genere nullam esse juris communionem, nullam humanitatis societatem velit?*« Cicero, *de republica. Lib. II, cap. 26.* — Das berühmte Werk des Spanischen Jesuiten Mariana (*Johannis Marianae, Hispani, e societate Jesu, de rege et regis institutione, Libri III. Ad Philippum III, Hispaniae regem catholicum, anno 1599; cum privilegio. Toleti, ap. Petrum Rodericum, typ. Regis. 4. 446 Seiten*), enthält *Lib. I, cap. 5, S. 55*, unter dem Titel: *discrimen regis et tyranni*, eine tüchtige Beschreibung des letztern. — Die scheußliche Stelle dieses berühmten Buchs in dem *Cap. VI. Lib. I. An tyrannum opprimere fas sit?* welche in den spätern Ausgaben fehlt, befindet sich in dieser S. 69. »*Sic Clemens periit, aeternum Galliae decus.*« — Diese Ausgabe ist mit der Censur des *Fr. Petrus de Onja*, Madrid 1598 gedruckt.

35) Restauration d. St.-W., B. I, S. 343.

36) Bei Pufendorf in dem Werke *de officio hominis et civis (Lib. II. cap. IX.)* ist eine, manchem Minister gewiß mehr zusagehende Ansicht. »*Habet denique peculiarem Sanctimoniam summum imperium, ut non solum ejus jussis legitimis resistere nefas sit, sed et ejusdem asperitas, non secus atque liberis parentum morositas, a civibus sit patienter ferenda. Quin et ubi atrocissimas injurias intentaverit, singuli potius fuga sibi consulunt, aut quantamcunque calamitatem sustinebunt, quam ferrum in durum quidem, sed tamen parentem patriae stringent.*« Gottl. Gerh. Titius, der Commentator Pufendorfs, fand dieses jedoch zu arg, und begleitete obige Stelle mit folgender Anmerkung: »*Quod si vero Imperans hostilem penitus animum, vel erga singulos, vel totam rempublicam, induat, tum ei, velut hosti, posse resisti, ex indole factae delationis facile liquet: sed in regnis absolutis miseros subditos spes et facultas exequendi destituit; at in limitatis citius improbum Imperan-*

*tem amoliri illi possunt. Illud dubium non habet, quin Principi, officii metas transilienti, preces et rationes opponere liceat, et debeant saepe reipublicae procures officii sui, isto rerum statu, esse observantiores, quam quidem fieri solet; nec dubitandum, quin his mediis, cordate et unanimiter adhibitis, ad saniora consilia Imperans revocari queat, cum crebro non propria, sed aliena libidine in reipublicae perniciem animentur.*«

Hier möge noch die von Pölitz (Siehe Note 32.) angeführte Stelle Krug's Platz finden. »Setzen wir den äußersten Fall, daß der Fürst dem gerechten, festen und beharrlichen Andringen des Volks wirklich widerstrebte, daß er sogar alles weitere Andringen verböte, mithin dem Volke selbst den letzten traurigen Ueberrest seiner Rechte, das Recht der Vorstellung und Beschwerde, nähme: — dann wäre offenbar das ganze gesellige Band zwischen Fürsten und Volke durch den Fürsten selbst zerrissen. Der Fürst hätte sich gleichsam in das ausserbürgerliche Verhältniß, in eine Art von Naturstand mit seinem Volke gesetzt. Das Volk würde folglich auch einem Fürsten, der nicht einmal den Bitten seines Volkes sein Ohr leihen wollte, nicht mehr zu gehorchen verpflichtet seyn. Denn *cessante conditione cessat conditionatum*. Rechte und Pflichten aber bedingen sich wechselseitig. Ein Fürst also — wenn überall ein solcher möglich wäre — der seinem Volke gar kein Recht zugestünde, könnte auch vernünftiger Weise keine Pflicht von demselben fordern.« Krug's Dikäologie, S. 363 u. 364.

Leider hat es einen solchen gegeben, was der treffliche Krug für fast unmöglich hielt! — Ein Fürst sandte nicht nur die Bitten und Beschwerden enthaltenden Schreiben der Stände seines Landes unerbrochen zurück, sondern verbot sogar seinem Staatsministerium, Vorstellungen gegen seine Cabinetsbefehle zu machen.

### §. 3.

So einfach die Folgerungen, die ich bisher darlegte, aus allgemeinen Grundsätzen sich ergeben, so unmöglich es seyn möchte, sie zu widerlegen, so schwierig, ja so gefährlich, ist ihre Anwendung. — *Non enim ibi consistunt exempla, unde coeperunt; sed, quamlibet in tenuem recepta tramitem, latissime evagandi sibi viam fa-*



*ciunt (Paterculus)*, lehrt uns die Geschichte <sup>37)</sup>.

Leicht ist es gesagt: der Fürst handelt dem Zwecke des Staats entgegen. — Wer ist aber der Richter, der beurtheile, ob sich dieses auch in der That so verhalte? — Hier entscheidet, man muß es offen gestehen, das practische National-Bewußtseyn und der Erfolg <sup>38)</sup>. Sehr richtig sagt schon J. H. Böhmer: »*de iustitia vindicationis in libertatem ex circumstantiis dijudicandum*« <sup>39)</sup>. Wer wird aber auch behaupten, daß schon die geringste Abweichung von der Staatsverfassung, also von dem Gesetze des Grundvertrages, zu einer Aufkündigung des Gehorsams führen dürfe? — Wäre dieses auch nach der strengen Theorie richtig <sup>40)</sup>, so würde doch, diesen Grundsatz in Anwendung gebracht, die völlige Unsicherheit für die Staatsbürger daraus hervorgehen. Alle Augenblicke würde man befürchten müssen, die Staatsverfassung stürze über den Haufen. Und wer stände für die Folge ein? *Mino-  
re discrimine sumi Principem quam quaeri*, sagt der größte Römische Geschichtschreiber. — Fern also solche gefährliche Lehre; sie würde zum Verderben der Völker führen. — Soll also mit Recht, dieß heißt hier, nach dem, was in der Praxis nützlich ist — *salus populi suprema lex* — von dem Volke der Gehorsam dem Fürsten aufgekündigt werden dürfen, so muß von diesem böse ein solcher Zustand herbeigeführt worden seyn, daß zu befürchten steht, die öffentliche Sicherheit, Recht und Gerechtigkeit gehen ganz und gar un-

ter; wobei denn freilich nicht so lange zu warten ist, bis die Kräfte dem Volke verloren gegangen, die Widerstand möglich machen <sup>41)</sup>. Der Fluch der Völker trifft diejenigen, welche leichtsinnig zu einem Mittel greifen, welches nur das äußerste seyn muß.

Durch diese Einschränkung und nähere Bestimmung kömmt der Verfasser keinesweges mit sich selbst in Widerspruch. Zuerst beantwortete die speculirende Theorie die Frage: was ist streng Rechtens — jetzt beantwortet der praktische Sinn die Frage: was ist dem Ganzen heilbringend? Selbst in Privat-Verhältnissen verbietet oft die Klugheit, und selbst die Moral, das strenge Recht in Anwendung zu bringen.

---

37) Den erläuterndsten Commentar hierüber giebt folgender Artikel des *Journal des débats* vom 27sten März 1831. — *Notre monarchie de juillet a aussi ses radicaux, d'autant plus ardents, d'autant plus dangereux, que l'immense secousse de la révolution a ouvert une carrière sans limites à leurs espérances. Un ordre de choses depuis long-tems établi borne en quelque sorte l'horizon. Qu'on aille jusque-là, on sera satisfait. Les plus impatiens se règlent et se modèrent par désespoir. On criait: Vive la charte! On ne demandait qu'une monarchie franchement constitutionnelle. Maintenant, c'est une monarchie avec des institutions républicaines que l'on rêve. D'autres vont jusqu'à la république pure, et ils n'en sont que plus conséquens. Où sera le terme? Qui le sait? Dans l'anarchie, dans le despotisme peut-être, si le gouvernement, par faiblesse, n'osait combattre de front le radicalisme. Je sais qu'il est dur de se séparer de gens avec qui l'on a fraternisé, de les ranger une bonne fois parmi ses adversaires, et d'encourir leur humeur. Ils se plaindront amèrement; ils diront que l'on s'est servi d'eux, et puis qu'on les abandonne. Mais que faire! En récompense de leurs services, faut-il leur livrer la société tout*

*entière? Car il n'y a pas de milieu: c'est la souveraineté sans partage, qu'il veulent! La France n'est pas leur conquête; et ce serait pousser loin la reconnaissance que de la leur donner à gouverner, c'est-à-dire à bouleverser.*« Dieses gewöhnlich die Folge der Revolutionen; daher denn nur in der äußersten Noth diese giftige Arznei.

38) Vergl. Bergk's Briefe über Kant's Rechtslehre, S. 207.

39) *J. H. Böhmers jus publ. univers.*, S. 584, Not. h. — Dessenungeachtet möchte es aber höchst erforderlich seyn, diese wichtige Angelegenheit auch aus dem theoretisch-speculativen Gesichtspuncte zu betrachten; denn wer mag leugnen, dafs auch Völker irregeführt werden können und irregeführt seyn?

40) Dieses wird sich nicht leugnen lassen; denn wenn ein Contract von dem einen Theile gebrochen wird, so ist auch der andere Theil seiner Pflichten befreit, wenn nämlich kein Richter vorhanden ist, bei welchem auf Erfüllung des Contractes geklagt werden kann.

41) Es wird hoffentlich erlaubt seyn, Obiges unumwunden zu sagen, da schon im Jahre 1704 eben dieses, und zwar mit sehr kräftigen Worten, ein Greifswalder Rechtsgelehrter, Palthenius, in seiner Dissertation *de dethronisatione* sagen durfte. »*Jam si ea sit principis atrocitas, ut ad totius populi aut majoris partis laesionem pertingat: et hic, quae, quanta, quam multa ei populus, et belli metu et oculi dulcedine, non indulgeat? Quamquam si extrema patiatur crudelitatis aut superbiae exempla, quis culpet eum, qui consumta omni patientia, non ea ignavia sit, ut expectandum sibi putet, donec de coelo descendat Deus in humani generis hostem sua missurus fulmina? imo quis non eum laudet, quod aliquando se circumspiciat, et a Deo reprimi putet, qui naturae lege, i. e. divina voluntate, coercetur? — Praestat tamen, aliquam esse rempublicam, quam nullam; praestat pacem esse, quam bellum? — Quasi respublica sit, in qua leges nomen non sunt, judicia jacent. . . . An ut tu me jugules et expiles, ego interim digitum non moveam?*« . . . Siehe Seite 720 der Ausgabe von Pufendorf's angeführtem Werke, Leyden, 1769.

#### §. 4.

Auch selbst bei dem geschilderten Zustande darf also nicht sofort Gewalt geltend gemacht wer-

den. Ein Monarch ist ein Mensch, er kann irren; er kann aber auch von seinem Irrthume zurückkommen. Ruhe und Friede sind, aufser der gesetzlichen Freiheit der Bürger, in einem Staate die schönsten Güter; nicht leichtsinnig sind sie auf das Spiel zu setzen. Also ehe zum Widerstande zu schreiten, sind die dringendsten Vorstellungen bei dem Souverain anzuwenden, und zwar in Ausdrücken der Ehrerbietung; denn die Fürstenwürde mufs bis zu dem letzten Augenblicke ihres Daseyns geachtet und heilig gehalten werden.

Zu diesen Vorstellungen sind zunächst die Repräsentanten des Volks berechtigt; und hier eben zeigt sich, wie wesentlich es selbst für die Ruhe und Sicherheit der Monarchen, dafs solche vorhanden seyen; denn wäre diefs nicht der Fall, so würde diefs Recht der Vorstellung dem Volke selbst sofort zustehen, wie dieses auch der Fall seyn müfste, wenn die Repräsentanten des Volks ihre Pflicht zu erfüllen versäumten; denn unmöglich wird man annehmen können, dafs das Volk jemahls, stillschweigend oder ausdrücklich, darein gewilligt habe, die Repräsentanten zu unumschränkten Herren über sein Schicksal zu machen <sup>42)</sup>.

---

42) Unendlich weicht die in diesem §. vorgetragene Theorie von derjenigen ab, welche J. J. Rousseau in dem *Contrât social* über das Verhältnifs des Regenten zu den Staatsbürgern aufstellt. Die unsrige folgt aus der Natur der Sache. Nur in dem äufsersten Nothstande, wenn jede andere Hülfe fehlt, wenn alle Vorstellungen vergeblich waren, räumen wir den Staatsbürgern das

Recht ein, dem Souverain den Gehorsam aufzukündigen. Ein Recht, welches die Nationen zu allen Zeiten von selbst geltend gemacht haben und ewig geltend machen werden. Der Verf. des *Contrât social* geht, ein tüchtiger Revolutionair, weiter: er stellt den Regenten in die Kategorie aufkündbarer Beamten. » *Les dépositaires de la puissance exécutive ne sont point les maîtres du peuple, mais ses officiers; il peut les établir et les destituer, quand il lui plait; il n'est point pour eux de contracter, mais d'obéir.*« — Diese verderbliche Lehre kann nur mit Abscheu betrachtet werden. Schon Voltaire (in seinen *idées républicaines*, XXXIV. — *Oeuvres compl. éd. de Gotha*, T. XXIX. p. 198.) hat das Irrige dieser Lehre gezeigt. Denn selbst ein Staatsbeamter kann nicht willkürlich gekündigt werden, wenn er nicht zu der Klasse derjenigen Staatsbedienten gehört, denen die Kündigungs-Clausel, ohne Nachtheil des Ganzen, in ihre Bestallung gesetzt werden konnte. Selbst die höchste Staatsgewalt kann einen Richter nicht ohne Urtheil und Recht seines Amtes entlassen. — Die unsterbliche Fürstinn Pauline zur Lippe erkannte dieses durch eine eigene Verordnung an.

### §. 5.

Haben die Vorstellungen an den, den Bund brechenden Monarchen nicht die gewünschte Wirkung, dann muß leider zur Erreichung des Zieles fortgeschritten werden. — Aber (möchte man fragen), sollte es hier nicht nothwendig, oder doch rathsam seyn, zuvörderst die Vermittelung verwandter, benachbarter oder verbundener Fürsten anzurufen, ehe die Repräsentanten des Volkes, oder dieses selbst, den so äußerst gefährlichen Schritt der Aufkündigung des Gehorsams thäten? — Eine Nothwendigkeit dieses Schrittes ist, nach der strengen Theorie, nicht zu behaupten; denn in einem unabhängigen Staate steht keine höhere Macht über Volk und Fürsten. In der Praxis kann die Anrufung einer Vermittelung aber äu-

ferst räthlich seyn: dann nämlich, wenn wegen der Schwäche des Volks zu fürchten stände, daß eine dem Wohl des Ganzen gefährliche **Einmischung** Fremder Statt haben könnte. Besonders ist dann jene Vermittelungs-Erbittung räthlich, wenn das Volk gleichsam erst vorläufig den Gehorsam aufgekündigt hat, und nun aus diesem provisorischen Zustande ein definitiver hervorgehen soll. Ueberhaupt müssen das Volk und seine Repräsentanten, im Falle des in Frage stehenden großen Unglückes, den höchsten Grad der Mäßigung zeigen und auf das äußerste jede Uebereilung vermeiden; denn hier stehen die edelsten Güter auf dem Spiele. Dadurch beweisen sie nicht nur, daß sie nur aus Noth handeln, sondern sie handeln auch selbst dem Rechtsprincipe gemäß. Ist von der Erbittung einer Vermittelung irgend ein Erfolg zu erwarten, so ist diese keinesweges zu versäumen.

### §. 6.

Gehört das Land, dessen Fürst Veranlassung gab, ihm den Gehorsam aufkündigen zu müssen, einem Staatenbunde an, dessen Mitglieder sich wechselseitig ihre Staaten garantirt haben: so ist es im höchsten Grade räthlich, diesem Staatenbunde die Gründe zu entwickeln, weswegen zu dem äußersten Hülfsmittel hat geschritten werden müssen, um jede gewaltsame Einschreitung zu vermeiden. Es kann aber dieser Bund nicht Richter zwischen dem Volke und dem Fürsten

seyn, in sofern der Staat, von welchem die Rede ist, zu den völlig unabhängigen Staaten gehören würde; es sey denn, daß Fürst und Volk die übrigen Bundesfürsten ausdrücklich als Richter in ihrer Sache anerkannten. Es würde das Gegentheil dem Begriffe der Unabhängigkeit der Staaten widersprechen. Wäre jedoch ein Bundesgericht vorhanden, dann verhielte sich die Sache völlig anders. Die Bundesstaaten wären dann zu dem höhern Grade der Civilisation vorgeschritten, in soweit ihre vollständige Unabhängigkeit aufgegeben zu haben, daß sie, zur Handhabung des Rechts, nicht nur unter sich selbst, sondern selbst zwischen den Fürsten und den ihnen unterworfenen Völkern, einen Obern anerkannten. In diesem Falle müßte aber auch schnelle Gerechtigkeit zu erwarten stehn, damit das Volk nicht zu befürchten habe, vor erfolgter Entscheidung in den Zustand gesetzt zu werden, daß es ihm unmöglich werde, dem Verderben zu entgehen.

### §. 7.

Möchte doch das Deutsche Vaterland des Glückes theilhaftig geworden seyn, daß ein oberstes Bundesgericht, dem Kraft und Wille wäre, die Gerechtigkeit, selbst zwischen den Fürsten und ihren Völkern, schnell zu verwalten, an seiner Spitze stände! <sup>43)</sup> Was könnte hindern, wollte man es ernstlich, daß noch jetzt dieser große Mangel ersetzt würde? <sup>44)</sup> — Selten, oder vielleicht nie, empören sich die Völker ohne Ursache. Was

ist für ein Nutzen für das Ganze zu erwarten, wenn der Aufstand eines Volkes durch die bewaffnete Macht der Benachbarten zurückgedrängt wird, gleichsam eine für kurze Zeit unterdrückte Krankheit, wenn die Ursache der Volksunzufriedenheit nicht gehoben ist? <sup>45)</sup> — Einem tugendhaften, das Recht beschützenden und handhabenden Fürsten wird die Masse des Volkes mit Liebe anhängen; er hat nichts von Meuterern zu befürchten. Möge immer durch böse Menschen die Ruhe augenblicklich gestört werden; die Guten werden sie bald herstellen. Man führe hiergegen nicht Belgien an. Der Monarch war gut und edel, ihn trifft kein Tadel: <sup>46)</sup> der Fehler liegt darin, daß zwei, in Sitten und Religion gänzlich verschiedenartige Völker gewaltsam verbunden wurden. Das Unnatürliche rächt sich früh oder spät.

---

43) Der Verfasser ist keinesweges der Einzige, der die Nothwendigkeit eines Bundesgerichtes anerkennt und auf dessen Errichtung dringt. Einer unserer vortrefflichsten juristischen Schriftsteller, der Herr Oberappellationsrath Pfeiffer zu Cassel, ist hierin mit ihm völlig gleicher Meinung. S. die Vorrede zu dem 2ten Bande der practischen Ausführungen aus allen Theilen der Rechtswissenschaft. (Hannover, 1828. 4.) Ein vorzüglicher Grund ist diesem freimüthigen Schriftsteller: »indem die hohe »Bundesversammlung sich immer mehr der unmittelbaren Mitwirkung zu entziefen, was der Justiz und deren Handhabung angehört, zu entföfern und in dieser Beziehung ihren Geschäftskreis mit jedem Jahre zusammenzuziehen scheint.« — Die Belege zu dieser Behauptung fehlen an jener Stelle nicht. — Gewiß ist diese Erscheinung (die unstreitig darin ihren Grund hat, daß man dafür hält, jede Einwirkung von außen sey dem Princip der Souverainetät entgegen) im höchsten Grade zu beklagen; denn in eben dem Maafse, als sich hierdurch der Monarchismus der Autokratie nähert, nimmt die Sicherheit des Ganzen ab. —



Wie wahr ist in dieser Beziehung der (auch von Herrn Pfeiffer angeführte) Ausspruch Ancillon's: »Wo Laune und Willkühr »herrschen, kann keine Freiheit Statt finden; wo es keine Freiheit »gibt, ist auch die Sicherheit gefährdet.« (Ueber den Geist der Staatsverfassungen u. s. w., Berlin, 1825. S. 70.)

44) Die Errichtung eines eigenen Bundesgerichtes war während der Wiener Congresshandlungen nachdrücklich in Antrag gekommen. Da wider erklärten sich Württemberg und Hessen-Darmstadt, und vorzüglich Baiern. Dafür aber Preussen, Oesterreich, Hannover, der König von Sachsen, Holstein und sogar anfangs Hessen-Darmstadt, die vereinigten Fürsten und freien Städte, Rußland. Es erfolgte sogar ein Entschluß für die Errichtung eines Bundesgerichtes. Es wurde dieser auf Baierns Betrieb zurückgenommen und an dessen Stelle ein Austrägal-Gericht gesetzt. Ein Bericht von den Wiener Congress-Verhandlungen über Errichtung und Wirksamkeit eines permanenten Bundesgerichts findet sich in Klüber's Uebersicht der diplomatischen Verhandlungen des Wiener Congresses, S. 173—193. Vergl. ferner dessen öffentliches Recht des deutschen Bundes, §. 157 der 2ten Aufl. und S. 163 der Quellensammlung, 3te Aufl. — Eine ganz eigenthümliche Anmaassung ist es also, wenn man öffentlich des Verf. Wunsch, ein Bundesgericht errichtet zu sehen, für gänzlich »unausführbar« erklärt hat. — Eine Anmaassung, welche um so größer erscheint — wenn hier nicht, wie wahrscheinlich ist, Ignoranz zum Grunde liegen sollte — wenn sie in einem literarischen Blatte vorgebracht wird, welches in den königl. Preussischen Staaten herauskömmt. Preussen war es nämlich, wie gesagt, ganz vorzüglich, welches ein Bundesgericht für unumgänglich erforderlich hielt, unter andern:

»Bei Klagen mittelbarer Personen gegen unmittelbare Bundes-  
»glieder wegen

- a) »Verletzung der innern Landesverfassung und
- b) »solcher in derselben gegründeten einzelnen Rechte, welche  
»durch den Bundes- oder einen andern Staatsver-  
»trag zugesichert sind.«

Es fügte Preussen hinzu: »Dafs in denen Fällen, wo die politische Existenz eines Individuums wider den Bundesvertrag oder »die Constitution gekränkt, und selbige in den Rechten der »Deutschheit gefährdet werde« . . . . das Bundesgericht competent seyn müsse. Klüber a. a. O. 185.

45) Die Bestimmungen der Art. XXV ff. der Schlufs-Acte des Deutschen Bundes vom 15ten Mai 1820 sind bekannt. Sie

enthalten die Vorkehrungen, welche der Bund eben so berechtigt als verpflichtet ist, eintreten zu lassen, wenn die öffentliche Ruhe in einem Deutschen Staatsgebiete gefährdet worden. Auch sagt der Art. XXVII. ausdrücklich: »Die Regierung, welcher eine solche Hülfe zu Theil geworden, ist gehalten, die Bundesversammlung von der Veranlassung der eingetretenen Unruhen in Kenntniss zu setzen, und von den zur Befestigung der wiederhergestellten gesetzlichen Ordnung getroffenen Maassregeln eine beruhigende Anzeige an dieselbe gelangen zu lassen«: aber nicht deutlich ist es, ob hierin die Berechtigung der Bundesversammlung anerkannt sey, zu untersuchen: ob die Veranlassung der Unruhen auch *der Wahrheit gemäß* angegeben? Und ob den Unterthanen nachgelassen, Gründe darzulegen, die es ihnen unmöglich machen, irgend einen (doch denklichen) Druck von Seiten der Regierung ferner zu ertragen, und also die Nothwendigkeit einer Hülfe von Seiten des Bundes auszuführen? — Es scheint Beides theils in der Natur der Sache zu liegen, theils auch durch den Art. XXIX. der erwähnten Schluß-Acte ausgesprochen zu seyn. — Es lautet dieser: »Wenn in einem Bundesstaate der Fall einer Justizverweigerung eintritt, und auf gesetzlichen Wegen ausreichende Hülfe nicht erlangt werden kann, so liegt der Bundesversammlung ob, erwiesene, nach der *Verfassung* und den bestehenden Gesetzen jedes Landes zu beurtheilende Beschwerden über verweigerte oder gehemmte Rechtspflege anzunehmen, und darauf die gerichtliche Hülfe bei der Bundesregierung, die zu der Beschwerde Anlaß gegeben hat, zu bewirken.« — Verbindet man dieses mit der Bestimmung, daß eine in anerkannter Wirksamkeit bestehende landschaftliche Verfassung nicht einseitig abgeändert werden darf (Art. LVI.): so sollte man allerdings glauben, auch Eingriffe in die Verfassung und ein daher rührender Druck der Unterthanen können (wie ehemals bei den Reichsgerichten) auch jetzt bei den Landesgerichten zur Sprache gebracht werden. — Aber welche Regierung wird sich dieses gefallen lassen? — Und welche Gründe stehen auch nicht (die Sache genauer beleuchtet) einer solchen Auslegung entgegen? — Soll also der Deutsche Staatsbürger in seinen edelsten und wesentlichsten Rechten Schutz haben, soll jede Entschuldigung einer Widersetzlichkeit wegfallen: so ist durchaus ein höchstes Bundesgericht, zum Ersatz der Reichsgerichte, nöthig.

46) Hr. *Surlet de Choquier*, gewesener Regent von Belgien, äußerte sich am 13. December 1814 in der Versammlung der Ge-

neral-Staaten folgendermaassen über den König Wilhelm: »*La divine providence touchée des maux qui accablaient les Belges, privés depuis si long-tems de patrie, par les décrets de sa bonté ineffable, leur a rendu une, en plaçant à leur tête un prince, dont la seule ambition est de mériter le nom de père du peuple.*«

## §. 8.

Obige kurz entwickelte Grundsätze scheinen mir Folgendes darzuthun:

I. Ein Volk, dessen natürliche und bürgerliche Rechte, also auch dessen Staatsverfassung, der Fürst verletzt, hat, als äußerstes Mittel, *das Recht*, ihm den Gehorsam aufzukündigen, wodurch die oberste Staatsgewalt unmittelbar auf seinen rechtmässigen Nachfolger übergeht <sup>47)</sup>.

II. Das Volk handelt sicherer und der *Politik* gemäß (im Fall es nicht zu den mächtigen, factisch völlig unabhängigen Völkern gehört), wenn es einen solchen Fürsten vorläufig nur unschädlich macht; die endlichen Verfügungen aber (ist dieses möglich), zwischen dem Nachfolger des Regenten und den verwandten, verbündeten oder dominirenden benachbarten Höfen ausmachen läßt. Gehört der Fürst zu einer mächtigen Dynastie, dann ist diese gewiß vorzüglich zu einer gerechten Einwirkung und Vermittelung aufzufordern.

Schwer wird es jedoch stets zu bewirken seyn, einen Regenten zum Aufgeben seiner Ansprüche zu bewegen, weil (wie Tacitus, der große Men-

schenkenner, sagt) *regibus aequa, nedum infima, insolita sunt* <sup>43)</sup>).

Bei einer solchen Vermittelungs - Erbitung wird das Volk, welches dazu schreiten mußte, seinen Fürsten vorläufig unschädlich zu machen, sein Glück schwerlich auf's Spiel setzen. Es ist nämlich keinesweges anzunehmen, daß die vermittelnden Fürsten sich mit dem ungeheuern Unrecht beladen werden: einen Tyrannen <sup>49)</sup> (und nur einem solchen darf der Gehorsam gekündigt werden) in Schutz zu nehmen. Nicht nur ihre eigene Ehre, sondern auch ihre Sicherheit erfordert das Gegentheil. Wenn selbst der ehrliebende Bürger in seinem Kreise den Verletzer heiliger Pflichten nicht duldet: wie liefse es sich denken, daß Könige, sie, die auf den Höhen der Menschheit stehen, für Ehre weniger empfänglich seyn sollten! Es scheint an Verbrechen zu gränzen, einen solchen Gedanken auch nur in sich aufkommen zu lassen. Und nicht minder wichtig ist der zweite Grund. Es ist wesentlich, daß der höchsten Würde die höchste Achtung bleibe. Mit der Achtung verlöre sie die Sicherheit. Auch verlangt ja das unglückliche, Hülfe und Rettung von den größten Leiden erflehende Volk nicht etwa, in den Urzustand der Gesellschaft zurückzutreten, um eine neue Fürstenwahl vorzunehmen — ein solches Recht zu behaupten, so lange noch ein legitimer Nachfolger vorhanden ist, wäre dem allgemeinen Staatsrechte zuwider —; nein, es verlangt nur, daß der Thron für erledigt gehalten

werde, um von dem rechtmäßigen Erben bestiegen zu werden; es verlangt nur Anerkennung der gerechten Sache. — Sicherer und regelmäßiger wäre es: könnte diese bei einem obersten Gerichtshofe geltend gemacht werden <sup>50)</sup>.

47) Es versteht sich gänzlich von selbst, daß dieser rechtmäßige Nachfolger die Regierungsgewalt aus eigenem Rechte empfängt, und nicht etwa eine Art von Regierungs-Verweser ist. Ist daher dieser Nachfolger minderjährig, so erhält er einen Vormund. Aus diesen Verhältnissen folgt es auch auf das unwidersprechlichste, daß, wenn der abgesetzte Regent nach dem Verluste der Regierungsrechte legitime Nachkommenschaft bekommt, diese der Nachkommenschaft des neuen Regenten nachstehen müsse: denn dieser folgte aus eigenem Rechte und pflanzte solches auf seine eigenen Nachkommen oder nächsten Agnaten zuvörderst fort. Ein ganz verschiedenes Verhältniß tritt dann ein, wenn ein Regent eines unverschuldeten physischen oder psychischen Uebels wegen die fernere Ausübung der Regierungsrechte verliert. In diesem Falle wird die Regierung in seinem Namen geführt. Seine Rechte gingen nicht unter, nur deren fernere Ausübung wird durch Umstände, die außerhalb seines Willens liegen, gehemmt; und so liegt es in der Natur der Sache, daß seine Rechte auch zuvörderst auf seine Nachkommen und nächsten Agnaten übertragen werden. — Ein ähnliches Verhältniß tritt dann ein, wenn schon bei eintretender Regierungserledigung der nächste Agnat regierungsunfähig ist. Auch in diesem Falle geht sofort das Regierungsrecht auf den auf ihn Folgenden über. *Aurea bulla Caroli IV., cap. XXV, §. 3 et 4.*

48) Annal. II, 42.

49) *Hoc nomen Graeci regis injusti esse voluerunt. Cic. de rep. II. 27.*

50) In einem bekannt gewordenen neuern Falle wandte sich das Volk durch seine Repräsentanten an den mächtigsten Agnaten des hart angeschuldigten Fürsten. Der Deutsche Bund ersuchte darauf den nächsten Agnaten desselben:

»die Regierung bis auf Weiteres zu führen, Alles, was zur  
»Erhaltung der Ruhe und Sicherheit, so wie der gesetzlichen

» Ordnung erforderlich, vorzukehren, und dafs dieses auf Ver-  
» anlassung des Deutschen Bundes geschehe, öffentlich bekannt  
» zu machen.«

Nach erfolgter Entscheidung der Agnaten trat darauf der legitime  
Nachfolger definitiv die Regierung an, und ihm wurde von dem  
Volke gehuldigt. — So trat, was bisher Theorie war, durch Praxis  
ins Leben.

---

## Z u g a b e n .

### I.

**Darstellung der Theorie des Herrn von Haller, hinsichtlich der Lehre von einem dem Staatsverbande zum Grunde liegenden Vertrage und des Widerstands-Rechtes gegen die oberste Gewalt <sup>51)</sup>. Mit einigen Bemerkungen.**

### A.

Herr Karl Ludwig von Haller (Mitglied des souverainen, wie auch geheimen Raths der Republik Bern — vor dessen Uebertritt zur catholischen Religion) erklärt in seinem so berühmt gewordenen Werke: *Restauration der Staatswissenschaft, oder Theorie des natürlich-geselligen Zustandes, der Chimäre des künstlich - bürgerlichen entgegengesetzt* (Zweite, vermehrte und verbesserte Auflage, Winterthur, 1820 ff., 6 Bände, von denen der 5te noch nicht erschienen — wenigstens habe ich mir solchen noch nicht verschaffen können), die ganze Theorie von einem ursprünglich abgeschlossenen Staatsvertrage für eine höchstgefährliche Chimäre, für die Hauptursache aller Revolutionen und des vielfachen Unglücks, welches in den letzten Zeiten die Völker heimgesucht hat. Er weist ausführlich nach, nachdem er die Gefährlichkeit der Theorie vom Staatsvertrage dargethan zu haben glaubt, wie diese (angebliche) Chimäre sich literarisch entwickelt: — Grotius,

Hobbes, Sidney, Locke, Pufendorf, J. H. Böhmer, Montesquieu, Rousseau, Martini, Sonnenfels, Scheidemantel, Sieyes, Kant, Schlözer, Bensen, Behr u. s. w. (Cap. 6.), — er liefert eine philosophische Geschichte dieser Theorie (Cap. 7.), zeigt — wie er glaubt — die versuchte, mißlungene Realisirung derselben (Cap. 8.), ihren anscheinend vollendeten Triumph (Cap. 9.) und das gänzliche Mißlingen des ganzen Experimentes (Cap. 10.). — Sodann kommt er auf die Ursachen des Mißlingens, und sucht die innere Falschheit und Unmöglichkeit der ganzen philosophischen Staatstheorie zu zeigen (Cap. 11.), worauf er endlich seine eigenen Ansichten darlegt.

Die Gründe, welche der Theorie vom Staatsvertrage entgegengesetzt werden, sind keinesweges neu, und sie hier aufzuführen kann ich nicht für erforderlich erachten, wohl aber ganz im kurzen die neue Entdeckung des Herrn von Haller darzustellen <sup>52</sup>), welche ihm von einer solchen Wichtigkeit erscheint, daß er, in der Einleitung zu seinem Werke, von derselben — gleichsam als von einer neuen Erlösung von allem Uebel, — die wohlthätigsten Folgen mit einer solchen Gewißheit erwartet, als die Kinder Israels der Ankunft eines Messias entgegensahen. — »Mit der teuflischen Doctrin (sagt er S. LXIX der Einleitung) wird auch die Entfremdung der Gemüther verschwinden, welche jetzt alle Freuden des Lebens vergiftet; es wird die alte Liebe wiederkehren zwischen denen, welche Gott zu-



nächst für einander geschaffen hat, und kein anderes Gesetz, keine andere Constitution mehr seyn, als die, sich wechselseitig Liebes und nichts Leidens zu thun.« — Dieses wäre denn freilich das wahrhafte himmlische Jerusalem, und stände es zu erreichen, wer würde nicht mit Freuden ein Hallerianer werden! — Worin besteht nun aber des Herrn von Haller Entdeckung? — In Folgendem: Die Staaten haben sich nicht von unten hinauf, sondern vielmehr, nach einem allgemeinen Naturgesetze, von oben herab gebildet. — Es sey also (?) ein falscher, höchstgefährlicher Satz, daß die Fürsten der Unterthanen wegen vorhanden seyen. — Folgendermaassen drückt sich Herr von Haller (S. XVI.) in dieser Beziehung aus:

»Mein Geist war aufgeregt und nur auf diesen einzigen Gegenstand gerichtet, so, daß alles Andere mir gleichgültig wurde, und ich überall im täglichen Leben nur allein die Verschiedenartigkeit der geselligen Verhältnisse, ihren einfachen Ursprung und ihre wahre Natur zu erforschen bemühet war. Und siehe, im Kleinen zeigte sich wieder das allgemeine Gesetz der Natur, da ward der Schlüssel zu aller Wahrheit im Großen gefunden. In jeder nur etwas begüterten oder erweiterten Familie, in jedem Gutsherrn, sogar in jedem Handelsmann oder Fabricanten, sah ich auf das deutlichste das Bild eines Fürsten, in der freien Aggregation der Untergebenen den Anfang, den rechtlichen Grund und die Schranken der Ab-

hängigkeit oder Dienstbarkeit; in jeder Stadt, jeder Gemeinde, jeder Lesegesellschaft sogar, das Ebenbild einer Republik; in ihrer einfachen natürlichen Bildung und Erweiterung ward der Ursprung der Staaten, in dem rechtlichen und liebevollen Verhältniß zwischen ihren Mitgliedern — der Spiegel des wahren Staatsrechts erkannt. Allemahl drängte sich hier der Gedanke auf: wodurch unterscheiden sich denn diese Privatverhältnisse, gegen welche Niemand etwas einwendet, von den sogenannten Staaten, als wie das Kleinere von dem Größern, das Vollendete von dem Unvollendeten: was fehlt jenen gewöhnlichen Herren zum vollendeten Fürsten, als die eigene persönliche Unabhängigkeit? und wie diese letzte, als das Characteristische der höchsten Gewalt, nur das natürliche Resultat höherer Macht sey, rechtmäßig erworben werden oder zufällig entstehen könne, das war bei dem geringsten Nachdenken, auch ohne Hülfe der Geschichte, bald gefunden.« — Dieses ist denn das Thema, welches Herr v. Haller in dem 13ten Capitel, von dem Ursprunge aller Herrschaft nach einem allgemeinen Natur-Gesetze (S. 355 — 387), ausführlich entwickelt hat. — »Oeffnet die Augen (sagt er daselbst, S. 357) und ihr werdet es erkennen, offenbar nichts anders als eine höhere Macht, natürliche Ueberlegenheit an irgend einem nützlichen Vermögen auf der einen Seite, und auf der andern Bedürfniß an Nahrung und Pflege, an Schutz, an Belehrung und Leitung,

welches jener höhern Macht entspricht und durch sie befriedigt wird. Der Mann herrschet über sein Weib, weil er es angeworben, in seinen Schutz aufgenommen hat, weil es gewöhnlicher Weise von ihm ernährt wird, und weil er in Allgemeinen auch der Stärkere an Geist und Körperkraft ist.« — Hier folgt eine Reihe von Beispielen. — Dann fährt Herr von Haller fort: »Woher diese Herrschaft, als wegen dem Bedürfnis<sup>53</sup>) der einen und der Ueberlegenheit der andern? — Siehe! da sind wir auf der Spur und da haben wir zugleich den wahren Sinn des grossen und unzerstörbaren Naturgesetzes, daß nur der Ueberlegenere, der Mächtigere herrsche, oder um uns bestimmter auszudrücken: daß da, wo Macht und Bedürfnis zusammentreffen, ein Verhältniß entsteht, kraft welches dem ersteren die Herrschaft, dem letztern die Abhängigkeit oder Dienstbarkeit zu Theil wird, das aber deswegen nicht minder der Gerechtigkeit ganz gemäß und zu beiderseitigem Vortheil *abgeschlossen* ist.« — Also doch »abgeschlossen?« Und was wäre denn dieser Abschluß anders als ein Vertrag? — Gewiß keine »gezwungene Subtilität« (wie Hr. v. H. meint) ist es, wenn wir einen »Abschluß« mit dem Namen eines Vertrags belegen. — Nichts ist wahrer, als was Hr. v. H. hinsichtlich der Entstehung der Staaten hier vortrug. Wer hat je an diesen Wahrheiten gezweifelt? Es muß selbst vielleicht eingeräumt werden, daß die meisten

Staaten auf die dargestellte Weise entstanden, überdiß aber auch durch das reine Recht des Stärkern—wenn es erlaubt ist, hier von Recht zu sprechen. Stets aber war dennoch die Unterwerfung der Mehrheit unter Einen oder unter Wenige entweder das Resultat eines ausdrücklichen oder stillschweigenden Vertrages. Dieß letzte auch dann, wenn die ursprünglich von oben her wirkende Gewalt in dem Laufe der Zeiten anerkannt und so *ex post* rechtmäßig wurde. — Wir wollen uns ein Beispiel, ganz im Sinne des Hrn. v. H., bilden.

Ein Ritter des Mittelalters besitzt eine feste Burg, um ihr her ansehnliche Besitzungen an Ländereien u. s. w. — Unsicherheit herrscht überall umher, überdiß Hunger, herbeigeführt durch Kriegsverheerungen, Mißwachs, Pest u. s. w. Nun wird des Ritters Besizung, unter dem Schutze der Burg, folgendermaassen bevölkert:

1. Einen Theil der Ländereien besetzt er mit kriegsgefangenen Wenden. Sie werden seine Leibeigene, und zwar zu ungemessenen Diensten verpflichtet, doch außerdem menschlich behandelt.
2. Ein Theil der Besizung bevölkert sich, unter der Verpflichtung zu Diensten, mit Vertriebenen und Hungerleidenden. Der Ritter baute ihnen Häuser, gab ihnen Vieh und Saatkorn.
3. Einen Theil seines Eigenthums besetzt er mit Mitgliedern seiner eigenen Familie. Ihre Ver-

hältnisse sind freier; sie üben Vorrechte über die früher genannten aus.

4. Einen Theil räumt er Handwerkern ein, die er herbeirief, um sich ihrer, gegen Bezahlung ihrer Dienste, bedienen zu können.
5. Er bemächtigt sich durch Gewalt benachbarter Dörfer eines andern Ritters und vereint sie mit seiner Besetzung.
6. Andere Dörfer erwirbt er durch Erbschaft u. s. w.

So bildet sich ein kleines Gebiet, eine Dynasten-Herrschaft. — Sie wird reichsunmittelbar. — Die verschiedenen Verhältnisse der Hintersassen bilden sich allmählig aus; sie werden milder auf der einen, strenger auf der andern Seite — die Hintersassen, Leibeigenen u. s. w. sind nun Unterthanen der Burg. Die Reichsgerichte schützen sie bei ihren verschiedenartigen Rechten. — Das Reich wird aufgelöst; der Dynast verwandelt sich, Souverain geworden zu seyn.

Ursprünglich lag hier zum Grunde des Verhältnisses der Hintersassen zum Ritter: Gewalt, ausdrücklicher Vertrag, stillschweigender Vertrag, selbst vielleicht, hinsichtlich der ursprünglichen Familien-Mitglieder des Ritters, Miteigenthum an dem Grunde und Boden. — Von allem diesen ist das Andenken des ursprünglichen Verhältnisses erloschen. — Was ist denn nun anzunehmen? — Gewiß ist es das natürlichste von der Welt: sich das bestehende Verhältniß so zu denken, daß Alle in dasselbe einwilligten, und

daß es also, mit Hrn. v. H. zu reden, so anzusehen: »als sey es der Gerechtigkeit gemäß zu beiderseitigem Vortheil *abgeschlossen*.« — Hierher wären wir also gelangt, und hätten unwiderleglich gezeigt: Herr von Haller behaupte genau dasselbe, welches er mit so harten Worten bekämpft und als so verderblich darstellt. Ich bin fest überzeugt, daß Hr. v. H. ein wahrhaft edeler Mann ist, daß er es herzlich gut meint; eben so sehr aber auch, daß er in seinem weitläufigen, durch unzählbare Wiederholungen des Gesagten unaussprechlich ermüdenden Werke nichts Neues, hinsichtlich dessen, was ihm Hauptsache und eigene Entdeckung ist, gesagt hat, daß er aber aus dem, was er für neu hält, zum Theil, und selbst in der Hauptsache, falsche Folgerungen zieht. — Jedoch nur zum Theil; denn wir werden in der Folge zeigen, daß er die in vorliegender Schrift zur Beantwortung dargestellte Frage eben so beantwortet, als es von uns geschehen ist. — Merkwürdig ist jedoch allerdings die Täuschung des Hrn. v. H. in dem, was ihm Hauptsache ist. Er erkennt keinen Vertrag, wo dieser so deutlich zum Grunde liegt, ja noch mehr, er nimmt darauf keine Rücksicht, daß so oft die höchste Gewalt durch einen förmlichen und offenbaren Vertrag übertragen worden.

Wenn Israel (1. Buch Samuelis, Cap. 8.) zum Samuel sprach: »Siehe, du bist alt worden, und deine Söhne wandeln nicht in deinen Wegen: so setze nun einen König über uns, der

»uns richte, wie alle Heiden haben;« wenn sie die Warnungen Samuels nicht achteten, als er ihnen die Rechte des Königs erklärte (V. 11 ff.), wenn sie sich den Saul, einen feinen Mann, eines Haupts länger als alle Andere (Cap. 9, V. 2.) zum Könige geben ließen, der gar keine Rechte über sie hatte, und von dem sie nichts empfangen: so war doch hier die höchste Gewalt wohl von unten auf entstanden, nicht von oben herab, und augenscheinlich und mit Händen zu greifen, ist hier die Wahrheit dessen, was ein Frevel seyn soll, zu behaupten.

---

51) Vorzüglich ist mit der Lehre des Herrn von Haller zu vergleichen der sechste Abschnitt des wahrhaft classischen Werkes des Hrn. Prof. Krug: *Dikäopolitik, oder neue Restauration der Staatswissenschaft mittelst des Rechtsgezetzes* (Leipzig, 1824), ein Werk, welches als der Antipode des Werkes des Hrn. v. H. angesehen werden kann. Ausführlich äußerte sich Hr. Prof. Krug über das Haller'sche Werk in der Schrift: *Die Staatswissenschaft im Restaurations-Processe der Herren v. Haller, Adam Müller und Consorten.* (Leipzig, 1817.)

52) Ancillon, über die Staatswissenschaft (Berlin, 1820), äußert sich hierüber folgendermaassen (S. 28.):

»Diese historische Deduction des Ursprunges der Staaten, so wie die Rechte und Pflichten der einzelnen Stände, hat Hr. v. H. in seiner R. d. St.-VV. als die einzige Grundlage der Rechtmäßigkeit der Staaten aufgestellt und in neues Licht gesetzt. Ein jeder Unbefangene muß den reinen, hochherzigen Gesinnungen des Verf. Gerechtigkeit widerfahren lassen; sie gehen aus der Tiefe eines reichhaltigen Gemüths hervor und durchdringen das ganze Werk mit einer belebenden Wärme.«

53) Aehnliche Provincialismen sind dem Werke nicht fremd.

---

## B.

Das große Werk des Herrn von Haller: *Restauration der Staatswissenschaften* u. s. w. ist in dem Norden von Deutschland weit mehr von Hörensagen als durch eigene Ansicht und eigenes Studium bekannt. Ja, ich glaube kaum zu viel zu behaupten, wenn ich die Meinung äußere, daß in dem ganzen Herzogthume Braunschweig sich nicht drei Exemplare dieses so viel besprochenen Werkes befinden, wenn nicht das meinige das einzige seyn sollte. So erscheint es denn auch bei denen gewiß sachgemäß, welche mit dem Resultate meiner Schrift nicht einverstanden sind, wenn ich hier das funfzehnte Capitel des Hauptwerkes des Herrn von Haller „die *Restauration der Staatswissenschaften*“ abdrucken lasse. Es mag dieses in manchen Äußerungen (ich bin damit zufrieden) als Widerlegung meiner Behauptungen dienen; größtentheils wird es diese jedoch bestätigen, und so Viele beruhigen.

### Von den Mitteln gegen den Mißbrauch der Gewalt.

- I. Falschheit der Meinung, daß die Natur uns hilflos gelassen habe. Die Sicherheitsmittel sind:
  1. Eigene Beobachtung und beständige Einschärfung des natürlichen Pflichtgesetzes. Gute Doctrin.
  2. Widerstand — erlaubte Selbsthülfe.



3. Hilfsanrufung und fremde Hilfsleistung,
  - a) von Oberen (Gerichtsbarkeit); b) von Gleichen (Freundschaft, Gefälligkeit); c) von Untergebenen (Dienst).
4. Flucht oder Trennung.
- II. Die Anerkennung des natürlichen (göttlichen) Gesetzes ist gleichwohl zuletzt das einzige Mittel. Ohne sie sind alle übrigen entweder nicht möglich oder gar schädlich.
- III. Jede untergeordnete Gewalt kann, obzwar unvollkommen, durch eine höhere in Zaum gehalten, die höchste Gewalt hingegen nur durch Religiosität und Moralität gezügelt werden.
- IV. Daherige absolute Nothwendigkeit allgemeiner religiöser Gesinnungen.
- V. Schluss.

Allein, hören wir uns hier von allen Seiten entgegenrufen: welche Mittel haben wir denn gegen den Mißbrauch der Gewalt, der des Gesezes ungeachtet doch immerhin möglich bleibt? Verläßt uns hier nicht die Natur, sind da nicht künstliche Associationen, willkürliche Rechtsgenossenschaften, Gewalts-Übertragungen u. s. w. nothwendig, die freilich nicht existiren, die ihr aber in Eueren Systemen: Vernunft-Staaten, bürgerliche Zustände, rechtliche Ideale nennet? O nein, sie sind nicht möglich, nicht nöthig, sie würden das Uebel nur noch ärger machen und die Natur hat für uns alle viel besser gesorgt. Zwar haben wir von diesen natürlichen Sicherheits-Mitteln schon oben geredet, wo zur Widerlegung des pseudophilosophischen Staats-Systems beiläufig zu erweisen war, daß in den natürlichen geselligen Verhältnissen Sicherheit genug anzutreffen sey und gar kein ewiger Krieg existire. Wir glauben uns aber verpflichtet, sie hier etwas ausführlicher abzuhandeln, um die Freunde gründlicher Wahrheit vor ewiger Besorgniß zu beruhigen, welche Gottes und ihrer selbst vergessen, an die wahren Mittel ihres Heils zu erinnern, und vorzüglich den Irrthum derjenigen zu widerlegen, die da glauben, daß Gerechtigkeit und Sicherheit nur durch künstliche, menschliche Institute gehandhabt werden könne und die Natur uns hilflos gelassen habe.

Offenbar kömmt zur Bewirkung möglichster Sicherheit alles darauf an: erstens der Ungerechtigkeit in ihrem Entstehen zuvorkommen; zweitens sie in ihrer Thätigkeit zu hinderen, und endlich, wenn dieses weder durch sich selbst, noch durch andere möglich ist, sich der schädlichen Macht zu entziehen.

1. Das erste und vorzüglichste Mittel wider den Mißbrauch der Gewalt ist also die eigene Beobachtung und die beständige Einschärfung des natürlichen Pflicht-Gesezes, unaufhörliche Erweckung und Belebung des inneren Pflicht-Gefühls, als eines göttlichen Gesezes, Anwendung desselben auf die vorkommenden Fälle und Gegenstände. Ja! es würde dieses Mittel von einer unglaublichen Wirkung seyn, wenn man es mehr zu benutzen verstünde, wenn man das wahre Gesez tiefer und lebendiger dem Gemüth der Menschen einzupflanzen, nicht aber durch falsche Lehren zu ersticken oder auszurotten suchte. Denn die Kraft der Wahrheit, rein und nachdrücklich vorgetragen, allgemein verbreitet, ist unwiderstehlich, sie ist gewissermaßen allmächtig wie ihr Urheber. Dafs die eigene Erfüllung der Gerechtigkeit und des Wohlwollens gegen andere Menschen und zumal gegen Mächtigere, das bester Mittel sey, um sich vor ihren Feindseligkeiten und Beleidigungen zu schützen, versteht sich zwar von selbst; man vermeidet dadurch eine Menge von Collisionen, benimmt der Ungerechtigkeit allen Reiz, alle Veranlassung, und gute wie böse Gesinnungen auf der einen Seite bringen gewöhnlich auch Reziprozität auf der anderen hervor; gleiches wird gern mit gleichem vergolten. Aber freilich reicht dieses allein nicht hin, es mufs das natürliche Gesez und seine heilige Verbindlichkeit auch allen anderen eingeschärft, ohn Unterlaß gepredigt und angerufen, auf die Quelle des Unrechts, den Willen selbst gearbeitet werden. Geschieht dieses bei allen Gelegenheiten, durch alle Vehikel, durch den einstimmigen Mund aller Gelehrten, mit der Autorität angesehener geistlicher Corporationen, wie z. B. ehemals der christlichen Kirche oder berühmter Unterrichts-Anstalten: so wird solche Regel nach und nach zu einem Heiligthum, das niemand anzutasten wagt, ja beinahe nicht einmal verletzen kann <sup>64</sup>). Daher es auch so wichtig ist, dafs wahre und nicht falsche Lehren herrschend werden, dafs der Geist der uralten Gerechtigkeit und Liebe, nicht ein gewissenloser sogenannter Geist der Zeit dominire, dafs das Böse und nicht wie in unsern Tagen das Gute überall gehindert und gelähmt werde. Gute Lehren dringen sowohl in das Gemüth der Mächtigen als in das von anderen Menschen ein; denn ihnen ist das natürliche Gesez so gut als anderen angeboren, für sie ist es ebenfalls mit Vortheilen und Belohnungen begleitet: und wenn sie es aufrichtig erkennen, gewissenhaft verehren, so ist alles gewonnen, die Quelle des Unrechts selbst verstopft und es bedarf gar keiner anderen Hülfsmittel. Wollte aber auch ein Gewaltiger, es sey

aus Irrthum oder aus Noth, oder aus bösem Willen, die Gerechtigkeit verletzen und ist hingegen die Kenntniß und die religiöse Verehrung des wahren Gesezes in allen übrigen, oder auch nur in den meisten Gemüthern, lebendig verbreitet: so kann er die Ungerechtigkeit im Großen nicht durchsetzen, er findet dazu keine Hülfe, keine willigen Werkzeuge, er wird im eigentlichen Sinn auf seine persönlichen Kräfte beschränkt, die nicht größer als die eines einzelnen Menschen sind. Niemand wird ihm Gewaltthätigkeiten anrathen oder sie mit Sophismen coloriren, niemand sie unterstützen, begünstigen, alle sie in der Ausführung zu mäßigen, zu lähmen, zu hindern suchen. Das incommodirende, zurückbindende Gesez wird ihm, wie ein allgegenwärtiger Gott, überall erscheinen, von jedem Menschen, von seinen nächsten Umgebungen selbst vorgehalten werden, seine Uebertretung bei jedem Schritte Hinderniß finden. In diesem Sinn ist es dem Geiste gegeben und wird in Ewigkeit nur ihm allein gegeben seyn, über die weltliche Macht zu herrschen, sie zu regeln, zu leiten, ihren bösen Gebrauch wo nicht ganz zu hindern doch wenigstens zu erschweren. Es bedarf dazu keiner Rottirungen, keines Krieges, sondern nur einer mehr verbreiteten Rechtschaffenheit. Und kannten die Menschen nur diese ihre große Kraft, die nicht sowohl in einer thätigen als unthätigen Gewalt, nicht sowohl in dem Thun als in dem Unterlassen besteht, fürchteten sie mit einem Wort Gott mehr als die Menschen, liessen sie sich nicht so leicht zum Bösen gebrauchen: sie würden sich selten über Ungerechtigkeit zu beklagen haben; ihre Unbehülflichkeit ist ihre eigene Schuld, sie liegt weniger noch in fremder als in eigener Gewissenlosigkeit.

2. Das zweite Mittel wider die Ungerechtigkeit oder den Mißbrauch der Gewalt, von welchem beiläufig schon oben geredet worden, ist der Widerstand, erlaubte Selbsthülfe, d. h. der Gebrauch des Verstandes und der eigenen Kräfte, welche Gott den Menschen nicht umsonst, sondern zu ihrem Schutz und zur Handhabung seines Gesezes gegeben hat. Daß die Vollziehung der Ungerechtigkeit durch Verstand und Klugheit abgewendet, die Erfüllung strenger Rechtsschuldigkeit allenfalls auch mit erzwungen werden dürfe: das ist doch im allgemeinen noch nie geläugnet worden <sup>55</sup>), denn durch solchen Zwang fordert man nur das Seinige zurück, man thut niemanden Unrecht, sondern handhabet nur das natürliche oder göttliche Gesez, wozu jeder Mensch nach seinen Kräften befugt, ja sogar verpflichtet ist. Auch liegt dieser Widerstand, diese gerechte Selbstvertheidigung und erlaubte Selbsthülfe so

tief in der Natur der Menschen und aller lebendigen Geschöpfe, daß sie ihnen durch keine Sophistereien abgesprochen, durch keine menschlichen Geseze oder Einrichtungen je wird aufgehoben werden können. Es gilt aber dieses Befugniss, eben weil es eines göttlichen Ursprungs ist, überall und zu allen Zeiten, nicht nur in den aufsergeselligen sondern auch in den geselligen Verhältnissen, und die Menschen haben darauf niemalsen Verzicht geleistet noch Verzicht leisten können <sup>56</sup>). Denn der Unterschied zwischen dem geselligen oder sogenannt bürgerlichen und dem aufsergeselligen oder sogenannt natürlichen Zustand (welcher aber nicht natürlicher ist als der andere) besteht keinesweges darin, daß in jenem alles Privat-Urtheil, alle Privat-Hülfe aufgehoben wären, sondern darin, daß man neben demselben noch der Wohlthat eines höheren Beistandes genießt. Gerade dadurch, daß jedermann nicht nur kein Unrecht thut, sondern auch Beleidigungen möglichst hintanzuhalten trachtet, wird das Reich der Gerechtigkeit auf Erden befördert, und ein angeblich bürgerlicher Zustand, in welchem alle Selbsthülfe verboten wäre (der aber nicht existirt), ist ein Postulat der Unvernunft nicht der Vernunft, ein Wunsch der Bösen und nicht der Rechtschaffenen. Denn es sind nicht die Gerechten, welche fremdes Eigenthum verletzen, sondern die Ungerechten, und müßten erstere immerhin alle Beleidigungen dulden, dürften sie sich gar nie selbst helfen, und wären bloß auf fremde Hülfe beschränkt, die ihrer Natur nach ungewiß, langsam, unvollständig, oft sogar unmöglich ist: so würde aller Vortheil nur auf Seite der Bösewichter seyn <sup>57</sup>). Auch mag ein jeder bedenken, ob die Zahl der Beleidigungen, der Verbrechen und Gewaltthätigkeiten sich nicht ins Unendliche vermehren würde, wenn ihre Urheber gar keinen Widerstand, keine Selbsthülfe, keine plötzliche Strafe von Seiten des Beleidigten befürchten müßten und ihre einzige Gefahr nur in der Vindication von Seite eines Oberen bestünde, die nicht immer erfolgt und deren so leicht zu entgehen ist. Es frage ein jeder sein Gefühl, ob nicht die Furcht vor der Selbsthülfe des Beleidigten noch mehr von bösen Thaten zurückhält, als die Furcht vor richterlicher Strafe. Die Doctrin einer angeblich dem geselligen Menschen untersagten Selbsthülfe ist daher die nemliche Lehre, nach welcher auch aller Krieg überhaupt unrechtmäßig, und mithin nicht die Ungerechtigkeit selbst, sondern nur der Widerstand, nicht die Gewalt zum Bösen, sondern nur die Gewalt zum Guten verboten seyn soll: eine jener glatten und gleißnerischen Lehren, bei denen der Wolf unter den Schaafskleidern hervorblüht, die unter dem

Schein des Friedens, alle Verbrechen und Ungerechtigkeiten begünstiget, ihre Impunität befördert, die Rechtschaffenen aber elend und hilflos macht, ihnen den wahren, den schnellsten und sichersten Schutz entreißt <sup>58</sup>). Auch mögen die Sophisten unserer Tage in ihren Büchern noch so sehr die absolut verbotne Selbsthülfe dociren, und zu diesem End alle Augenblicke ihren künstlichbürgerlichen Zustand (der nicht existirt) dem natürlichen oder natürlichgeselligen entgegensetzen, sie mögen zwischen der sogenannten Selbst-Vertheidigung noch nicht entrissener und der Selbsthülfe gegen verlorne Rechte sachleer distinguiren so viel sie wollen <sup>59</sup>), mit ihren haarspaltenden Subtilitäten sogar die Nothwehr aufheben oder in der Wirklichkeit illusorisch machen: <sup>60</sup>) sie mögen endlich, um den unvermeidlichen Widersprüchen, dem aufwachenden Gefühl und der widerstrebenden Natur zu entgehen, noch so viele Ausnahmen und kümmerliche Nothbehelfe häufen, wie z. B. dafs das Recht der Selbsthülfe in gewissen Fällen wieder auflebe <sup>61</sup>), dafs es vom Staat gestattet werden könne, dafs es Plaz haben dürfe wenn die Hülff des Staats zu entfernt sey u. s. w., so bleibt es aller dieser Sophistereien ungeachtet ewig wahr: die Selbsthülfe in gerechten Sachen und inner gerechten Schranken, ist nach göttlichen und menschlichen Gesezen erlaubt, sie ist den Menschen auch nach der allgemeinen Erfahrung gestattet und wird von ihnen, unter bloßen Beschränkungen der Möglichkeit, Billigkeit und Klugheit, überall unwidersprochen ausgeübt. Nicht zu gedenken, dafs sogar die Blutrache bei allen alten Völkern erlaubt war <sup>62</sup>), wem ist dann je verboten gewesen oder noch verboten gegen versuchten Mord, gegen den Beleidiger seiner Person und seines Körpers, den Schänder seines Weibs und seiner Kinder, den Räuber seines Eigenthums, auf der Stelle Gewalt zu gebrauchen, nicht nur vor der Verübung des Verbrechens, sondern auch nachdem es vollendet ist, nicht nur zur Abwendung der Gefahr, sondern auch zur Sicherheit für die Zukunft? Wem war es je untersagt, einen Beutelschneider oder offenen Dieb zu ergreifen und ihm das gestohlene wieder zu entreissen, Frevler und Gewaltthätigkeiten von seinem Haus und seinen Gütern thätlich abzuwenden <sup>63</sup>), den besizenden Gegenwerth einer rechtlichen Schuld-Ansprache einstweilen zurückzubehalten <sup>64</sup>), bis zur Erfüllung strenger Rechtsschuldigkeiten gegenseitige Rechtspflichten abzuschlagen und so durch Retorsion sich selbst zu helfen? Auch sind mir wenigstens keine menschlichen Gesezbücher bekannt, in welchen den Menschen gerechte Selbsthülfe absolut verboten worden sey, und wenn je in einige neuere, durch die Privat-Meinung ihrer Verfasser etwas

dergleichen eingeschlichen seyn mag: <sup>65)</sup> so wird dieses Gesez durch die allgemeine Uebung und andere Vorschriften widerlegt; das naturwidrige Verbot existirt nur auf dem Papier und nicht in der Wirklichkeit, es hilft sich dennoch ein jeder so weit seine Kräfte reichen, so weit er es ohne Gefahr für sich selbst thun kann, oder thun will. Im Gegentheil kenne ich mehrere positive Gesezbücher, in denen das Recht der Selbsthülfe ausdrücklich anerkannt und gestattet wird, nicht etwa blos als Ausnahm in einzelnen Fällen, sondern als allgemeine sich von selbst verstehende Regel, und wo zum deutlichen Beweis desselben die richterliche Hülfe nur als suppletorisch dargestellt wird, wenn der Beleidigte unvernünftig sey, sein Recht selbst zu handhaben oder ihm solches von der Klugheit misrathen werde <sup>66)</sup>. Das war überhaupt der Geist aller älteren, der Natur treueren und die menschliche Freiheit respectirenden Gesezbücher. Das göttliche Gesez über alles ehrend, hatten sie keine Vorliebe für die Uebelthäter und wollten dafs die Ausübung der Ungerechtigkeit mehr als ein Hindernis finde, mit mehr als einer Gefahr umringet sey <sup>67)</sup>. Selbst die Mäfsigung in dem Gebrauche dieses Rechts, das *moderamen inculpatæ tutelæ*, welches unsere neuen Juristen jezt so streng und haarscharf fordern, schrieben sie nicht gesezlich vor, weil es in der That nur zur Moral oder Liebespflicht gehört <sup>68)</sup>; sie überliessen diese Mäfsigung der Menschlichkeit eines jeden, und waren so weise und billig einerseits den Uebelthäter in heilsamer ungewisser Furcht zu erhalten, anderseits dem aufgeregten Gefühl des Beleidigten und dem Drang der Umstände auch etwas nachzusehen. Was hätten übrigens die Fürsten und Obrigkeiten für einen Grund gehabt, den Menschen gerechte Selbsthülfe zu verbieten, wem wäre dieses Verbot nützlich gewesen? Nicht den beleidigten Privat-Personen, als die sich dadurch des nächsten, sichersten und schnellsten Schutzes beraubt sähen; nicht den Obrigkeiten und Richtern selbst, als die mit einer unzählbaren Menge geringfügiger Klagen und Handel belästiget, alle Tage und Nächte des Jahres versammelt seyn müßten, und wegen der unermesslichen Anhäufung solcher Streitigkeiten in die physische Unmöglichkeit versetzt würden, den klagenden Parteien Recht zu verschaffen. Daraus würde nur das Reich der Ungerechtigkeit entstehen, niemand als die Bösewichter und ihre Beiständer können dabei einen Vortheil finden <sup>69)</sup>. Ja! wir behaupten noch mehr: die gerechte Selbsthülfe ist nicht nur nach göttlichen und menschlichen Gesezen, nach Vernunft und Erfahrung erlaubt, zum Schuz der Gerechten nothwendig und nützlich: sie ist sogar

gewissermaßen Pflicht und wurde zu allen Zeiten mit Recht als eine Tugend anerkannt, eben deswegen weil sie die Herrschaft des göttlichen Gesetzes handhabt und befördert. Wer sich nicht vorerst möglichst selbst zu helfen sucht, der verdient sogar nicht, daß ihm geholfen werde; wer Böses hindern kann und es nicht thut, der ist gleich anzusehen als ob er es billigte, und zu dem Unglück des erlittenen Schadens kömmt noch die Schande der Feigheit oder der Unbehülflichkeit hinzu <sup>70</sup>). Schon im gemeinen Leben bei Kindern und Erwachsenen verachtet man diejenigen, welche sich niemals selbst zu helfen wissen, sondern über jede Kleinigkeit andere mit Klagen und Hilfsanrufung belästigen. Wie soll der mit der Zeit andere schützen können oder wollen, der sich selbst nie zu schützen weis <sup>71</sup>). Und daß auch diese Pflicht von den Fürsten und Obrigkeiten häufig anerkannt und eingeschärft, folglich im geselligen oder sogenannt bürgerlichen Zustand nicht aufgehoben worden sey: beweisen die vielen Gesetze älterer und neuerer Staaten, welche sogar Strafen gegen diejenigen anordneten und noch wirklich anordnen, die in Fällen, wo sie es konnten, sich und anderen nicht gegen Beleidigungen Hülfe leisteten oder ihre Vindication unterliessen, weil solche Gleichgültigkeit und Niederträchtigkeit nur alle Missethaten begünstigt. Wer bei den Aegyptiern einen Menschen auf offener Strafe tödten oder Gewalt leiden sah, und ihn nicht rettete wo er konnte, der wurde mit dem Tode bestraft <sup>72</sup>). Abbas, ein König von Persien, erließ bereits das Gesetz, daß wenn irgend jemand getödtet oder beraubt sey, die Einwohner des nächsten Dorfs dafür verantwortlich seyn sollten <sup>73</sup>). Bei den Spartanern war es angenommen, daß wer in seiner Gegenwart eine Beleidigung nicht wenigstens mit Worten bestrafte, für einen Mitschuldigen des Delinquenten zu halten sey <sup>74</sup>). Und werden nicht noch heut zu Tag häufige ähnliche Gesetze gegeben, ähnliche Uebungen befolgt? Wem ist verboten oder wird nicht vielmehr zur moralischen Pflicht gemacht, sich und seinen Nächsten gegen Raub und Gewalt zu helfen, Schaden und Gefahr von anderen abzuwenden, Streitende zu scheiden, Uebelthäter an der Verübung des Bösen zu hindern oder gar gegen sie in Sicherheit zu stellen? Sollte der schändlichste Egoismus zur Regel aufgestellt werden? Werden uns die heutigen Philosophen noch verbieten wollen, ein brennendes Haus zu löschen, unter dem Vorwand, daß die Selbst- und Privat-Hülfe verboten sey, oder wird man vorerst ein gerichtliches Urtheil erwarten müssen, um daran das einzige Merkmal zu erkennen, ob es auch wirklich ein Brand

und nicht etwa blos eine unschuldige Erleuchtung sey?

Die Rechtmäßigkeit, die Nothwendigkeit und Nützlichkeit, die Pflicht der gerechten Selbsthülfe sogar ist also wohl bewiesen. Dafs sie aber, wie alle Befugnisse und moralische Pflichten durch den Besiz hinreichender Kräfte bedingt und daher nicht immer möglich ist, dafs sie nicht immer nöthig und wegen den damit verbundenen Gefahren und Beschwerden auch nicht immer klug ist, dafs sie in ihrer Ausübung selbst durch Liebespflicht oder Menschlichkeit gemäfsiget, und das sanftere Mittel, das geringere Uebel vorgezogen werden soll, wenn es gleichwohl seinen Zweck erreicht: das mufs auf der anderen Seite freilich zugegeben werden, und ist auch hinreichend, um theils die möglichen Mißbräuche gerechter Selbsthülfe zu beschränken, theils auch die Nothwendigkeit des nachfolgenden dritten Sicherheits-Mittels zu beweisen <sup>75</sup>).

Dieses dritte natürliche Mittel gegen den Mißbrauch der Gewalt besteht in der Hülf-Anrufung von Seite des Beleidigten und in der Hülfeleistung von Seite anderer Menschen. Ist gleich der Widerstand und Zwang durch eigene Kraft erlaubt und rechtmäfsig: so ist er hingegen nicht immer möglich und nicht immer klug. Aber das Gesez der Liebe fordert von den Menschen, einander zum Schuz der Gerechtigkeit beizustehen und dazu reichen die natürlichen, von Gott geordneten Gesellschaften vollkommen hin. Denn eben desswegen hat der Schöpfer der Natur die Menschen an einander geknüpft und mit verschiedenen Kräften ausgestattet, auf dafs sie in allen Dingen einander helfen, auf dafs der Schwache von dem Starken geschützt werde und der Starke sich allenfalls selber helfen könne <sup>76</sup>). Hülf anzurufen ist jedem Beleidigten erlaubt, denn er schadet dadurch niemand und fordert nur die Liebe seines Nächsten zum Schuz des Seinigen auf; auch bedarf er dazu keines Unterrichts, das lehrt ihn schon die Natur und das Gefühl seiner Schwäche. Hinwieder ist auch jeder Mensch befugt, seines gleichen zum Schuz der Gerechtigkeit Hülfe zu leisten, eben weil dieses nur die Handhabung oder Vollziehung eines göttlichen Gesezes ist; er ist sogar dazu moralisch verpflichtet, so weit seine Kräfte reichen, und überhaupt von Natur geneigt, theils wegen dem angeborenen Wohlwollen, theils wegen dem Interesse, das jeder Mensch an der Behauptung der Gerechtigkeit hat. Diese Hülfsauf- und Hülfeleistung kann aber gar wohl mit und neben der gerechten Selbsthülfe bestehen, sie schliessen einander nicht aus, sondern die fremde Hülfeleistung ist nur das Supplement und die nothwendige Ergänzung der Selbsthülfe, wenn diese



letztere entweder nicht möglich oder nicht hinreichend ist <sup>77)</sup>. Uebrigens ist es abermal eine irrige Meinung, daß nur Schwächere eines solchen Beistandes nöthig haben. Es ist im Gegentheil kein Mensch auf dem Erdboden so mächtig, daß er, auch blos zum Schutz seiner eigenen Rechte, aller fremden Hülfe entbehren könne. Nur wird sie eben so oft von Untergebenen oder von Gleichen, als von Höheren und Mächtigeren angesprochen. Die Hülfe von Schwächeren über die man gebieten kann <sup>78)</sup>, heist Dienst, die Hülfe von Gleichen Freundschaft, Bündniß, Gefälligkeit, die Hülfe von Oberen und Mächtigeren Gerichtsbarkeit. In allen drei Fällen ist aber das Wesen der Sache immer das nemliche. Jeder Hülfe geht nothwendig in dem Geist des Helfenden immer ein Urtheil vorher, das an die allgemeinen Regeln der Erkennung der Thatsache und ihrer Vergleichung mit dem natürlichen Gesetz gebunden ist, wenn es schon bisweilen schnell, beinah zugleich mit der That erfolgt, und nicht durch so viele äußere Formen und Worte ausgedrückt wird; die Natur erfordert dieses gar nicht nothwendig und nicht in allen Fällen, indem dabei die Ungerechtigkeit gewöhnlich nur länger fortdauert, wachset und an Kräften zunimmt. Auch der Diener und der Freund kann bisweilen seine Dienste versagen, wenn er in außerordentlichen Fällen davon für sich und andere größeres Uebel besorgt, auch er ist schuldig nur zum erlaubten und gerechten, nicht aber zur Ungerechtigkeit zu helfen, wofern er nicht ein Mitschuldiger derselben seyn will. Der Unterschied zwischen dieser Art von Hülflleistung und der sogenannten richterlichen Hülfe besteht nur darin, daß Gleiche und Schwächere ihrem Urtheil nicht immer Effect zu verschaffen vermögen, ihre Hülfe nicht immer zureichend ist, da hingegen der Obere seinen Ausspruch auch durchsetzen und die Ungehorsamen allenfalls zur Erfüllung zwingen kann; daß ferner der Diener, der die Hülfe seines Herrn anruft, freilich auch hierin mehr von dem Willen und dem Urtheil des letzteren abhängt, als der Herr, der die Hülfe seines Dieners ausspricht, obgleich in beiden Fällen die nemliche Verbindlichkeit besteht. Und ist gleich die fremde Hülflleistung ihrer Natur nach ein ungewisses, oft zu langsames, und selten vollständiges Sicherheits-Mittel: so könnte sie doch unendlich viel nützen und zur Handhabung der Gerechtigkeit beitragen, wenn die Menschen sich unter einander mehr liebten, wenn ihr Herz für die Beleidigung anderer eben so tief und lebendig als für eigene fühlte <sup>79)</sup>, wenn die Diener treu und eifrig, gleich berechnigte Nebenmenschen (Nachbarn) freundschaftlich und mitleidend, Höhere

liebreich und thätig, alle aber gewissenhaft wären; wenn insbesondere die gerichtliche Hülfe der Oberen, als derjenigen die am meisten helfen können, nicht durch einen Schwall lästiger, das wahre Recht erstikender positiver Geseze, durch allzuviele Formen, Termine und Schreibereien illusorisch gemacht, und oft zu einer neuen Calamität würde. Leistet aber auch diese nicht was sie könnte und sollte: so bleibt uns noch die Hülfe der Diener und Freunde übrig; ganz hülflos wird uns die Natur niemals lassen.

Das vierte und letzte natürliche Mittel wider den Mißbrauch der Gewalt ist die Flucht oder die Trennung, wodurch man sich der Macht und ihrem nützlichen wie ihrem schädlichen Einflusse entzieht. Sie ist eben auch eine Art von Selbsthülfe, und auch sie hat die Natur nicht nur den Menschen, sondern allen Thieren gelehrt. So kann auch die wohlthätige Sonne bisweilen beschwerlich werden, wir können ihre Gewalt nicht aufheben noch besiegen, aber niemanden ist verboten, sich an den Schatten zu begeben, d. h. an einen Ort, wo ihre Macht nicht hindringt. So schützen wir uns gegen den Frost, den Sturm, das Feuer, gegen alle sogenannten Uebel oder höhere Potenzen der Natur, nicht indem wir über sie herrschen, sondern indem wir ihre Geseze befolgen, sie zu unserem Vortheil benutzen, oder ihrer Macht ausweichen, uns ihrer Herrschaft entziehen. Eben so ist auch jede schädliche Gewalt der Menschen nothwendig in ihrem Wirkungskreise beschränkt; bei den meisten reicht sie gar nicht weit, mit zunehmender Entfernung wird schon der Ungerechtigkeit ihr Reiz, ihr Stachel benommen; und niemand hat noch das Mittel gefunden, seinen Willen und seine Macht über den ganzen Erdkreis auszudehnen. Es giebt überall gute Menschen und solche, die nützlichen Dienst mit Gegendiensten belohnen; die Natur hat ihre Wohlthaten nicht ausschließend einem Bezirk, einem Volke zugewendet, und das Vaterland des Gerechten ist da, wo göttliches Gesez gehandhabt wird<sup>80</sup>). Hat also der Mensch in irgend einem geselligen Verband keine Ruhe, keine Sicherheit mehr, wird er von fremder oder höherer Gewalt beleidiget, reichen seine Kräfte zum Widerstand nicht hin, ist er sogar von denen verlassen, die ihm helfen sollten: so bleibt ihm noch das Mittel übrig, sich der schädlichen Gewalt zu entziehen und in anderen Wohnplätzen den gestörten Frieden wieder zu finden<sup>81</sup>). Man trennt sich ja oft von Vaterland und geliebten Gegenständen, bloß des höheren Glücks, des besseren Fortkommens wegen, warum nicht auch der Gerechtigkeit wegen, die doch die Bedingung alles Glücks,

alles Fortkommens ist; man scheidet häufig von Freunden, warum nicht auch von Feinden? Dieses Mittel der Flucht, der Trennung, der Auswanderung, ist nun von Natur allen Menschen erlaubt und auch in den meisten Fällen möglich, besonders wenn man keine Schuld eines Verbrechens auf sich geladen hat. Grausameres, menschlicheres kann nichts gedacht werden, als solches noch verbieten, hindern, dem Unglücklichen, dem verfolgten Gerechten die letzte Zuflucht rauben zu wollen, durch welche er sogar seinem Feinde nicht den geringsten Schaden zufügt <sup>82)</sup>. Aber auch diesen ehemals unerhörten Greuel hätten wir von den neuen pseudophilosophischen Staats-Principien zu erwarten, wenn sie je in ihrer vollen Ausdehnung realisirt werden könnten <sup>83)</sup>. Uebrigens braucht diese Flucht auch nicht immer in ganz fremde Länder und ungewohnte Himmelstriche zu geschehen; im nemlichen Land und gegen sogenannte Privat-Personen <sup>84)</sup> ist oft eine sehr geringe Entfernung hinreichend; was aber die Gewaltigen betrifft, so herrschen auch sie nicht überall, und neben so vielen anderen Gründen <sup>85)</sup> wären auch deswegen viele kleinere unabhängige Staaten oder Menschen-Verknüpfungen zu wünschen, damit die Ungerechtigkeit, in ihrem Wirkungskreise beschränkt, doch Scheu vor anderen haben müsse, dem Mißbrauch der Gewalt desto leichter zu entgehen sey, und der unterdrückte Schwache unter dem Flügel eines anderen Starken Ruh und Sicherheit finden könne.

Wie würde nicht die Herrschaft der Gerechtigkeit befördert, das Reich Gottes, der Himmel auf Erden genähert werden, wenn die Menschen nur die verschiedenen Mittel zu ihrem Vortheil, ihrer Sicherheit benutzten; wenn das natürliche göttliche Gesez von jedem gewissenhaft befolgt, allen anderen ohn Unterlaß eingeschärft, im Gemüth der Mächtigen wie der Schwachen stets lebendig erhalten würde; wenn die Menschen auch nur der Ungerechtigkeit ihren Dienst versagten, wenn der Uebelthäter schon in dem Widerstand des Beleidigten überall Schwierigkeiten und Gefahr anträfe, wenn dabei die Hülfe der Oberen, der Gleichen und der Untergebenen zum Schuz der Gerechtigkeit schneller, uneigennütziger, werththätiger wäre, und endlich der hülflose von seinen Nächsten verlassene Schwache wenigstens anderswo bei besseren Menschen Sicherheit und gastfreundliche Aufnahm fände. Was läßt sich dann noch weiteres denken, was kann man mehr von der gütigen Natur zur Realisirung des Rechts fordern, als erstens die lebendige Verbindlichkeit, die Kraft des allgemeinen natürlichen Gesezes selbst; zweitens mancherlei geistige und körperliche Kräfte zu seiner Handhabung; drittens Beistand

von seinen Nebenmenschen; viertens die Entfernung, welche wieder ein Schutz der Natur gegen die Beschränktheit jeder menschlichen gerechten oder ungerechten Gewalt ist. Inzwischen können und sollen wir uns hier der wichtigen Bemerkung nicht enthalten, daß die Anerkennung jenes göttlichen oder natürlichen Gesetzes selbst, das Gefühl der inneren Pflicht, mithin auch die stete Erwekung und Belebung desselben immerhin das erste und letzte Sicherheits-Mittel ist, die Bedingung unter deren die übrigen erst nützlich werden, ohne welche sie entweder nicht möglich oder gar schädlich sind. Denn der Widerstand nützt zu nichts, wenn man ihn nicht gebrauchen will, auch da wo er Pflicht ist, oder wenn er nicht durch Gerechtigkeit geregelt, durch Liebe und Klugheit gemässigt wird, so artet er selbst in Beleidigung aus; die Hülf-Anrufung von Mächtigeren oder von anderen Menschen ist illusorisch, wenn sie entweder aus Egoismus nicht helfen wollen <sup>86</sup>), oder wenn sie dem Unrecht helfen, das göttliche Gesetz nicht fürchten, die Wahrheit nicht lieben <sup>87</sup>), oder wenn sie gerechte Hülfsleistung selbst mit so vielen Schwierigkeiten und Beschwerden umringen, daß sie in der That keine Hülfe mehr ist, sondern nur einen neuen Schaden zu dem ersteren hinzufügt <sup>88</sup>). Endlich schützt auch die Flucht nicht einmal, wenn sie entweder mit zu vielen Verlüsten begleitet, von Dienern des Unrechts erschwert und gehindert wird, oder wenn anderswo selbst keine Gerechtigkeit, keine Liebe herrschet, dem Unglücklichen aus Egoismus, Furcht oder verkehrten Doctrinen keine Freistätte gestattet wird, oder wenn gar mächtige Nachbarn selbst sich zu wechselseitigem Unrecht helfen, statt daß sie sich nur zum Schutz der Gerechtigkeit und gegen Uebelthäter Hülfe leisten sollten. Wie man immer forschet und seinen Scharfsinn auf die Folter spannt, um das Böse zu hinderen oder zu erschweren: so kömmt es zuletzt allemal auf die eigene Gewissenhaftigkeit der Menschen, auf die religiöse Verehrung des göttlichen Gesetzes hinaus; sie wird bei allem anderen nothwendig vorausgesetzt, und außer ihr ist den Menschen kein Heil gegeben, in welchem sie könnten selig (frei und glücklich) werden.

Aus dem bisher gesagten folgt nun in Bezug auf die geselligen Verhältnisse: daß, so lang irgend eine menschliche Macht noch eine höhere über sich hat, derselben Mißbrauch durch die Anrufung oder Dazwischenkunft dieser letzteren, freilich unvollkommen genug, aber doch einigermaßen, gehindert oder bestraft werden kann, und aus diesem Grund sind auch die Gesetze und Gerichte in den Staaten, aber nicht die Staaten selbst entstanden; denn diese letzteren sind kein Gesetz, kein

Institut von Menschen gemacht, sondern wie wir bald zeigen werden, ein, gleich allen anderen Menschen-Verbindungen durch die Natur von selbst gegebenes Verhältniß. Hilfsanrufung zum Schuz des beleidigten Rechts und unparteiische Hülfsleistung veranlassen die Gerichtsbarkeit, positive Geseze kommen nur hintenher nach entstandenem und oft wiederholtem Mißbrauch; nicht um das Recht selbst einzuführen, sondern um an die verletzte oder mißkannte natürliche Regel zu erinnern, um gegen die Vergehungen bestimmte Strafen anzudrohen oder um besonderen Personen die Untersuchung und Entscheidung der vorkommenden Fälle aufzutragen <sup>89)</sup>. Wo wenig Mißbrauch ist, da giebt es auch wenig oder gar keine menschlichen Geseze, aber Staaten und Reiche findet man überall, was wieder beweist, dafs sie nicht von Menschen eingeführt sind. Auch zeugt die Menge solcher Gesetze ganz und gar nicht für die Vollkommenheit eines Menschen-Verbands oder für die Herrschaft der Gerechtigkeit in einem Land, sondern vielmehr für das Gegentheil; denn sie beweiset offenbar, dafs das natürliche Gesez dort wenig in Ehren seyn muß, viel Mißbrauch statt gefunden hat, viele Beleidigungen geschehen seyn müssen, gegen welche man dergleichen Vorschriften nöthig fand, die gewöhnlich ihren Zweck doch nicht erreichen <sup>90)</sup>. Inzwischen ist dieser Beistand einer höheren Macht derjenige Schuz, den ein geselliges Verband, mittelst der Gradation menschlicher Kräfte, dem einzelnen Individuo verschaffen kann, mit anderen Worten die sogenannte richterliche oder Staats-hülfe, zwar nicht das einzige, nicht das vollkommenste Sicherheits-Mittel, aber doch ein bedeutender Vortheil, den der Schwache in dem Verband mit einem Starken findet.

Allein den möglichen Mißbrauch der höchsten Gewalt, d. h. derjenigen, die aufser Gott keine höhere über sich hat (welches, wie wir bald zeigen werden, die eigentliche Staatsgewalt ist) durch menschliche Einrichtungen hindern oder gar unmöglich machen zu wollen, ist ein Gedanke, der nur dem Dünkel unserer Zeiten einfallen konnte, ein Problem, dessen Auflösung schlechterdings unmöglich ist, das sich sogar selbst widerspricht <sup>91)</sup>. Denn um den Mißbrauch der höchsten Gewalt zu garantiren, müßte derselben eine noch höhere entgegengesetzt, mithin zu diesem End erst geschaffen werden können; alsdann aber wäre nicht jene, sondern diese die höchste und von ihr wieder ein Mißbrauch möglich <sup>92)</sup>; wie soll dann letzterer von neuem gehindert werden, ohne die Operation ins unendliche fortzusezen, stets die nemliche Schwierigkeit wieder zu finden, und sich ewig in dem

gleichen verderblichen Zirkel herumdrehen. Große und kleine sogenannte Volks-Versammlungen oder Volks-Repräsentanten, ja wären es auch ganze zusammengehäufte Nationen, können durch ihre collective Macht eben so gut Verbrechen und Tyrannieen ausüben als einzelne Individuen, und die Geschichte hat davon zur Belehrung der Welt Beispiele genug geliefert. Setzet in eueren phantastischen Ideen ein sogenanntes Staaten-Gericht oder einen Staaten-Staat über alle einzelnen Potentaten hinauf, um, wie ihr saget, den Frieden zu erhalten und jedem das Seinige zu sichern: wer schützt uns dann gegen dieses Gericht, diesen einzigen Fürsten der Welt? Ist es kraftlos, wie kann es andere schützen, und hat es Gewalt zu zwingen, wer soll seinen Mißbrauch hindern? Wer bürgte dafür, daß es nicht wieder tyrannisiren, ungerechte Aussprüche fällen, die Rechte der einzelnen beleidigen, eigene Convenienz allem vorziehen und unter dem Schein der Gerechtigkeit alle Gewaltthätigkeiten durchsetzen würde? Laßt in den einzelnen Menschen-Verbindungen papierne Gesetze, Constitutionen und Organisationen machen so viel ihr immer wollet, zersplittert die Gewalt, oder setzet ihr sogenannte Gleichgewichte entgegen: ihr werdet die Schwierigkeit höchstens zurückschieben, aber das Gesetz der Natur nicht aufheben können; einer wird immer der Mächtigste seyn oder die höchste Gewalt haben, und wo Wille und Kraft zum Mißbrauch vorhanden sind, da ist er auch möglich. Constitutionen und Organisationen werden über den Haufen geworfen, die Gegengewichte überwältiget, menschliche Gesetze noch weniger respectirt als die göttlichen<sup>93)</sup>. Wird aber irgend eine angeblich höchste Gewalt durch eine wirkliche Gegenmacht allzusehr in Schranken gehalten, kämpfen sie stets gegen einander: so vermag auch keine mehr zu schützen, eine Kraft hebt die andere auf, und dann ist man wieder allen Mißbräuchen der Privat-Macht oder einer fremden Gewalt Preis gegeben, wie die Geschichte abermal so viele belehrende Beispiele liefert<sup>94)</sup>. Zuletzt herrscht immer wieder der Mächtigste, aber einer der mehr Mittel und Interessen zur Unterdrückung hat; es kömmt gewöhnlich nichts besseres nach<sup>95)</sup>, die Völker fallen vielmehr von dem Regen in die Traufe, von der Skylla in die Charybdis, sie zerreißen den Zaun und werden von einer Schlange gestochen.

Daher ist und bleibet es ewig wahr, daß der Mißbrauch der höchsten Gewalt nur allein durch Religiosität und Moralität, d. h. durch die freiwillige Anerkennung und Verehrung des natürlichen Gesetzes der Gerechtigkeit und Liebe gezügelt werden kann. Ueber die höchste Gewalt, deren man nicht

widerstehen kann, giebt es keinen menschlichen Richter, gegen sie ist keine andere Hülfe als bei Gott, d. h. bei einem Gesez und einer Macht, die in der That höher als alle menschliche ist <sup>96</sup>). Aus eben diesem Grund ist auch die Beförderung der allgemeinen Religiosität so absolut nothwendig. Alle Weisen des Alterthums erkannten diese Wahrheit, und nur dem Wahnsinn, der Elendigkeit unsers Zeitalters war es vorbehalten, jene Mutter und Wurzel, jene Grundfeste und Stütze aller Sicherheit, durch Formen und Buchstaben entbehrlich machen zu wollen. Es meldet schon Aristoteles, in jedem Gemeinwesen sey es vor allem um die Besorgung der göttlichen Dinge zu thun <sup>97</sup>). Die Religion, sagt Plato, ist die Grundfeste der menschlichen Gesellschaft und die Beschirmung aller Obrigkeit <sup>98</sup>). Plutarch erkennt den Glauben an Gott (an sein Gesez und seine Macht) für das Band und den Kitt aller Gesellschaft, die Stütze aller Gerechtigkeit <sup>99</sup>). Und eher, sagt er, wäre es möglich, eine Stadt ohne Grund und Boden zu bauen, als dafs mit gänzlicher Irreligiosität irgend ein Staat sich bilden oder bestehen könne <sup>100</sup>). Mit dem Verfall der Gottesverehrung mufs auch nach Cicero, alle Treu, die Verbindung des menschlichen Geschlechts und die vortrefflichste aller Tugenden, die Gerechtigkeit, nothwendig hinwegfallen <sup>101</sup>). Die Religion und die Furcht Gottes, sagt Lactantius, ist es allein, welche die Gesellschaft der Menschen unter einander bewahrt <sup>102</sup>). Auch hat nie und nirgendwo ein Staat ohne alle Religion bestanden <sup>103</sup>). Daraus läfst sich ferner ermessen, wie ungereimt die Behauptung ist, dafs die Religion nur zum Nuzen der Grofsen und Mächtigen erfunden worden, oder dafs sie nicht für diese sondern nur für das Volk bestimmt sey. Zwar ist sie freilich auch den Fürsten vortheilhaft: denn wem sollte sie nicht nützen, diese Tochter des Himmels und Wohlthäterin der Menschen, dieses zarte heilige Band, welches sie wechselseitig an einander und an ihren gemeinsamen Schöpfer knüpft? Sie sichert den Fürsten die Treu ihrer Unterthanen, den freiwilligen Gehorsam, der durch keinen Zwang zu ersetzen ist; sie hindert die Verbrechen in ihrem Keime und bringt gemeinnützige Tugenden hervor; sie erleichtert die Vollziehung aller Geseze, macht Aufseher und Gewaltthätigkeiten überflüssig, oder wirkt auch da, wo diese nicht hindringen könnten; sie flöfst endlich den Fürsten jenes Vertrauen, jene Ruhe des Gemüthes ein, welche das Leben angenehm macht, das Herz erhebt und zu großmüthigen Gesinnungen stimmt. Aber wenn die Religion je wäre erfunden worden, wie es nicht ist: so würde diefs offenbar mehr zum Nuzen der Schwächeren ge-

schehen seyn, indem die Mächtigeren nur durch sie in den Schranken des Rechts gehalten werden können, da es hingegen möglich ist, die Schwächeren, wenigstens *großentheils*, durch Furcht und Strafe, zur Erfüllung ihrer Pflicht zu zwingen. Und wenn die Religion, die heilige Ehrfurcht oder besser noch die Liebe Gottes und seiner Geseze, nur für eine Classe von Menschen bestimmt wäre, alldieweil sie allen ohne Ausnahm nothwendig ist; so würde man für das Glück der Nationen eher wünschen müssen, daß sie gerade bei den Großen und Mächtigen herrschend seyn möchte, damit sie von jeder Ungerechtigkeit zurückgeschreckt, die Macht in ihren Händen zu einem Werkzeug des Guten und nicht des Bösen gebrauchen.

Damit glauben wir also die natürlichen Mittel gegen den Mißbrauch der Gewalt hinlänglich geoffenbaret zu haben. Sie wären für die Beruhigung und das Glück der Welt mehr als zureichend, wenn die Menschen sie nur gebrauchen wollten oder zu gebrauchen wüßten. Die Hülfe von Oberen oder die sogenannte Gerichtsbarkeit abgerechnet, sind die nemlichen gegen Hohe und Niedere, gegen Mächtige und Schwache, nur daß bald dieses, bald jenes Mittel klüger oder leichter anzuwenden, und z. B. der Widerstand nicht immer möglich oder nicht zureichend ist. Außerdem hat es aber die Natur mit weiser Güte also geordnet, daß mit zunehmender Macht und natürlicher Ueberlegenheit sich auch die Reize und die Veranlassung zum Unrecht mindern <sup>104</sup>). Delswegen wollen wir freilich nicht behaupten, daß von den Mächtigen und Mächtigsten gar keine Ungerechtigkeit geschehe oder geschehen könne; wird sie ja auch von schwachen Privat-Personen häufig ausgeübt, und ist selbst bei ihnen nicht immer zu hindern noch zu vermeiden möglich. Eine solch vollendete, gar nie zu störende Sicherheit ist nicht das Loos der sterblichen Menschen; und wir begreifen nicht einmal, wie sie mit der Freiheit des Willens verträglich wäre und die Tugend ohne mögliche Uebertretung sich denken liesse <sup>105</sup>). Zwei Principien streiten sich um den Besitz dieser Welt; uns ist nur ein Kampf beschieden, auf daß das Gute wenigstens herrschend werde und über das Böse die Oberhand behalte, ohne es je ganz ausrotten zu können. Beleidigungen, im Kleinen wie im Großen, scheinen sogar bisweilen nothwendig, theils zur Strafe für anderweitige Uebertretungen, theils um das Gefühl für Gerechtigkeit unter den Menschen lebendig zu erhalten; denn es verhält sich mit ihr wie mit allen anderen großen Gütern <sup>106</sup>), man lernt ihren Werth erst kennen, wenn man sie verloren hat.



54) Hierüber ließen sich interessante Beweise aus der Geschichte liefern. Wie herrschend z. B., wie heilig ehemals gewisse Regeln und Geseze waren, weil sie mit der Religion allen Kindern eingepflanzt, durch alle Vehikel verbreitet wurden, ihre mächtige Organe hatten. Wie viel hat nicht die allgemeine Kenntniß des deutschen Staatsrechts zur langen Erhaltung des deutschen Reichs und der Freiheit seiner Stände beigetragen. Es war in der That eine *confusio divinitus conservata*. Wie viel bewirkt nicht in England die Idee seiner sogenannten Verfassung, das lebendige Gefühl für alle Privatrechte. Wäre das wahre allgemeine Staatsrecht und die besonderen Modificationen desselben in jedem einzelnen Staat (das positive) mehr in allen Köpfen und Gemüthern verbreitet: die Ungerechtigkeit würde unglaubliche Schwierigkeiten finden.

55) *Vim vi repellere licet. — Omnium mortalium consensu justissima est belli causa, propulsare injurias et tueri armis focos, liberos, patriam. Paul Jovius. s. auch Cic. pro Milone, c. II.*

56) Die seltsame Doctrin von der absolut verbotnen Selbsthülfe, eine Lehre, für welche alle Missethäter ihrem Urheber eine Bildsäule errichten sollten, kömmt auch von dem bürgerlichen Contract, dieser Mutter und Wurzel aller andern Irrthümer her. Denn der angeblichen Genossenschaft mußte doch ein Zweck untergeschoben werden, und da dergleichen Systeme meist von Juristen geschrieben worden, so konnte jener Zweck nur in der Einführung von Prozessen bestehen, und damit es desto mehr, ja über alles Prozesse gebe: so mußte die Selbsthülfe verboten oder im bürgerlichen Contract aufgehoben seyn.

57) Wie stark sagt nicht Pufendorf: *scilicet obligatio ad exercendas invicem leges naturae et officia pacis, est mutua et omnes homines aequaliter stringit. Adeoque ubi aller contra leges pacis talia adversus me suspicere aggreditur, quae ad meam perniciem spectant, impudentissime a me postulaverit, ut ego ipsum deinceps sacrosanctum habeam; id est ut meam salutem prodam, quo ipsius malitia impune grassari queat. — De jure nat. et gent. L. II. cap, 5.*

58) Unsere Sophisten erheben ein fürchterliches Geschrei, wenn jemand *via facti* mit Gewalt das Seinige vertheidiget, sich Recht verschafft. Das nennen sie *ferocia*. Dafs aber ein Schurke *via facti* mit Gewalt Unrecht thut, anderen das Ihrige raubt; dawider haben sie gar nichts einzuwenden. Das ist dann nach ihrer Sprache eine zweifelhafte Handlung, deren Rechtmäßigkeit vorerst präsumirt wird, und wo das Gegentheil erst an einem gerichtlichen

Urtheil und weiltläufigen Actenstofs erfahren werden mufs. Ist das ihre gepriesene Gleichheit? Hinweg mit solchen Fürsprechern aller Missethaten; sie sind ärger als die Uebelthäter selbst.

59) Einem Diebe, der mir das Geld aus dem Sak oder das Pferd aus dem Stall stehlen will (was ich nicht einmal recht weifs sondern nur vermuthe), darf ich also Gewalt entgegensetzen: sobald er es aber genommen hat, darf ich es ihm nicht wieder entreissen, sondern soll ihn ruhig seiner Wege gehen lassen. (?) Was das für Doctrinen sind!!

60) Durch den Zeitpunkt (ohne Breite), inner welchem sie dieselbe allein gestatten wollen, die enge Definition des Worts Noth, das ewig eingeschränkte *moderamen*, nach welchem man stets befürchtet, dafs einem Schurken ein Haar mehr gekrümmt werden dürfte, als er selbst gekrümmt hat u. s. w.

61) Böhmer *jus publ. univ.* S. 588 seq.

62) Bei den Burgundionen. S. Müller's Weltg. II. 20. Moses selbst hob die Selbstrache nicht auf, vielmehr liefs er derselben ihren Lauf und setzte nur ihrem Uebermalse die Freistätte entgegen, und zwar auch dieses nur zu Gunsten eines unvorseztlichen Todschlags.

63) Soll man auch keinen Obstdieb, kein Pferd, das an einem Zaune weidet, kein fremdes Huhn, das in einer Wiese flattert, keine Taube, die Korn frisst, mehr wegzagen dürfen? soll der Staat allein auch gegen diese Beleidigungen garantiren, wie unlängst eine Zeitschrift in meinem Vaterland zur Verbesserung des Akerbaus vorgeschlagen hat?

64) Wäscherinnen, Hausvermiether u. s. w. pflegen die Effekten als Pfand zurückzubehalten, wenn sie befürchten, von wegziehenden Schuldnern nicht bezahlt zu werden. Wirthe legen Beschlag auf Pferd und Wagen, wenn man ohne Berichtigung der Zeche fortreisen will. Das hat sie das natürliche Gesez gelehrt. Wo ist das menschliche, das ihnen diese Selbsthülfe verböte, oder der Richter, der sie dafür bestrafe?

65) Z. B. in dem Preussischen Gesetzbuch. Einl. §. 60. »Nur so weit ist die Selbsthülfe erlaubt, als die Hülfe des Staats nicht schnell genug erfolgen kann, einen unwiederbringlichen Schaden abzuwehren.« Wo ist sie dann sonst verboten gewesen als in dem Kopf der Verfasser? Sie sollen das frühere Gesez vorweisen. Wenn kann die Hülfe des Staats nicht schnell genug erfolgen? wer ist Richter darüber? Heifst das nicht die Selbsthülfe beinah in allen Fällen wiedergestatten? Hat sich nicht Hr. Klein selbst (einer der Verfasser) gegen den gewaltigen und geistreichen

Angriff des Hrn. Schlossers, zwar schwach genug aber doch selbst geholfen?

66) Hierunter rechne ich vorzüglich die noch jetzt geltende, erst Anno 1760 neu redigirte Gerichtssazung meines Vaterlandes. Schon bei den Gegenständen der sogenannten unstreitigen Gerichtsbarkeit, den Vormundschaften, Testamenten u. s. w. geht sie stets von der erlaubten Selbsthülfe aus, und läßt die Hülfe des Richters nur suppletorisch eintreten. Eben so bei den Freveln und Gewaltthätigkeiten. Wer zu Beschüzung und Rettung seines Leibs und Lebens (in den älteren Sazungen hieß es auch seines Guts) sogar einen andern todschlägt, ist von aller Klage frei. Saz. I. fol. 490. Wer der Urhabe von thätlichen Beleidigungen ist, soll nicht nur allen, ihm von dem Beleidigten zugefügten Schaden, selbst Blutschlag, Wunden u. s. w. an sich selbst haben, sondern wird, falls er klagt, darüber auch noch von dem Richter bestraft. Saz. 14. fol. 503. Wer jemand in seinem Haus freventlich sucht (gewaltthätig angreift), oder auch nur verdächtiger Weise in eines andern eingefriedeten Gütern gefunden wird, der soll, falls ihn der Eigenthümer selbst thätlich darum bestrafen würde, solchen Schaden allerdings an sich selbst haben und dazu noch den Frevler dreifach abtragen. Saz. 1. fol. 516. und Saz. 6. fol. 517. Falls aber in solchen Fällen der beleidigte Eigenthümer sich selbst thätlich nicht Recht verschaffen wollte oder könnte, sondern die Sache dem Richter anzeigt (als welches ihm hiemit freigelassen ist), so hat alsdann der Frevler neben dreifachem Abtrag des Frevels noch eine größere bestimmte Strafe auszustehen. Saz. 3. fol. 516. und Saz. 8. fol. 518. Kann man deutlicher reden? Gott wolle uns die Geseze noch lange schenken und sie nicht durch falsche Doctrinen verdrängen lassen. Sie sind in der That zum Schuz des Eigenthums gemacht.

67) S. hierüber Sismondi's *Hist. des républ. d'Italie, T. I.* p. 403—404. eine sehr merkwürdige Stelle.

68) Der von unsern Philosophen so hoch gepriesene Kant hat ihnen doch selbst gesagt, daß das *moderamen inculpatæ tutelæ* nur zur Ethik, mithin zur Liebespflicht, gehöre, also nicht streng rechtlich gefordert werden kann. *Metaphys. Rechtsl., Einl. S. XLI.* Sonst hieß es das *jus læsi* gehe in *infinitum*.

69) Man braucht nicht zu befürchten, daß bei erlaubter Selbsthülfe die Richter nichts mehr zu thun hätten. Der Fälle giebt es immer noch genug, wo die Menschen sich nicht selbst helfen können und also höheren Schuz anzurufen genöthiget sind.

70) *Qui non vetat peccare cum possit, jubet. Seneca. Eos*

*qui male agentes prohibere possent neque id facerent, eorum flagitiis assentire, sagte Cato. » Qui cum se defendere possit, occidi permittit, ille damnari potest non aliter ac si seipsum occidisset. Pufendorf. Rectum et necessarium vindicare injuriam, quippe ad occisi calamitatem etiam infamia timiditatis accedit.« Herodianus.*

71) *Ephori Sciraphidam quendam multarunt quod multis ipsum injuria afficerent. Plutarchus. Institut. Lacon. s. Pufendorf. L. II. c. V. §. 2.*

72) *Diod. 7. 79.* Wie soll man aber helfen und retten können, wenn man nicht Gewalt brauchen und dem Beleidiger kein Uebel zufügen darf, oder nicht ein größeres als er selbst gethan?

73) *de Valle Iun. P. II. Ep. 1.*

74) *Qui se praesente peccantem non castigaret verbis, in eadem culpa erat cum delinquente. Plutarch. Institut. Lacon.*

75) Ueber die Selbsthülfe s. das schöne Capitel in Pufendorf j. n. et. g. L. II. c. 5. *de defensione sui*, wo er zwar, wegen der ewigen sachleeren Distinction zwischen dem natürlichen und dem sogenannt bürgerlichen Zustand, stets mit der einen Hand wieder wegnimmt, was er mit der andern zugegeben hat; ferner Schmaufs Recht der Natur, p. 515 u. 516, der die großen Vortheile der Selbsthülfe noch besser einsieht; Schlossers Briefe über die preussische Gesetzgebung, S. 215; vorzüglich aber Mösers berühmte patriotische Phantasien, T. I. S. 317 ff. und T. IV. S. 135, über die Regularisirung des Privatkrieges, oder die Zweikämpfe. *ib.* p. 130. von den Todesstrafen.

Uebrigens haben wir diese wichtige Materie zum Theil schon oben berührt bei Widerlegung der Grille eines recht- oder gesellschaftlosen Naturstandes und der Idee eines bürgerlichen Contracts, S. 326 u. 327. Sie wird aber in anderer Beziehung noch bei mehreren Gelegenheiten wiederkommen müssen, z. B. bei der Deduction des Straf- und Begnadigungs-Rechts; bei der Untersuchung der Frage, ob das Recht Krieg zu führen den Fürsten allein zukomme, oder nicht im Kleinen von jedem Menschen ausgeübt werde; bei den Klugheits-Regeln über die Anhebung, Führung und Beendigung der Kriege u. s. w. Alles das beruht auf den nemlichen Grundsätzen; im Kleinen wie im Großen, bei Fürsten wie bei Privat-Personen, erscheint immer die nemliche Natur der Dinge, gilt das nemliche natürliche Recht, die nemliche Regel der Klugheit und Liebe.

76) *Der Herr schafft Hohe und Niedere (sapient.*

VI. 9.) und nicht der Menschen Uebereinkunft, sondern Gottes Gesetz (das natürliche) befiehlt den Mächtigen der Erde: Schaffet Recht den Armen und den Waisen, helfet den Elenden und Dürftigen zum Recht. Ps. 82.

77) Es ist eine seltsame Behauptung unserer Juristen, dafs bei der erlaubten Selbsthülfe kein Richter Platz haben könne, oder bei der Existenz einer richterlichen Gewalt alle Selbsthülfe verboten seyn müsse. Man hilft sich zum Recht, wenn man kann; und wenn man nicht kann oder nicht will, so ruft man einen Höheren um Hülfe. Selbsthülfe und richterliche Hülfe haben, so lang die Welt steht, mit und neben einander bestanden.

78) Weil sie entweder in anderer Rücksicht abhängig, dankbar und zu Liebesdiensten bereit sind, oder weil sie sich durch einen besondern Vertrag zu dieser Art von Hülfe verpflichtet haben.

79) *Solon interrogatus, quomodo quam paucissime inter homines injuriae sint extilurae, respondit: Si perinde cum laesis doleant qui non laesi fuerunt. Diog. Laert. in Solone.* Dieser tief sinnige Spruch ist im Grunde doch nichts anders als eine Anwendung des allgemeinen christlichen Gebotes: »Liebe deinen Nächsten wie dich selbst.«

80) Der Himmel ist überall blau, sagt das gemeine, gar nicht egoistische, sondern aus religiösem Dankgefühl hervorgehende Spruchwort. *Ubi bene ibi patria*; wo es dem Menschen wohl ist, wo er Nahrung findet und wo zugleich Gerechtigkeit und Liebe herrschen: da ist auch seine Heimath. Geschieht dieses aber auch in seinem Vaterland, ist der Mensch sogar dort etwas mächtiger und freier als anderswo, dann kommen freilich neue Reize, zärtere Bande hinzu, dann heifst es auch *ubi patria ibi bene*; ein schöner und wünschenswerther Zustand, die gewöhnliche Ordnung der Natur, die aber bisweilen gestört wird.

81) Die Flucht oder die Auswanderung ist freilich ein *febile beneficium*, ein trauriges, thränenenerweckendes Hilfsmittel. Aber sie ist doch ein Sicherheits-Mittel, nicht für alle traurig, und mancher hat dabei sein Glück gefunden. Auch stelle ich sie nicht als das einzige, sondern nur als das letzte Mittel auf, wenn alle andern vergeblich sind.

82) Dafs die Auswanderung in gewissen auferordentlichen Fällen intempestiv seyn könne, und in solchem Fall zwar immer rechtlich erlaubt sey, aber gegen die Liebespflicht anstosse, werden wir besonders bei den Republiken anzuführen Gelegenheit haben.

83) Durch die Sätze unserer neuen Naturrechts-Lehrer, daß man in den Staat gezwungen werden müsse, daß man ihn nie solle verlassen dürfen, daß außer demselben kein rechtlicher Zustand möglich, jeder wie ein Feind zu betrachten sey u. s. w. Sie scheinen schon in Anwendung gebracht werden zu wollen.

84) gegen welche, man mag dociren, was man will, die gerichtliche Hülfe gar nicht immer aushilft, wenigstens äußerst selten gegen einen Oberen. Die Prozesse, wie die Kriege, werden meist nur zwischen Gleichen geführt.

85) Die anderswo sollen entwickelt werden.

86) Denegirte Justiz — Lieblosigkeit.

87) *Praevarication, Complicität.*

88) Protrahirte, kostbare Justiz, allzulangsame und eigennützige Hülfe auch von Privat-Personen.

89) Das ist der Sinn der bekannten Horazischen Verse. »*Jura* »(*sc. humana*) »*inventa metu injusti fateare necesse est, tempora si fastosque velis evolvere mundi.*« *Serm. L. I. s. 3.*

90) Davon wird seiner Zeit bei dem Abschnitt von dem Gesetzgebungs-Recht ausführlich gehandelt werden. *In corruptissima respublica plurimae leges.* S. auch oben S. 402. Note 33.

91) S. hierüber schon oben S. 334. Der Gedanke enthält schon eine *contradictio in terminis*.

92) Diese Bemerkung hat auch schon Hobbess gemacht, den ich übrigens in vielen anderen Dingen gar nicht als Autorität anzuführen pflege: *cujus enim potentia praescriptu est, non est rex sed subditus praescribentis. Summum esse et aliis subjici contradictoria sunt. de cive, VII. 3. und XIII. 2.* Auch dem gepriesenen Kant hat sie sich mitten unter vielen Sophistereien im Vorbeigang aufgedrungen: »denn der, welcher die Staatsgewalt einschränken soll, muß doch mehr oder wenigstens gleiche Macht haben, als derjenige, welcher eingeschränkt wird — alsdann aber ist nicht jener, sondern dieser der oberste Befehlshaber, welches sich widerspricht.« *Metaph. Rechtsl. S. 175.* Daraus folget aber gar nicht, was er weiter darauf schliessen will, sondern es folget nur, daß jede Macht, die wirklich die höchste ist, mißbrauchen kann, aber freilich nicht mißbrauchen soll, und daß es also vorzüglich, ja zuletzt einzig auf die Besserung des Willens, auf die Gewissenhaftigkeit des Mächtigen ankommt, welche ohne Religiosität nicht möglich, oder wenigstens nie gründlich und weder fest noch standhaft ist.

93) Es ist seltsam, daß unsere Philosophen immer meinen,

man könne die natürlichen Geseze übertreten und hingegen die menschlichen nicht. Wahrlich! letztere noch eher. Denn sie haben nicht die nemliche Heiligkeit, sie werden, als in unvollkommene Worte gefaßt, von jedem anders verstanden, auch bald vergessen, eben so oft von denen, die sie gemacht haben, als von denen, die sie befolgen sollen.

94) Die deutschen Stände gegen ihren Kaiser, die polnischen gegen ihren König, die Holländer gegen ihren Statthalter, die französischen Reichsstände gegen Ludwig XVI. Wir werden davon noch mehr reden.

95) Ich will eben nicht behaupten, daß in solchem Kampf gar nie eine besser gesinnte Macht an Plaz kommen könne. Aber gewiß sehr selten. Und dann kömmt es doch immer auf die bessere Gesinnung an, und diese kann in der Folge geändert werden, daher man mit Usurpatoren gewöhnlich nicht lange zufrieden ist und bald wieder das alte zurückwünscht.

96) Das ist keine leere Phrase, keine illusorische Hülfe, wie viele wähnen wollen. Denn 1) kann das Gefühl für Gerechtigkeit nie ganz aus dem Menschen ausgerottet werden. Vorstellungen, geistige Waffen, wenn sie uneigennützig und rein, mit Vertrauen und Würde gebraucht werden, sind daher nicht ohne Nutzen. Was stellt man aber vor als die Natur der Sache und das natürliche Gesez? Ist beides nicht eine höhere Kraft? 2) Ist die Ordnung der Welt so beschaffen, daß gewisse Ungerechtigkeiten im Großen oder in die Länge nicht möglich sind, es sezt sich ihnen die Gewalt der Natur entgegen. 3) Sind sie alle mit natürlichen Strafen oder übeln Folgen begleitet, so daß man oft durch Erfahrung gewizigt auf die Gerechtigkeit zurückkommen muß. 4) Endlich gehört auch die Flucht gewissermaßen zu einer natürlichen oder göttlichen Hülfe. Denn man sezt da der beschränkten menschlichen Gewalt die höhere Kraft der Natur entgegen, eine Entfernung, wo sie nicht hinreicht. Der Saz, daß gegen die höchste Gewalt nur bei Gott Hülfe sey, will also nichts weiter sagen, als daß gegen sie kein menschlicher Richter oder Helfer gefunden werden könne, nicht aber daß gar keine Hülfe sey.

97) *In omni republica primum est curatio rerum divinarum. 7. Polit. c. 8.*

98) *Religio humanae societatis fundamentum est magistratus propugnaculum. Plato IV. de Republ.*

99) *Opinio de Diis est velut vinculum et coagulum omnis societatis et justitiae firmamentum.*

100) *Facilius urbem condi sine solo puto, quam opinione de diis penitus sublata civitatem coire aut constare. Plutarch.*

101) *Pietate adversus Deum sublata, fides etiam et societas humani generis et una excellentissima virtus, justitia, tollatur, necesse est. Cicero.*

102) *Religio et timor Dei solus est qui custodit hominum inter se societatem. Lactant. de ira. c. 12.*

103) *Nec unquam et usquam respublica stetit sine specie aliqua religionis. Lipsius.*

104) S. oben S. 375—385.

105) *Conf.* oben S. 311 u. 312.

106) Z. B. der Ehre, der Gesundheit, der Freiheit, des Friedens.

Prüfet man sorgfältig, was hier Hr. v. H. sagt, so leuchtet doch nicht undeutlich hervor, daß er nur dann die Selbsthülfe ausschließt, wenn sie unmöglich ist; und welcher Kluge wird sie dann anwenden wollen? Willig wird man ihm also einräumen:

»Ueber die höchste Gewalt, der man nicht widerstehen kann, giebt es keine menschlichen Richter, gegen sie ist keine andere Hülfe als bei Gott.«

Ferner:

»Die Hülfe von Oberen, oder die sogenannte Gerichtsbarkeit, abgerechnet, sind die Mittel gegen den Mißbrauch der Gewalt die nämlichen gegen Hohe und Niedere, gegen Mächtige und Schwache; nur daß bald dieses oder jenes Mittel klüger oder leichter anzuwenden.«

Es scheint also in der That schon hier, als wenn der Herr von Haller in seinen mitge-



theilten Ausführungen weit weniger Hallerianer sey, als die Ultra's, die ihn für ihren Apostel ausgeben, und die zum Theil sein Werk wohl nicht einmahl gelesen haben. — Dafs aber diese Behauptung gar keinem Zweifel unterworfen, läßt sich aus der Restauration der Staatswissenschaften weiterhin wörtlich beweisen. Herr von Haller billigt unter Umständen Revolutionen und erkennt ihr Resultat für gerecht. — Wie mancher Hallerianer wird staunen: aber nichts ist gewisser. Hier seine eigenen Worte (I. Band, S. 488.):

»Eine solche Befreiung« — wodurch die Souverainetät erlangt wird — »kann ebenfalls durch  
 »Kampf, oder durch allerlei belästigte Verträge  
 »oder durch Schenkungen erhalten werden. Den  
 »Kampf um gänzliche Befreiung von einem höhern Verbande, wenn er mit Erfolg begleitet  
 »ist, heifst man einen Abfall; er kann gerecht  
 »seyn, wenn entweder die Dienstbarkeit selbst  
 »nur auf gewaltsame Unterjochung (ohne hinzugekommenen Vertrag) <sup>107)</sup> beruhte, oder wenn  
 »sie auch begründet war, doch durch schwere  
 »Beleidigungen eigener Rechte <sup>108)</sup> ein hinreichender Grund zum gerechten Kriege gegeben  
 »worden, als in welchem Fall man in dem Friedensvertrag nicht nur den frühern, sondern zur  
 »Sicherheit für die Zukunft auch einen  
 »bessern Zustand <sup>109)</sup> fordern darf, und kömmt  
 »die Einwilligung des frühern Herrn hinzu, so  
 »ist selbst gegen eine solche, mit dem Schwerte

»erfochtene Unabhängigkeit nicht das Geringste  
 »einzuwenden. Wer sollte sie nicht anerkennen,  
 »wenn derjenige sie selbst anerkennt, der allein  
 »den Dienst zu fordern hatte? Der Abfall aber  
 »ist ungerecht und heißt Empörung oder Re-  
 »bellion, wenn er ohne hinreichenden Grund,  
 »weder gegen die Existenz noch gegen die Aus-  
 »übung der Herrschaft, untreu und pflichtwidrig  
 »wird.«

Das Resultat dieser Mittheilungen wäre also, daß Herr von Haller die Frage des Titels dieser Schrift genau wie deren Verfasser beantwortet, und dieses Resultat spricht er denn auch selbst in der Folge seines so berühmt gewordenen Werkes auf das deutlichste und bestimmteste aus. Hier seine eigenen Worte <sup>110)</sup>.

---

107) Hier hätten wir doch also einen Staatsvertrag!

108) Was sagen hierzu die Hallerianer?

109) Also doch Garantien; eine schriftliche Verfassungs-Urkunde? — Aber diese sollen ja, nach früheren Behauptungen, nutzlos, ja schädlich seyn!

110) Band II. S. 450 ff. So hoffe ich denn, vorden Hallerianern völlig gerechtfertigt zu erscheinen, wie denn auch ich dem Herrn von Haller — den ich vielfach verkannte — völlige Gerechtigkeit hier widerfahren lasse.

---

#### Von Haller :

»Was endlich das traurige Extrem eines gewaltsamen Widerstandes gegen allgemeine und unerträgliche Bedrückung betrifft: so scheuen wir uns nicht, auch diese wichtige Frage zu berühren, da die Wahrheit nie gefährlich ist, wenn sie mit reinem Herzen gesucht, mit allen sie illustirenden Nehen Umständen gezeigt, und wie überall, so auch

hier, das Befugniss selbst von der Schwierigkeit oder der Unklugheit seiner Ausübung unterschieden wird. Wir halten es sogar für nothwendig, sie etwas gründlicher zu behandeln, da sie von allen den zahlreichen, zum Theil grossen Schriftstellern, die sich damit beschäftigt, selbige bald bedingt, bald unbedingt bejahet oder verneinet haben, unseres Erachtens durchaus unbefriedigend beantwortet ist. Der Grund ihres Wankens und Schwankens lag nicht im Mangel an natürlichem Scharfsinn und an redlichem Bemühen, sondern darin, dafs sie nach dem ewigen *πρωτον ψευδες*, das alle übrigen staatsrechtlichen Irrthümer veranlasst (nach der falschen Idee einer künstlich-bürgerlichen Gesellschaft und delegirten Staats-Gewalt), sich das Volk stets als eine einzige vereinte Masse vorstellten, welche gleich einer Bürger-Gemeinde, jeden Augenblick ihren Willen äussern, ihre Gesamtkraft dem Fürsten als vorgeblichen Beamten entgegensezen könne, und daher auf die Unmöglichkeit oder wenigstens auf die grosse Schwierigkeit und Gefährlichkeit dieses Widerstands-Befugnisses gar keine Rücksicht nahmen. Einige läugneten es ganz, entweder weil das Volk bei Stiftung eines Staats allen Willen, alle Macht, alles Urtheil abgetreten und veräußert haben sollte<sup>111</sup>), oder weil es nicht Richter in eigener Sache seyn könne, wenn es schon keinen anderen Richter findet, und der Fürst ebenfalls Richter in eigener Sache ist<sup>112</sup>), oder weil es sonst gefährlich sey, und die Ausübung dieses Befugnisses so leicht wäre, dafs bei Anerkennung desselben gar keine Ruhe der Staaten bestehen könnte<sup>113</sup>). Barkley, der im allgemeinen sehr dawider eifert<sup>114</sup>), statuirt es zuletzt, aber nur von Seite der Majorität des ganzen Volks, gleich als ob man die Stimmen zählte, als ob nicht jede Insurrection nothwendig mit der Minorität anfangen müfste, und nicht blofs der Ausgang beweise, welche Partei die zahlreichere oder die stärkere gewesen. Grotius, Pufendorf<sup>115</sup>), Horn<sup>116</sup>), Vattel<sup>117</sup>) u. a. m. geben das Widerstands-Recht ebenfalls zu, jedoch mit vielen, zum Theil klugen und moralischen, zum Theil aber auch die gründliche Wissenschaft nicht befriedigenden Temperamenten. Locke erklärt sich ebenfalls dafür, und diese Deduction ist sogar eine der bessern seines Werks, aber mit seinen übrigen revolutionairen oder republicanischen Ideen gar nicht consequent<sup>118</sup>). Scheidemann, so sehr er sonst den Fürsten günstig ist, wagt auch nicht, es gänzlich und in allen Fällen zu leugnen, aber er behauptet, dafs einzelne Personen, oder ein geringer Theil des Volks dieses Recht nicht hätten, die ganze Nation könne nur als Feind auftreten, wo gleiche Theile gegen einander die Waffen ergreifen, sie solle

ihr Urtheil nur in Schlachten beweisen, die Vertheidigung wider den Tyrannen müsse jedoch stufenweise geschehen u. s. w.<sup>119</sup>). Die neuern, aus Rousseau's Schule, machen hingegen gar nicht einmal so viel Umstände, einen Krieg gegen die Fürsten nothwendig zu finden. Ihrer Meinung nach sollten sie als vorgebliche Beamte, ohne Rücksicht auf den guten oder schlechten Gebrauch ihrer Macht, nach böser Willkühr abgesetzt werden können; aber die Herren bedachten nicht, daß den Unzufriedenen (den sogenannten Völkern) hiezu die Macht mangelt, und daß sie selbst ihrem souverainen Volk nicht einmal das Recht einräumen wollten, seine selbsterwählten, wenn auch pflichtvergessenen Repräsentanten abzusezen, oder ihnen mit Gewalt zu widerstehen. Andere hielten die Insurrection sogar für die heiligste Pflicht<sup>120</sup>), und wieder andere behaupteten, eine Rebellion sey nicht einmal denkbar, weil das Volk der Souverain sey und niemand gegen sich selbst rebellire<sup>121</sup>).

Was ist nun aber die Wahrheit unter allen diesen Widersprüchen? Sie verbirgt sich vor den Sophistereien und ergiebt sich einfach und allgemein befriedigend aus der wahren Idee, daß ein Fürst kein vom Volk geschaffener Beamter, sondern ein mächtiger und unabhängiger Herr ist, der im Grund nur seine eigenen Rechte ausübt, natürliche und vertragsmäßige Pflichten fordern kann, aber fremde Rechte nicht beleidigen, sondern eher schützen soll. Wird man von einem solchen Herrn in wirklichen eigenen Rechten, schwer, fortdauernd und unerträglich beleidigt, zieht er, statt der Eigenschaft eines Beschützers und Wohlthäters, die Natur eines Feindes und Unterdrücker an, nützen alle Vorstellungen nichts, ist keine andere Hülfe zu finden: so läßt sich zwar nach der gesunden Vernunft und dem natürlichen Recht im Allgemeinen unmöglich behaupten, daß jeder gewaltsame Widerstand absolut unerlaubt sey, daß zwischen einem Fürsten und seinen Unterthanen nicht auch ein rechtmäßiger Krieg entstehen könne. Wer nur sein eigen Recht beschützt, das göttliche Recht zu handhaben sucht, der beleidiget niemand; der ungerechten Gewalt darf rechtmäßige Gewalt entgegengesetzt werden, die Pflichten sind wechselseitig, es kann nicht die Ungerechtigkeit erlaubt und der Widerstand allein verboten seyn<sup>122</sup>). Die Natur hat aber von diesem Rechte der Nothwehr und Selbstvertheidigung keine Ausnahm gegen den Mächtigen gemacht, sondern nur seine Ausübung mit mehreren Schwierigkeiten begleitet, und dabei würde es doch nichts nützen, eine entgegengesetzte Lehre aufzustellen, da diese Nothwehr so tief in der Natur der Menschen und aller lebendigen Geschöpfe eingewurzelt ist, daß sie sich dieselbe

durch keine willkürliche Theorien werden entreißen lassen. Man mag in gelehrten Büchern die Befugniss des Widerstands der Völker, so wie jeder Kriegführung überhaupt, bestreiten oder zugeben: so wird deswegen keine einzige Insurrection weder mehr oder weniger entstehen, sintemal der Friede stets der gewöhnliche Zustand ist, und die innern, gleichwie die äussern Kriege nicht wegen jenen Theorien, sondern entweder aus Mangel an Veranlassung, oder aus Mangel an Kräften unterbleiben. Im Gegentheil würde man durch die Behauptung der absoluten Unrechtmäßigkeit jedes Widerstandes der guten Sache der Fürsten mehr schaden als nützen, sie zum Gegenstand des allgemeinen Hasses machen, und ihren Feinden Waffen in die Hände geben, die nicht zu bestreiten wären<sup>123</sup>). Offenbar würdeman am Ende zu noch viel verderblicheren Doctrinen seine Zuflucht nehmen, um doch gegen die Inconveniente der Tyrannei einige Beruhigung zu finden: wie z. B. dafs die Könige die Quelle alles Rechts, die Organe des allgemeinen Willens seyen, und gar nicht Unrecht thun könnten; oder dafs sie nur Beamte des Volkes seyen, die man nach Willkühr wieder abzusetzen befugt sey; oder dafs sie dem Willen des sogenannten Volks sich fügen müssen und den inneren Feinden keinen Widerstand leisten dürfen; oder dafs man ihre Rechte auf jede Weise lähmen und vermindern, unter dem Vorwand, ihnen die Macht zum Bösen zu nehmen, sie durch allerlei Künsteleien und sogenannte Constitutionen in Fesseln schlagen müsse, wodurch dann das Böse doch nicht gehindert, sondern nur von andern ausgeübt und gewöhnlich noch ärger wird; oder endlich, dafs die Fürsten vollends entbehrlich seyen und je eher je lieber abgeschafft werden sollten. Alle diese Doctrinen haben wir in unsern Tagen mit Heftigkeit von den Dächern herab predigen gehört. Sie waren die Folge theils des Systems von delegirter Volksgewalt, theils der unüberlegten Behauptung von der Unrechtmäßigkeit alles Widerstandes. So ist die einfache Wahrheit auch hier dasjenige, was Fürsten und Völkern nützt, da hingegen ein auch in guter Absicht angebrachter Irrthum allemal viel grössere Uebel nach sich zieht. Die Bündnisse und Kriege vieler Schwachen gegen einen Mächtigen sind ohnehin (wie wir bald zeigen werden) so selten, so schwierig, und meist so gefährlich, dafs die Fürsten von ihren Völkern gewifs wenig zu besorgen haben; aber an und für sich liegt weder in dem natürlichen Gesez, noch in der Klugheit irgend ein Grund, der die Behauptung rechtfertigen könnte, dafs aller Widerstand gegen Fürstliche Bedrückungen absolut unrechtmässig sey.

Demzufolge sehen wir auch in der ganzen Erfahrung, daß zu allen Zeiten und in allen Ländern dieses Befugniss des Widerstands gegen offenbare Bedrückung allgemein anerkannt und ausgeübt worden ist, sobald die Umstände solches möglich machten; daß es zwar auch ehrgeizige und unrechtmäßige Rebellionen gegeben hat, viel andere von ungünstigen Erfolg gewesen, daß aber nie alle ohne Ausnahm, weder in dem Gewissen der daran theilnehmenden Völker, noch von den Fürsten selbst, noch von dem allgemeinen Urtheil der übrigen Menschen für unrechtmäßig gehalten worden ist. So sehr z. B. die heil. Schrift die Erfüllung aller Rechts- und Liebes-Pflichten gegen die Fürsten gebietet, in Collisionen Nachgiebigkeit empfiehlt, und bisweilen selbst Unrecht leiden lehrt, aus Nachsicht gegen menschliche Schwächen: <sup>124)</sup> so ist doch keine einzige Stelle zu finden, in welcher gegen die Verletzung aller Pflichten von Seite des Fürsten und zur Handhabung des göttlichen Gesezes selbst, jeder Widerstand unbedingt verboten wäre. Sie mißrath ihm bloß als Regel der Klugheit, entweder weil oft die Kräfte mangeln, oder weil gewöhnlich nichts besseres nachkömmt <sup>125)</sup>. Die Geschichte des Ebräischen Volks liefert uns Beispiele einer Menge von Aufständen, theils von hohen Beamten und mächtigen Privatpersonen, theils von größeren oder kleineren Theilen des Volks; aber sie werden nicht allgemein verworfen, sondern es hing von den Umständen, der Veranlassung und dem Zwecke ab, ob die Propheten sie für rechtmäßig oder unrechtmäßig erklärten, d. h. nach damaligem Sprachgebrauch, ob sie dem Herren (dem obersten Gesezgeber) wohl oder übel gefielen. Der Abfall der zehn Stämme von Rehabeam, so verderblich er auch dem jüdischen Volke ward, wird nicht getadelt, sondern als die natürliche Folge seiner Unterdrückung dargestellt, die Insurrection der Makkabäer gegen des Antiochus antireligiose Tyrannei als pflichtmäßig und tugendhaft geschildert. Wer hat je den Aufstand der Deutschen Völker gegen den Römischen Despotismus für ein Verbrechen ausgegeben, wer die Nothwehr der Dalekarlier unter ihrem Gustav Wasa, den Bund der Waldstädte zur Erhaltung ihrer uralten Privat-Rechte und Reichsunmittelbarkeit, den Krieg der Niederländer gegen die Gewaltthätigkeiten des Herzogs Alba, den heiligen, wenn auch unglücklichen Kampf der Vendeer, das einzige Beispiel der Religion und Treu mitten im Triumph der Gottlosigkeit und sophistischen Aufruhrs, die neueste Insurrection der Spanier <sup>126)</sup>, der Holländer u. s. w. gegen den Unterdrücker Europas für unrechtmäßig gehalten? Am auffallendsten ist freilich

das Befugniss, wenn der Widerstand nicht nur gegen eine despotische, sondern noch dazu usurpirte Herrschaft geschieht; jedermann fühlt, daß derselbe in diesem Fall einen doppelten Titel für sich hat<sup>127</sup>); er läßt sich aber auch gegen einen Fürsten denken, dessen Macht in Erwerbung und Besitz rechtmäßig und nur in ihrem Gebrauch ungerecht und feindselig ist. Führt er gegen seine eigenen Unterthanen Krieg, warum sollten sie auch gegen ihn nicht Krieg führen dürfen? Freilich kömmt es zu Bestimmung des Urtheils der Menschen viel auf den Ausgang des Kampfes an, aber doch nicht bei allen, nicht bei den Weisern oder Unterrichteten, und in unseren Tagen wie in ältern Zeiten gab es häufige Beispiele, wo Jedermann in seinem Innern bekennen mußte, die siegende Sache habe dem Schicksal, die besiegte dem Redlichen gefallen<sup>128</sup>). Freilich pflegen diejenigen Fürsten, welche sich durch eine Reihe ungerechter Handlungen den Widerstand ihrer Völker zugezogen haben, die Theilnehmer desselben anfänglich stets Verbrecher und Rebellen zu nennen, aber sobald sie zahlreich sind, oder der Erfolg des Krieges wechselt, werden sie mit dem minderen Namen Insurgenten oder Feinde bezeichnet, mit denen man unterhandeln und Verträge schließsen könne. Auch ist bemerkenswerth, daß andere unpartheiische Fürsten jene Ansicht nicht immer theilen; man hat häufige Beispiele, daß sie dergleichen abgenöthigte Vertheidigung nicht nur nicht tadeln, sondern sogar gutheißsen, loben, begünstigen; dem betreffenden Fürsten, selbst wenn sie auch sonst mit ihm befreundet sind, zum Frieden rathen: und wer also in dem übereinstimmenden Urtheil aller unbefangenen Menschen, ein Kennzeichen oder eine Probe der Wahrheit sieht, der wird gestehen müssen, daß nie und nirgends aller Widerstand der Völker, zur Erhaltung ihrer eigenen Rechte, für absolut unerlaubt gehalten worden ist.

So stark ist endlich die Kraft der Wahrheit und das Gefühl der Gerechtigkeit, wenn keine Leidenschaft verblendet, daß das Befugniss des Widerstands der Völker gegen evidente Bedrückung, auch von ihren eigenen Fürsten selbst, häufig anerkannt und förmlich ausgesprochen worden ist. So sagte bekanntlich der Kaiser Trajan zu dem Obersten der Leibwache, als er ihm das Schwert übergab: »Für mich, wenn ich wohl »regiere, wider mich, wenn ich Tyrann werden sollte«<sup>129</sup>). In Frankreich mußte Carl der Kahle (Carls des Großen Enkel) A° 856 eine Acte ausstellen, daß die Großen das Recht hätten, dem König, wenn er etwas ungerechtes verlange, gemeinschaftlich mit den Waffen in der Hand sich zu widerse-

zen <sup>150</sup>). In England hat König Heinrich I. dasselbe seinen Unterthanen, auf den Fall er seine Versprechungen verlezte, in den stärksten Ausdrücken zugestanden <sup>151</sup>). Den Hungarischen Ständen ward es im Jahre 1222 von dem mächtigen König Andreas II. selbst zugesichert, im Fall der damals geschlossene Vertrag nicht beobachtet würde <sup>152</sup>). König Johann von Dänemark erkannte den drei ihm unterworfenen Reichen das Recht zu, ihn zu bekriegen, wenn er auf die Forderung, den Beschwerden abzuhelpen, nicht höre <sup>153</sup>). Alphons III., König von Arragonien, verwilligte den Baronen seines Reichs im Jahre 1287 durch zwei Unions-Privilegien das Recht der Insurrection gegen den König, und die Selbsthülfe, wenn ihren Freiheiten, nach gemachten Vorstellungen, Gewalt und Abbruch geschehen sollte <sup>154</sup>). Auch in Polen war das natürliche Recht des Widerstandes A<sup>o</sup> 1606 positiv ausgesprochen und anerkannt. Der Adel hatte das Recht, gegen den König eine Conföderation zu organisiren, welches oft auch von einzelnen Magnaten geschah, ohne dafs es für etwas anders als einen gewöhnlichen Krieg wäre angesehen worden. Aehnliche Beispiele finden sich häufig in der ganzen Geschichte, besonders auch in kleineren mindermächtigen Staaten. Fürsten, die mit ihren Unterthanen stets in gutem Verständnisse lebten, hatten freilich nicht nöthig, solche Erklärungen auszustellen, die gleich allen positiven Gesetzen nur eine Folge früheren Mißbrauchs und Argwohns sind. Oft hat man daher für gut befunden, in spätern Zeiten und glücklichen Umständen, selbst bei Erneuerung der Verträge, jene gehässige Clausel wieder auszulassen, weil sie in der That ein Zeichen von Mißtrauen ist, nach welchem man beständige Feindseligkeiten voraussieht, und sich dawider durch dergleichen Reservate zu sichern sucht <sup>155</sup>). Ein solches Verhältniß (das schon eine Beleidigung der Ehre in sich faßt) soll in gesundem Zustand zwischen einem Fürsten und seinen Unterthanen gar nicht Statt finden, und übrigens ist es weder möglich noch nothwendig, alle nur immer denkbare Befugnisse aufzuzählen und schriftlich zu verzeichnen. Dafs aber deswegen jeder Widerstand absolut verboten sey, ward auch nicht gesagt, und die häufige Anerkennung seiner Rechtmäßigkeit ist immerhin merkwürdig: denn falls diese Vertheidigung durch die Natur selbst ein unbedingtes Verbrechen wäre, so hätten auch die Fürsten selbst solches nicht autorisiren können, und würden es ganz gewifs niemals gethan haben.“



111) *Hobbes de cive, it. Gentilis de vi civili in reges semper injusta. Londini, 1605. 4.*

112) Kant metaphys. Rechtslehre.

113) *Osiander ad Grot. L. I. c. 4. §. 10.*

114) *Adversus Monarchomachos, Lib. III. c. 8. I. VI. cap. 23 et 24.*

115) *J. n. et g. L. VII. c. 8. §. 5.*

116) *Polit. architecton., L. II. §. 12.*

117) *Droit des gens, L. I. c. 4. c. 51.*

118) *Du Gouvernement civil, Ch. XVIII. de la dissolution du Gouvernement.* Vergl. oben Cap. VI. S. 48.

119) Staats-Recht, T. III. S. 364—373.

120) La Fayette etc. Zwar fügte er bei: »wenn das Volk unterdrückt sey;« aber nach dem Sprachgebrauche aller Revolutionairs besteht die Unterdrückung schon in der Existenz eines Fürsten oder Herrn.

121) Fichte, T. I. p. 31. Note 3.

122) *Omnium mortalium consensu justissima est belli causa, propulsare injurias et tueri armis focos, liberos, patriam.* Vergleiche oben T. I. 414 ff. von der Selbsthülfe überhaupt.

123) Diese Bemerkung haben auch schon die stets so gründlichen und für rechtmäßige Fürsten wohlgesinnten Göttingischen gelehrten Anzeigen gemacht: »Gewissenhaftigkeit und Klugheit müssen auch hier das äußere Recht des Widerstands gegen Regenten im Gebrauch einschränken; es ganz leugnen wollen, giebt bei Vertheidigung einer guten Sache nur dem »Gegner Vortheil.« 1793. St. 114. S. 1140.

124) S. die Sammlung derselben in in meiner polit. Religion, S. 33—41. Ihre Zusammenstellung und Vergleichung ist außerordentlich merkwürdig und lehrreich. Die tiefste Philosophie muß diese so einfachen Doctrinen unterschreiben.

125) Sirach, VIII. 1. XIII. 3. Pred. Salom. X. 8.

126) Versteht sich die von 1808—1814, nicht die militairisch-Jakobinische von 1820, welche drei Jahre nach der ersten Ausgabe dieses Bandes erfolgte.

127) Die Geschichte beweiset auch, daß dergleichen Insurrectionen am ehesten gelingen; Usurpatoren, wenn sie nicht sehr klug und mäßig regieren, dauern selten lang.

128) *Victrix causa Diis placuit, victa Catoni.*

129) J. v. Müller Weltgesch. I. 347. Dio Cass. und Aurel. Victor.

130) Spittler Europ. Staaten-Gesch. I. 151.

131) *Licet omnibus de regno nostro contra nos insurgere, et omnia facere quae gravamen nostrum respiciunt, ac si nobis in nullo tenerentur. — Et ipsi Barones cum communitate totius terrae, distringent et gravabunt nos modis omnibus quibus poterunt, scilicet per captionem castrorum, terrarum, possessionum, et aliis modis quibus potuerint, donec emendatum fuerit secundum arbitrium eorum. Magna Charta.*

132) Spittler Europ. Staaten-Geschichte, II. 267.

133) Schütz Allgem. Weltgeschichte, V, 194.

134) Spittler Europ. Staatengeschichte, I. 20.

135) Vergl., was oben S. 126 — 127 von den Vertheidigungs-Bündnissen gegen die Fürsten gesagt worden ist.

Die hier mitgetheilten Anmerkungen zu dem Texte des Hrn. von Haller gehören sämmtlich demselben an. Sie sind aus guten Gründen vollständig abgedruckt.

## II.

**Des Schach's von Persien Ansicht über  
den Staatsvertrag.**

---

In einer Audienz, die der Englische Gesandte Malcolm bei dem Schach hatte, erklärte ihm dieser die Europäischen Regierungs-Formen, und namentlich die Englische, so gut er konnte. Als er von Freiheit des Unterthans sprach, konnte der König ihn nicht begreifen. Der Gesandte sagte ihm, um sich verständlich zu machen, Niemand wäre in England so hoch gestellt, irgend etwas gegen die Gesetze des Landes thun zu können, und Niemand wäre so gering, daß er nicht Alles thun könnte, was das Gesetz nicht untersagt hätte. Der Schach schien dieß zu verstehen, und nun ward ihm Alles klar, was man ihm gesagt hatte.

»Jetzt verstehe ich Alles!« — hob er an, und nach kurzem Nachdenken setzte er hinzu: »Dein König ist, wie ich sehe, nur der erste Beamte des Landes.«

»Deine Hoheit« — sprach der Gesandte — »hat seine Lage ganz richtig aufgefaßt.«

»Ein solcher Machtbesitz« — sprach der König lächelnd — »hat Dauer, aber keinen Genuß. Der meinige ist Genuß. Da siehst du Suliman

Khan Kadischir und mehrere andere der ersten Großen des Reiches. Ich kann allen die Köpfe abschlagen. Kann ich nicht?« fuhr er fort, sich zu ihnen wendend. »Ja,« antworteten sie, »Augenpunct der anbetenden Welt!« (Leben und Sitten Persiens. A. d. Englischen von W. A. Lindau.)

---

**III.****Einige Worte**

über die

**Unverletzlichkeit des Staatsoberhauptes**

und die

**Verantwortlichkeit seiner Minister.**

---

**§. 1.**

Wenn, wie in vorstehender Abhandlung dargelegt worden, der Monarch der oberste Repräsentant des National-Willens ist, wenn ihm die höchste Würde im Staate zusteht, und er, in dieser Hinsicht, als mit der Majestät bekleidet angesehen werden muß, so folgt hieraus, daß es höchst wesentlich sey, ihn persönlicher Verantwortlichkeit, so wenig als irgend möglich, bloßzustellen. Eine solche schadet nicht nur seiner höchsten Würde, sondern sie führt auch, wie in die Augen leuchtend ist, gar leicht zu einem Zustande im Staate, der für den verderblichsten angesehen werden muß, nämlich zur Anarchie. Wenn jedoch der Monarch dem Zwecke des Staats entgegenhandelt, so muß, nach der Theorie, angenommen werden (wie wir glauben ausgeführt zu haben) <sup>136)</sup>, daß die Mitglieder des Staats ihm, im äußersten Falle, den Gehorsam aufkündigen können, und in dieser Beziehung ist er in sofern verantwortlich, als die Folgen jener Hand-

lung wenigstens etwas einer Strafe Analoges haben. In einem Staaten-Verbande, wie ihn das Deutsche Vaterland jetzt darstellt, würde dieser äußerste Fall (der Gehorsams-Aufkündigung) dadurch in der Theorie gänzlich beseitigt werden, daß die Deutschen Fürsten einem obersten Bundesgerichte unterworfen würden, bei welchem die Repräsentanten des Volkes auf Erfüllung des Staatsvertrages (wie wir ausführten), wenn solcher von dem Fürsten verletzt würde, klagen könnten. Ein großer Schritt zu der höchsten Civilisation, in Beziehung auf öffentliches Recht, würde durch die Errichtung eines solchen höchsten Gerichtes gewiß gethan <sup>157)</sup>. Vorzüglich war es der Hannoverische Staatsminister, Graf von Münster — stets ein Freund echt-liberaler Ideen — der die Nothwendigkeit eines solchen Gerichts, auf dem Wiener Congresse, wider den Mißbrauch der Souverainitätsrechte der Deutschen Fürsten entwickelte. Namentlich wollte Hannover den Landständen dieses Hülfsmittel offen lassen. Diese herrliche Idee blieb unbeachtet <sup>158)</sup> durch den Widerstand Baierns.

Doch es giebt noch ein Mittel, nicht nur in einer völlig isolirt stehenden Monarchie, sondern auch in einer solchen, wie sie die Deutschen monarchischen Staaten darstellen, jeden Angriff auf die Persönlichkeit des Monarchen (wenn dieser nur nicht mit Gewalt gegen die Verfassung einschreitet) abzuwenden, die auch in den sogenannten constitutionellen Staa-

ten Deutschlands nicht unbenutzt geblieben ist <sup>139)</sup>: dieses ist die Verantwortlichkeit der Minister gegen die Repräsentanten des Volks <sup>140)</sup>. Würde dieses Mittel zugleich mit dem in einem Bundesgerichte liegenden verbunden: so scheint es mir, daß die Fürsten Deutschlands einer Sicherheit genössen, die, so lange das Bundesgericht seine Pflicht thäte und thun könnte, eine absolute genannt werden müßte. Würde in den Verfassungen der einzelnen Deutschen Länder bestimmt (wie z. B. der 12te Art. der Französischen Charte vom 7ten Aug. 1830 vorschreibt):

»*Die Person des Fürsten ist heilig und unverletzlich. Seine Minister sind verantwortlich* <sup>141)</sup>;

und zugleich:

»*Jede Handlung der Gewalt des Fürsten kann nur durch schriftliche Ausfertigungen ausgeübt werden, und diese Ausfertigungen haben nur dann Gültigkeit, wenn sie von dem Minister, in dessen Departement sie einschlagen, contrasignirt sind*;

so ist schon hierdurch der Monarch, sobald er nur, wie schon bemerkt worden, nicht diese constitutionelle Form mit Gewalt, ohne die Mitwirkung eines Ministers, angreift, für jede persönliche Zurechnung sicher. Schritte er gegen die Verfassung gewaltsam ein, dann wäre er den Volksrepräsentanten vor dem Bundesgerichte verant-

wortlich. Die in der obigen Abhandlung dargelegte rechtliche Möglichkeit einer Aufkündigung des Gehorsams fiele also auch hier weg, und bliebe nur für den in der Theorie nicht anzunehmenden Fall noch vorhanden: daß das Bundesgericht die ihm übertragenen Functionen nicht ausüben wollte, oder nicht ausüben könnte; in welchem Fall freilich das Naturrecht seine Wirksamkeit wieder zeigen würde <sup>142)</sup>.

136) Hier stehe noch nachträglich die Bemerkung, daß, wollte man das ausgeführte Widerstandsrecht des Volks nicht anerkennen, dann eine sehr bedeutende Zahl der Europäischen Monarchen ihre Legitimität verlieren und als Usurpatoren erscheinen würden.

137) Auch im vormahligen Deutschen Reiche war es nicht ganz unmöglich, es dahin zu bringen, daß ein Landesfürst wegen Mißbrauchs der Regierungsgewalt für regierungsunfähig erklärt wurde. S. Leist's Lehrbuch des Deutschen Staatsrechts, 2te Aufl., S. 83, 138, 225, 524.

138) Klüber's Uebersicht der diplomatischen Verhandl. des Wiener Congresses, Abth. II., S. 186.

139) In Beziehung auf Baiern, s. Pölitz's Staatswissenschaften, Th. IV. S. 412; auf Württemberg, daselbst, S. 431, 446; auf Baden, das. S. 449; auf das Großh. Hessen, das. S. 465, 475; auf Sachsen-Weimar, S. 490. — Selbst die nicht in das Leben getretene Verfassungs-Urkunde von Kurhessen hatte in dieser Beziehung eine Bestimmung. Pölitz a. a. O. S. 460.

140) v. Aretin's Staatsrecht, fortges. von K. v. Rotteck, B. II, 2. Abth., S. 208. Die Literatur über die Verantwortlichkeit der Minister in constitutionellen Staaten findet sich verzeichnet a. a. O. S. 212. — »Die Verfassung wird (sagt von Rotteck a. a. O.), ohne die Responsabilität der Minister, zu leerem Schall oder gar zur bloßen Erinnerung. Die einzige Bürgschaft besteht alsdann in dem guten Willen der Machthaber. Kein Rettungsmittel bleibt alsdann übrig, als ein solches, welches noch schrecklicher als alle Uebel ist — Empörung und Revolution.

141) Vergl. Art. 56 der *Charte constitutionnelle* von 1814, und Art. 47. der von 1830.



142) Auf dem Wiener Congressse wurde die Ansicht, daß die Minister den Landständen gesetzlich verantwortlich seyn müßten, auf das bestimmteste ausgesprochen. Der vortreffliche Klüber fügt in der Uebersicht der diplomatischen Verhandl. des Wiener Congresses, Abtheil. II, S. 215, diesem Berichte Betrachtungen hinzu, die nicht genug beherzigt werden können. — Aber 1815 waren in den höhern Sphären ganz andere Grundsätze an der Tagesordnung als 1831. — Damahls hätte man sich daher unstreitig geschämt, Grundsätze aufzustellen, die man jetzt für Weisheit giebt.

## §. 2.

Bei welchem Gerichte sollten aber die Minister der Deutschen Staaten von den Volksrepräsentanten (Landständen) zur Verantwortung gezogen werden können? — Bei der Voraussetzung eines Bundesgerichtes, unstreitig am zweckmäßigsten bei diesem. Es stände dieses in einer Höhe, die den Stürmen und Nebeln der niedrigern Regionen unzugänglich wäre. Da jedoch bis jetzt wenig Aussicht vorhanden, daß es der Deutsche bis zu einem Bundesgerichte bringe, nichts aber leichter (bei gutem Willen der Herrscher) erscheint, als daß ein einzelnes Land eine Verfassung erhalte, die das Volk zufrieden, den Fürsten aber sicher stelle: so wäre bis dahin, daß ein Bundesgericht errichtet würde, ein Staatsgerichtshof, wie im Königreich Württemberg <sup>143)</sup> verfassungsmäßig bestimmt worden, oder das oberste Gericht des Landes die passendste Behörde, um den Proceß gegen einen Minister zu instruiren, damit das Urtheil von einer auswärtigen (nicht von den

Parteien ausgenommen) Juristenfacultät gesprochen würde <sup>144)</sup>).

143) Diese Behörde erkennt über Unternehmungen, welche auf den Umsturz der Verfassung gerichtet sind, und über Verletzung einzelner Punkte der Verfassung. Sie besteht aus einem Präsidenten und zwölf Richtern, wovon der König den Präsidenten und 6 Richter aus den Mitgliedern der höhern Gerichte, die Ständerversammlung aber die andere Hälfte, nebst 3 Stellvertretern, im Zusammentritte beider Kammern ausserhalb ihrer Mitte erwählt. — Anklage und Vertheidigung geschieht öffentlich. S. Pölitz a.a.O. Seite 446.

144) Doch ist nicht zu leugnen, daß diese Art der gerichtlichen Entscheidung hier nur für einen Nothbehelf zu halten ist.

### §. 3.

Der außerordentliche Vortheil, der schon aus dieser letzten, wiewohl noch unvollkommenen Einrichtung hervorgehen würde, springt so sehr in die Augen, daß, ihn weitläufig auszuführen, völlig überflüssig erscheint:

1. Der Fürst wäre, so lange er nicht, mit Umgehung der Minister, gewaltthätig handelte, völlig sicher;
2. Die Minister hätten, sich auf ihre Verantwortlichkeit stützend, ein Recht, den Anordnungen des Fürsten, die sie für unconstitutionell hielten, zu widersprechen, dieß heißt hier, ihre Mitwirkung zu verweigern;
3. den Ständen wäre ein Weg gebahnt, ohne die Sicherheit des Vaterlandes in Gefahr zu setzen, dieses vor Ungesetzmäßigkeiten zu schützen;

4. die Staatsadministration hätte einen beständigen Impuls, gesetzlich zu handeln;
5. wären die Minister bestraft, dann den Fürsten auch noch Nachtheile empfinden zu lassen, erschiene als Ungerechtigkeit, und würde von der Bundesversammlung (als die Sicherheit des Ganzen gefährdend) mit Recht geahndet werden können. Hier träte nämlich die Verpflichtung ein, die wechselseitige Garantie der obersten Staatsgewalt geltend zu machen <sup>145</sup>).

---

145) Zu bestimmen, wie die Französische Charte von 1814, Art. 56. that: »Die Minister können nur wegen Verrath (*fait de trahison*) oder wegen Concussion in Anklagestand gesetzt werden,« scheint unzweckmäßig. Jede Verletzung der Verfassung muß dazu berechtigen. Vergl. *Gazette des tribunaux* vom 25. August, 1830, und Hitzig's Annalen der Criminal-Rechtspflege, Band III, Heft 1, S. 221.

#### §. 4.

Sind denn aber in Staaten, die man (im Gegensatz von den jetzt sogenannten constitutionellen) ganz uneigentlich nicht-constitutionelle nennt, dieß ist in solchen, die gutgeordnete Deutsche Landstände <sup>146</sup>) haben, die Minister diesen nicht verantwortlich? — Man muß leider antworten: Nein. — Sie erfüllten entweder den Willen des Fürsten, oder sie handelten gegen oder ohne seinen Willen. Im ersten Falle handelten sie nur als Maschinen ihres Herrn (was im äußersten Falle gegen diesen Rechts, haben wir ausgeführt), dieser sichert sie durch

seine oberste Gewalt, so lange diese besteht<sup>147)</sup>. Im zweiten Falle kann sie der Fürst entlassen, und ist ihr Vergehen gröberer Art, sie vor Gericht stellen; das Volk aber und dessen Stände haben dieses Recht nicht; diesen steht nur in den dargelegten Fällen das Recht der Nothwehr zu<sup>148)</sup>.

Dieses ist ja, wird man einwenden, ein scheußlicher Zustand der Dinge; ist denn nichts, was den Minister in einer nicht-constitutionellen Monarchie bestimmen muß, sich dem ungesetzlichen Willen seines Monarchen zu widersetzen? — Ja, es ist ein solcher Grund vorhanden, und dieser heist: *die Ehre*. »Wollte man in irgend einem Verhältniß einen unbedingten Gehorsam zulassen, so könnte der Gesetzgebende leicht in den Fall kommen, das gerade Gegentheil von dem zu thun, was seine Pflicht ist. Darum sind sogar Kinder von dem Gehorsam gegen ihre Aeltern entbunden, wenn diese ihnen etwas Böses befahlen, sobald jene nur im Stande sind, darüber ein Urtheil zu fällen«<sup>149)</sup>. Sobald ein Monarch seinem Minister etwas auszurichten befiehlt, welches ihm die im Innern nie schweigende Stimme auszurichten verbietet, dann muß er lieber in den Privatzustand zurück, ja, ist es nöthig, in den Tod gehen, als den ungerechten Befehl erfüllen. »*Il n'y a rien*« (sagt der unsterbliche Verfasser des Werks *de l'Esprit des loix*),<sup>150)</sup> *dans la monarchie que les loix, la religion et l'honneur prescrivent tant que l'obéissance aux volontés*

*du Prince: mais cet honneur nous dicte que le Prince ne doit jamais nous prescrire une action qui nous déshonore, parce qu'elle nous rendroit incapable de le servir.*« Als Carl IX. von Frankreich dem Vicomte Darte, welcher das Commando zu Bayonne führte, schrieb, auf unschuldige Bürger feuern zu lassen, so schrieb er dem Könige wieder: *»Sire, je ne trouve parmi les gens-de-guerre que des braves soldats, et pas un bourreau: ainsi eux et moi supplions Votre Majesté d'employer nos bras et nos vies à choses faisables.*« — Es hielt, sagt Montesquieu, dieser große und muthvolle Mann eine schlechte Handlung für eine Unmöglichkeit. — Auch zu unserer Zeit gab es einen General, der so handelte, und auch jeder Minister, dem seine Ehre theuer ist, muß eine ihm anbefohlene Ungerechtigkeit für eine nicht ausführbare Sache halten <sup>151</sup>).

---

146) Ich bin weit entfernt, zu behaupten, daß ein Land, welches Deutsche Landstände hat, eine geringere Garantie der öffentlichen Freiheit und Gesetzmäßigkeit habe, als ein sogenannter constitutioneller Staat: vorausgesetzt, daß den Ständen nicht die wesentlichsten Gerechtsame genommen, daß sie unabhängig und patriotisch, und daß sie sich, erforderlichen Falls, selbst zusammenberufen können. Dieses Letzte ist durchaus erforderlich, wenn das ganze ständische Institut nicht ein Spielwerk in der Hand des Fürsten seyn soll; es müßte denn seyn, daß, wie in England, die öffentlichen Abgaben nur für ein Jahr verwilligt würden. In diesem Falle ist die Verfassung hierdurch ziemlich garantirt. Uebrigens ist selbst die Englische Volksvertretung mehr ständisch, als repräsentativ. — Ueber die Verantwortlichkeit der Minister vergl. Krug's Dikäopolitik, S. 231 ff.

147) Wenn es in der Constitutions-Urkunde des Königreichs Westphalen (Art. 20.) hieß: » *Les ministres seront responsables, chacun pour sa partie, de l'exécution des loix et des ordres du Roi*, so war es diese Verantwortlichkeit gegen den Souverain, von der die Rede war. Napoleon hatte sich wohl gehütet, die Minister einer Anklage von Seiten der Stände auszusetzen. Dann würde die Verfassungs-Urkunde nicht so häufig haben verletzt werden können, als geschah. — Der Staatsrath, welcher ganz vom Könige abhing, erkannte über die Frage: ob Verwaltungsbeamte (also auch Minister) vor Gericht gestellt werden sollten. (Art. 27. der Westphäl. Constitutions-Urkunde.)

148) In der erneuten Landtags-Ordnung des Herzogthums Braunschweig vom 19ten Januar (25. April) 1820 findet sich §. 32 folgende Vorschrift:

»Um den verfassungs- und ordnungsmäßigen Gang der Staatsgeschäfte und die öffentlichen Beamten wegen ihrer Verantwortlichkeit zu sichern, werden die unter der höchsten Unterschrift des Landesherrn erlassenen Rescripte und Verfügungen jedesmahl auch mit der Contrasignatur eines Ministers oder Geheimen-Raths versehen, wodurch diejenigen Collegia und Staatsdiener, an welche selbige gerichtet sind, und Alle, die es angeht, sich vergewissern können, daß die betreffende Angelegenheit durch die rechte Behörde verfassungsmäßig an den Landesherrn gelangt, und Höchstdesselben Entschluß darüber, nach geschehenem Vortrage und vernommener Meinung des Geheimen-Raths-Collegii, gefaßt worden sey. Es kann daher eine, mit der erforderlichen Contrasignatur nicht bezeichnete Verfügung des Regenten in Landesangelegenheiten nur als erschlichen angesehen werden.«

Es ist einleuchtend, daß hier nicht von der Verantwortlichkeit der Minister gegen die Stände, sondern von der Verantwortlichkeit der öffentlichen Beamten, welche landesfürstliche Rescripte und Verfügungen in Ausführung bringen, die Rede ist. Diese sollen sicher gestellt werden. — Sollte man es glauben, daß diese zwar an sich zweckmäßige, aber so wenig ausreichende Verfügung so dargestellt worden, als wenn dadurch der Fürst in der Ausübung seiner Souveränitäts-Rechte gehindert werden könnte? — Befehl der Fürst die Contrasignatur, so blieb dem Minister (wenn Vorstellungen vergeblich waren) nichts übrig, wenn er jene gegen seine Pflichten hielt, als seinen Abschied zu fordern, oder zu erwarten, welche Wirkung seine Weigerung hätte. Setzte er sich jedoch über die Stimme im Innern hinweg, wurde er durch Umstände bewogen, diese zu unterdrücken, dann wurde er durch diese Handlung, im Sinne der constitutionellen Monarchien, nicht

responsabel. — Leider hat übrigens die Erfahrung gezeigt, wie wenig Hülfe eine solche, mit keiner ausdrücklichen Responsabilität verbundene Contrasignatur gewähre. Wo ein Fürst unumschränkt gebietet, wird es selten an Personen fehlen, die Alles, was er verlangt, unterzeichnen.

149) Krug's Dikäopolitik, S. 43.

150) Cap. II, S. 27 der Genèver Ausg. in 4. v. 1749. — Keine dem herrlichen Ausspruche Montesquieu's mehr entgegenstehende Aeußerung läßt sich denken, als die eines kaiserlichen Ministers, von welchem Friedr. Karl von Moser folgendes berichtet: »Als ich im Jahre 1782 zum Schutz und Schirm gegen die von meinem Dienstherrn erduldeten Mißhandlungen meine Zuflucht zu dem Kaiser zu nehmen genöthigt war, . . . gab mir ein kaiserlicher Minister die unerwartete Antwort:

»Wenn nun Ihr Herr das Land hat ruiniren wollen, was  
»hat das Sie angegangen? das Land war ja nicht Ihnen.«

F. K. Freih. von Moser politische Wahrheiten. (Zürich, 1796). Band I, Vorerinnerung, Seite V.

151) Auf das genaueste handeln nach den Grundsätzen der Ehre diejenigen Minister, welche (ohne daß ihnen ungesetzliche Handlungen befohlen wären) es verschmähen, einem Fürsten zu dienen, der die Gesetze der Ehre nicht beobachtet. Mit welchen Gefühlen würde auch ein rechtlicher Mann in der Abhängigkeit von einem Fürsten stehen müssen, dessen einziger Lebenszweck eigener Vortheil und eigenes Vergnügen wäre; ja der vielleicht, seinen Handlungen nach, zu der Klasse gemeiner Verbrecher gehörte? Gewiß würde Mäcenäs es verschmähet haben, der Minister eines Tiberius zu seyn, für diesen schickte sich besser ein Sejanus. — Schon ein gemeiner ehrliebender Domestik wird nicht in einem verdächtigen Hause dienen wollen.

Der alte ehrliche Friedrich Karl von Moser äußert sich über diese Materie in seinem, von der jetzigen Generation kaum dem Titel nach gekannten Werke: der Herr und der Diener, geschildert mit patriotischer Freiheit (Frkf. 1761) folgendermaßen (S. 256): »So lange ist der Minister ein tapferer Mann, bis er wirklich in's Treffen geht, bis er vor und gegen den Herrn selbst die Partie des Rechts und der Billigkeit mit Nachdruck und Standhaftigkeit nehmen soll. .... *Nihil in vobis imperatoribus tam populare et tam amabile est, quam libertatem in iis diligere, qui obsequio vobis subditi sunt. Siquidem hoc interest inter bonos et malos principes, quod boni libertatem ament, servitutem improbi.* (S. Ambrosius.)

. . . Hier enthält das schöne Wort der Königin Christine den besten Rath: *Quand même une bonne action rendroit malheureux pour le reste de la vie, on ne doit ni s'en abstenir, ni s'en repentir jamais.* (*Reflexions de la Reine Christine, Cent. II. n. 76.*) Glücklich ist der, welcher stark genug an Geist ist, solchen Rath jederzeit auszuüben.“

---



## IV.

# Ueber die Anforderung einer Verbesserung der Staatsverfassung von Seiten des Volks.

Den Gegenständen, welche in den vorstehenden Abhandlungen erörtert sind, liegt die Frage sehr nahe:

*Sind die Staatsbürger, nach den Grundsätzen des allgemeinen (natürlichen) Staatsrechtes berechtigt, die Verbesserung einer (der Theorie nach) fehlerhaften Staatsverfassung nöthigenfalls mit Gewalt, d. i. durch Versagung des Gehorsams, zu fordern?*

Diese Frage ist unbedingt zu verneinen, wenn die oberste Staatsgewalt dem Zwecke des Staatsverbandes (Herrschaft des Rechts) nicht entgegen handelt.

Zuvörderst ist hier zu bemerken, daß es an noch sehr problematisch ist, und, der Natur der Sache nach, wohl ewig problematisch bleiben wird, wie in einem gegebenen Falle — denn nur von diesem kann hier die Rede seyn, da die Verschiedenheit der Völker und Länder verschiedene Staatsverfassungen erfordern — eine Verfassung beschaffen seyn müßte, um eine vollkommene genannt werden zu können. Wollte man also den Bür-

gern das Recht einräumen, gegen angeblich unvollkommene Staatsverfassungen, aus dem Grunde ihrer Unvollkommenheit, anzukämpfen, so würde, bei der Verschiedenheit der menschlichen Meinungen, der Staat nicht ein festes, sondern ein jeden Augenblick dem Umsturz ausgesetztes Gebäude darstellen. Also schon der Zweck des Staates (dauerhaftes Glück der Bürger) schließt die Bejahung der aufgeworfenen Frage aus. »Die politischen Formen,« sagt ein berühmter Schriftsteller, so schön als wahr, »sind alle erlaubt, keine ist an sich unerlaubt und widerspricht den ewigen Gesetzen, wenn sie aus der rechtmäßigen Gewalt hervorgeht, und den Rechtszustand in der Gesellschaft sichert. Allein es ist immer gegen den Plan des Weltalls und gegen die ewigen Gesetze, durch gewaltsame Mittel, unbefugter und ungerechter Weise, die rechtmäßige Gewalt anzugreifen, um neue, vermeintlich bessere Schöpfungen an ihre Stelle treten zu lassen, die gesellschaftliche Ordnung aufzulösen, um zu versuchen, ihr eine ganz verschiedene Gestaltung zu geben und auf Kosten der wohlerworbenen Rechte ein neues Eigenthumsrecht zu bilden. Dieses heißt das Leben der Gesellschaft in seinen Wurzeln angreifen« <sup>152</sup>).

Aber auch die strengste Theorie führt zu einem gleichen Resultate. Wie oben gezeigt worden, ist anzunehmen, daß der Staatsverband und seine bestehende Verfassung das Ergebniss eines ausdrücklichen oder stillschweigenden Vertrages

sey, welcher auf ewige Zeiten, seiner Natur nach, geschlossen worden. Räumte nun, wie z. B. in Dänemark, dieser Vertrag dem Monarchen absolute Rechte ein: so ist auch dieser Vertrag gültig, und bleibt es so lange, als die oberste Gewalt von diesem Rechte keinen Mißbrauch macht. Benutzt ein solcher absoluter Monarch sein, allerdings exorbitantes, Recht lediglich dazu, seine Unterthanen glücklich und zufrieden zu machen, gewährt und schützt er ihnen jede Freiheit, welche die edele Natur des Menschen verlangt <sup>153</sup>), blühen unter seinem wohlthätigen Scepter Künste und Wissenschaften, ist er, mit einem Worte, ein Friedrich Wilhelm der Dritte: was für ein Recht könnte dann der Staatsbürger haben, eine Verfassung, die ihm mangelhaft erscheint, anzugreifen? — Aber, wohl verstanden, diese an sich mangelhafte, und doch so herrliche Resultate liefernde Verfassung muß in anerkannter Wirksamkeit bestehen. Nie kann es der Staatsgewalt, unter dem Vorwande, das Volk beglücken zu wollen, erlaubt seyn, den Absolutismus einzuführen. Gegen diesen Versuch tritt das Recht der Nothwehr ein. Es giebt aber Länder, deren Verfassung (abstract) fehlerhaft ist — denn unmöglich kann man die Verfassung, als solche, nur der Vollkommenheit sich einigermaßen nahend nennen, »cum« (um mit Cicero zu reden <sup>154</sup>) »*apud unum est omnium rerum summa*« — und wo dennoch grössere bürgerliche Freiheit herrscht, als in sogenannten Freistaaten. In solchen glücklichen

Ländern, unter dem Vorwande, eine bessere Verfassung herbeistreiten zu wollen, Unruhen erregen, ist offenbar Hochverrath. Erst dann tritt auch in diesem Staatsverbände, wie in jedem andern, das Recht der Nothwehr ein, wenn der Monarch, in dessen Hände so große Rechte gelegt wurden, die damit verbundenen Verpflichtungen nicht erfüllt, wenn er aus einem Monarchen ein Despot wird.

Mag es gleich wahr seyn, was der eben angeführte große Römische Staatsmann sagt: »*inest in ea conditione similitudo quaedam servitutis*« <sup>155</sup>): diese *similitudo servitutis* liegt auch darin, daß der Bürger überall den Gesetzen unterworfen ist. Ist nun der Fürst einer absoluten Monarchie gleichsam ein redendes gerechtes Gesetz: dann erfüllt er Alles, was ihm nach dem Grundvertrage zu erfüllen obliegt, und die höchste Ungerechtigkeit, ja die höchste Unpolitik, wäre es, einen solchen Zustand erschüttern zu wollen.

Aber nichts ist wandelbarer, als ein solches Glück; auf einen Augustus folgte ein Tiberius, und auf die Wonne des Menschengeschlechts ein Domitian. So ist es denn gewiß die größte Wohlthat, die ein absoluter Monarch seinem Volke erzeugen kann, wenn er ihm eine solche Verfassung giebt, durch welche seinen Nachfolgern möglichst die Macht zu schaden erschwert wird. Dieses ist aber, nach der Erfahrung in allen Zeiten, unstreitig durch diejenige Staatsform noch am ersten zu erreichen, von wel-

cher Cicero sagt: »*Quartum quoddam genus reipublicae probandum esse sentio, quod est ex his quae primo dixi*<sup>156)</sup>, *moderatum et permixtum tribus*«<sup>157)</sup>.

Doch mit großer Umsicht und Weisheit hätte ein so wohlwollender Monarch eine Charte dieser Art zu geben. — Ist die Zeit dazu geeignet? — Ist das Volk dazu reif?<sup>158)</sup> — Vorzüglich: Würde eine solche Handlung den Wünschen des Volkes gemäß seyn? — Denn ist dieses nicht der Fall, so ist es auch nicht dazu reif. — Selbst die ganze äußere und innere Beschaffenheit eines Staates, seine Verhältnisse zu den Umgebungen, das Klima des Landes, der angeborene Geist der Nation oder Nationen, welche ihn bilden u. s. w., können bewirken, daß gewisse, an sich der Vollkommenheit sich nahende Verfassungen für ihn gänzlich ausgeschlossen sind. Es existirt keine absolute Zweckmäßigkeit, sondern beständig nur eine relative<sup>159)</sup>. Man nehme z. B. an, die autokratische Verfassung Rußlands solle in eine Repräsentativ-Verfassung umgewandelt werden, in einer Kammer sollten Abgeordnete aus Curland, aus Lappland, aus Kamtschatka und aus Georgien sitzen. Abgesehen davon, daß sie sich gar nicht einander verständlich machen könnten, welches ein Resultat würde aus ihren Berathungen hervorgehen? — Für einen Staat, von dem Umfange jenes unermesslichen Kaiserreichs, ist also die monarchische Regierungsform, in autokratischer Gestalt, die einzig mögliche. Die Veränderung die-



ser in eine synkratische würde gewiß sehr bald das Auseinanderfallen des Reichs zur Folge haben, und dieses wieder dem Fortschreiten der Cultur des Erdballs einen unermesslichen Schaden bringen. Diese Betrachtung schließt jedoch nicht aus, daß der Autokrator vor seinen Beschlüssen einen berathenden Senat höre, ohne daß diesem jedoch ein förmliches Veto zugebilligt werden könne. — Die Beschaffenheit des Staates schließt hier also eine, der Idee nach, absolut vollkommene Regierungsform aus, und eine Russische Charte könnte nur bezwecken, den nothwendigen Autokratismus dadurch zu mildern und gewissermaßen zu lenken, daß der Autokrator verpflichtet würde, in gewissen wichtigen Fällen, vor seinen Entschlüssen, einen berathenden Senat zu hören. — Nicht plötzlich auch darf der Uebergang seyn aus der »*Species servitutis*« zu einer vollkommenen Repräsentativ-Verfassung. Vorbereitungen sind nöthig, um den öffentlichen Geist zu bilden. Zuerst also vollkommenere Municipal-Verfassungen. Der Stadtbürger lerne sich beschäftigen mit dem, was seine Stadt angeht. Sodann Provinzial-Stände. Das Interesse des Bürgers am Ganzen bekömmt schon einen weitem Wirkungskreis. Dann Repräsentanten der Nation. — Nichts aber bildet ein Volk zu dieser Vervollkommnung sicherer heran, als das Recht, frei die Gedanken, sey es durch die gesprochene, sey es durch die gedruckte Rede, mittheilen zu dürfen.

Möge man das Wohlwollende dieser Zeilen erkennen! <sup>160)</sup> — Möchten sie (doch ich hoffe zu kühn!) dazu beitragen, alle Fürsten zu überzeugen, ihre Sicherheit liege in einer gerechten Regierung, in einem tugendhaften, untadeligen Leben. Möge sich keiner von ihnen ferner nach den Erfahrungen, welche die Zeit darbietet, zu eigenem Nutzen dasjenige anmaafsen, welches, aus dem Schweiß (ja aus dem Blute) des Volkes und dem Ertrage des Staatsvermögens herrührend, zu dem allgemeinen Besten, nicht aber zur Bereicherung der herrschenden Familie angewendet werden darf. Möge keiner von ihnen ferner Laster üben, die an dem Bürger bestraft werden würden! Mögen die Machthaber sich überzeugen, daß nicht durch Feuerschlünde, nicht durch Krieger (diese sind Söhne der Bürger und selbst Bürger) Unruhen gründlich unterdrückt werden, sondern durch Abstellung der Beschwerden und durch schnell dem unterdrückten, in seinen Rechten gekränkten Volke dargebotene Gerechtigkeit! — Dieses ist das große Geheimniß, Ruhe und Frieden herzustellen. Dieß die bewaffnete Schaar, welche nie gemeinschaftliche Sache mit der Unzufriedenheit macht. — Wie liegt doch so klar vor, was man nicht erblicken will! — Gerechtigkeit! <sup>161)</sup> — Mögen aber auch die Völker stets vor Augen haben, daß nichts scheufslicheres ist, als Anarchie; daß der Aufstand gegen einen gerechten Fürsten, sey er ein absoluter, sey er ein constitutioneller, ein Verbrechen ist, dem an Gräßlichkeit kein anderes

nachsteht. Den Beweis dieser, vielleicht übertrieben scheinenden Behauptung liefern in diesen Tagen die rauchenden Trümmer der vor kurzem blühenden Städte Brüssel und Antwerpen.

152) Ancillon, zur Vermittelung der Extreme, S. 366.

153) »*Virtus eadem in homine ac in deo est, neque ullo alio ingenio praeterca. Est autem virtus nihil aliud, quam in se perfecta et ad summum perducta natura: est igitur homini cum deo similitudo.*« Cicero, *de legibus. Lib. I. cap. 8.*

154) *De republ. Lib. I. cap. 26.*

155) *De republ. Lib. I. cap. 27.*

156) Vergl. Anmerk. 23. S. 13.

157) *De republ. Lib. I. cap. 28.*

158) Wir wollen erwarten, ob die neue französische Charte des französischen Volkes Glück begründet. — Noch bleiben gerechte Zweifel über.

159) Fr. Ancillon über die Staatswissenschaft, S. 44, 55.

160) Aeußerungen dieser Art findet eine gewisse öffentliche Stimme: »mit Deutschem Sinne nicht verträglich.«

161) »Die Geschichte ist für die Könige eine treffliche Lehrerin, die aber so unglücklich ist, etwas unachtsame Schüler zu haben. — Würden wirsonst die ehemaligen schlimmen Fehler mit den ehemaligen Folgen immer zurückkommen sehen?« Engels Fürstenspiegel. Schriften, Bd. 3, S. 172. (Berlin, 1802.) — Ja noch mehr: nicht nur die Geschichte, nicht einmal eigene Erfahrung ist Lehrerin der Monarchen. In einem langen Exil hatten die Bourbonen weder gelernt, noch verlernt. Karl X. hatte genau behalten, daß einem Minister nicht zieme, während des Vortrags seinen Hut auf einen der Stühle des Audienzimmers zu legen: für die Zeit passende Minister zu wählen, hatte er aber nicht gelernt. — Doch, wir wollen den Monarchen keine ungerechte Vorwürfe machen: sie sind Menschen; dieses ist genug gesagt. Man mache einen Bürgermeister zum Minister: es wird ihm gehen wie des Abbate Casti's Löwen, als dieser zum Königthume gelangt. Er wird finden, daß es mit den Rechten »seiner Administrirten« bei weitem die Bewandniß nicht habe, als er bisher irrig geglaubt hatte.



## V.

## Schluß-Worte.

Der Zustand von Europa gestaltet sich in diesem Zeitpunkte (Anfangs November 1830) so gefährlich, daß der bekümmerte Patriot nur mit der äußersten Besorgniß in die Zukunft blicken kann. Nichts ist leichter möglich, als daß in Frankreich von Neuem die Masse der niedern Volks-Classen die Oberherrschaft erlange; denn wer begreift nicht den ungewissen Zustand der dortigen obersten Gewalt? <sup>162)</sup> — In Belgien ist dieses geschehen. Irland gährt. Spanien und Portugal sind einem dem Ausbruche nahen Vulcane zu vergleichen <sup>163)</sup>. — Im Deutschen Vaterlande äußern sich Symptome von der gefährlichsten Beschaffenheit, und nicht in Einem Lande. — Wer schaut so nicht die Möglichkeit, daß ein allgemeiner Brand Europa ergreifen könne! — Daß die Völker nicht allenthalben Unrecht haben, zeigen schon die Concessionen, die man ihnen hin und wieder macht, und die, wiewohl erzwungen, ganz den Stempel an sich tragen, daß sie mit Recht Gefordertes gewähren. — Sind diese einzelnen Concessionen genügend? — <sup>164)</sup> Sollte es nicht für den öffentlichen Frieden durchaus erforderlich seyn, statt mit Gewalt die laut werdenden Beschwerden {zurückzudrängen, (wie unsicher ist zur Zeit das Resultat!) jede gerechte Beschwerde zeitig, von selbst, unaufgefordert, zu

beseitigen? Sich des Wohlwollens der Mehrheit der rechtlichen Staatsbürger zu versichern, damit sie geneigt seyen, wenn es nöthig, gegen Anarchie und gegen möglichen äußern Angriff zu den Waffen zu greifen? — Dann müßte man aber auch aufhören, halb-officiell in öffentlichen Blättern Ultra-Principien aufzustellen und freimüthige Schriftsteller der Undeutschheit anzuklagen; — als wenn der Deutsche ein geborner Sklave sey! — Gehört denn ein so eminenter Grad von Verstand dazu, einzusehen, daß man gerade das Gegentheil dessen dadurch bewirkt, das man bewirken will? — Ein an Verstand so Schwacher sollte billig nie die Feder, um zum Publicum zu reden, in die Hand nehmen: selbst indem er gegen seine tadelnswerthen Zwecke handelt, schadet er. — Sollte es nicht an der Zeit seyn, den Deutschen Völkern schnelle Gerechtigkeit gegen Bedrückung von Oben durch ein Bundesgericht, durch Verantwortlichkeit der Minister und durch geordnete Stände zu verschaffen? — Ein bekanntes Deutsches Land hatte diese durch die Weisheit eines väterlich gesinnten Königs und seines weisen und wohlwollenden Ministers. Dieses Recht wurde diesem Lande von einem unerfahrenen, übelberathenen jungen Fürsten angefochten; es klagte: aber der aus der Natur der richtenden Behörde erwachsende langsame Proceßgang, die lange Verschiebung der Entscheidung, beraubte das Land jeder Fürsprache; denn der Fürst wies diese zurück. Die Beschwerden stiegen ins

Unerträgliche: eine furchtbare Explosion erfolgte. Sie war gleichsam ein Naturereigniß. Sie hätte sehr gefährlich werden können, wären die beiden Nachbarstaaten nicht so trefflich regiert, daß in diesen kein Entzündungsstoff vorhanden war, und wären ihre Folgen nicht schnell durch einen herbeieilenden Engel des Friedens beseitiget. — Woher das schreckliche Ereigniß? — Weil dem Volke ein gesetzlicher Fürsprecher fehlte; weil man zögerte, ihm denselben zu gewähren; weil es also keine Gerechtigkeit suchen konnte. — Und wo hätte es sie schnell finden können? — Ein Bundesgericht, verantwortliche Minister und Landstände! — Krönt dann das Ganze ein einziges Zollsystem für ganz Deutschland, so steht das herrliche Land fest, ein Felsen in den Stürmen der Zeit, trotzend den Wogen, die von Westen seine Dämme zu durchbrechen drohen.

Denn vor allen Völkern der Erde zeichnen sich die Germanischen Nationen, und unter diesen wieder die eigentlichen Deutschen, durch ein unverilgbar in ihrem Innern waltendes Gerechtigkeitsgefühl aus. Dieses und ihr biederer, ruhiger Sinn werden das, in dieser Hinsicht, glückliche Deutschland, nicht nur stets vor politischen Revolutionen bewahren, sondern seine Grenzen auch zu einem Damme gegen die Aufwallungen der Nachbarn machen, wenn von obenher jene Gefühle nicht verletzt werden. Man zeige Zutraun zum Volke, man gebe ihm endlich überall die längst (zum Lohne treuen Beistandes in der

Noth) verheissenen landschaftlichen Verfassungen, und sträube sich gegen diese nicht länger unter so mannichfachem Vorwande. — Ist es denn ein so grosses Vergnügen, unumschränkt zu herrschen? Sind aber Stände vorhanden: so betrachte man sie nicht als ein nothwendiges Uebel, sondern als die Repräsentanten des Volkes und als des Fürsten treueste Rathgeber. Nicht erst in Fällen der Noth, nicht erst dann, wenn es darauf ankommt, dafs gezahlt werde, ziehe man sie zu Rathe, sondern auch im Allgemeinen bei der Gesetzgebung. »Es kann ein heutiger Gesetzgeber, wie Krug, <sup>165</sup>) eben so schön als richtig sagt, seinem Werke jenes höhere Gepräge, welches Achtung und willigen Gehorsam verbürgt, nicht anders verschaffen, als durch heilsame Berathung mit Andern, die dazu mit ihm beauftragt sind. Dann erscheinen die Gesetze als ein Ausdruck des allgemeinen Willens, und erlangen eben dadurch dasjenige Ansehn, was Gesetze überall haben sollen, und was sie heut zu Tage gar nicht haben können, wenn sie ein Einziger gemacht hat, der sich keiner göttlichen Eingebungen rühmen darf, weil man ihm doch nicht glauben würde, wofern er nicht etwa Wunder thäte, die jede philosophische und polizeiliche Prüfung aushielten. Das ist denn auch der Hauptgrund, warum man jetzt in allen gebildeten Staaten fordert, dafs die Gesetze von grossen, im Namen des Volks handelnden Versammlungen genau erwogen, und ohne deren Zustimmung nicht bekannt gemacht werden sol-

len.« — Man wird den doppelten Vortheil hieraus ziehen: Gesetze, die dem Ganzen gefallen, und die dem Ganzen anpassend sind, zu erhalten.

Einigkeit und wechselseitiges Zutraun unter Germaniens Fürsten und Völkern, und wir werden (ich wiederhole es) stehen, ein Felsen gegen die Stürme und Wogen, die von Westen her gegen uns eindringen könnten, und in der allgemeinen Erschütterung Europens, die schon beginnt, werden wir nicht sinken.

---

162) Schon jetzt ist es ziemlich klar, wer zu Paris die oberste Gewalt ausübt. Man vergl. das Schreiben des Ministers des Innern an die Präfecten v. 22. Oct. 1830, die Proclamation des Präfecten der Seine und die des Präfecten der Polizei (Journal de Francfort, No. 301.) Selbst ein verantwortlicher, strafbarer Minister hat das Recht, einen unbefangenen, gänzlich freien Richter zu fordern. Sind die Richter der gefangenen ange-schuldigten Minister frei? — Gott behüte Deutschland vor einem ähnlichen Zustande!

163) Der Verfasser unterläßt es, dieses Bild bis zum April 1831, da er dieses hinzusetzt, fortzuführen. Polen, Italien, die Schweiz, Groß-Britannien. — Welch ein Zustand in Europa, welche Aussichten für die Zukunft!

164) Dürfen die Ueberschüsse der Kassen, selbst diejenigen, welche aus dem Domanial-Vermögen (dem doch die Natur des Staatsguts beiwohnt) herrühren, lediglich zur Bereicherung der regierenden Familie dienen: müssen sie nicht vielmehr zur Abtragung der Staatsschulden, zur Verbesserung des Landes, zur Verminderung der Abgaben angewendet werden? — Wie unzählige Male wandten sich Deutsche Fürsten an ihre Stände, um Uebnahme der Privat- und Kammer-Schulden auf die Staats-Kassen zu erlangen? — Also die Schulden gehören dem Lande; die Ueberschüsse dem Fürsten!! — Welche Gerechtigkeit! Diefs fühlt der Unterthan: er wird unzufrieden, die Unzufriedenheit äußert sich laut. Ist es ein Wunder? Sind hier zusammengezogene Regimenter die angezeigte Arznei? — Ist es nicht vielmehr Gerechtigkeit!

165) Dikäopolitik, S. 204.

---

